



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

04 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Gender Pay Gap 2018

Demografischer Wandel

Verbraucherpreise 2018



Fotonachweis

Titelfoto: [vegefox.com](https://www.vegefox.com) (Geld) – stock.adobe.com

Frauen erzielen in Rheinland-Pfalz nur etwa vier Fünftel des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Männern. Der unbereinigte Gender Pay Gap lag 2018 bei 19 Prozent. Das waren knapp drei Prozentpunkte weniger als 2010 und rund zwei Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt.

Beilage: Faltblatt „Veröffentlichungen 2019“

04 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell	223
Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungsbau ■ Bruttoinlands- produkt ■ Arbeitsvolumen ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Einkommen ■ Bildung ■ Ver- kehr ■ Finanzen	
Aus der amtlichen Statistik	241
Konjunktur aktuell	244
Verbraucherpreisindex	246
Rheinland-Pfalz in Karten: Schüler/-innen am Wohnort in der Primarstufe im Schuljahr 2018/2019 nach Verwaltungsbezirken	247
Gender Pay Gap 2018 – Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern nehmen leicht ab	248
Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Ergebnisse auf der Kreisebene	264
Verbraucherpreise 2018 – Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +1,7 Prozent	279
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	289
Neuerscheinungen	305

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Januar 2019 mit deutlichem Rückgang

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im Januar 2019 gegenüber dem Vormonat deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 4,8 Prozent unter dem Niveau von Dezember 2018.

In den drei industriellen Hauptgruppen hat sich die Ausbringung im Januar unterschiedlich entwickelt. In der Vorleistungsgüterindustrie war die bereinigte Produktion um 3,5 Prozent höher als im Dezember 2018. Starke Einbußen gab es hingegen in der Konsumgüterindustrie, deren Output um 18 Prozent abnahm. In der Investitionsgüterindustrie sank der Güterausstoß um 7,2 Prozent.

Nur in einer der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes fiel die Ausbringung im Januar 2019 höher aus als im Vormonat: Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Industriebranche ist, legte kräftig um 8,4 Prozent zu. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie zählen und gemessen am Umsatz die zweitgrößte Branche bilden, mussten deutliche Produktionseinbußen hinnehmen (–8,4 Prozent). Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, gab es einen Rückgang in ähnlicher Größenordnung (–8,7 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan. 2019	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu	
	Dez. 2018	Jan. 2018
Entwicklung der Produktion		
Industrie	-4,8 % ↓	-11,8 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,5 % ↑	0,4 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-7,2 % ↓	-2,6 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-18,3 % ↓	-36,9 % ↓
Chemie	8,4 % ↑	2,0 % ↑
Fahrzeugbau	-8,4 % ↓	0,7 % ↑
Maschinenbau	-8,7 % ↓	-13,3 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	-4,0 % ↓	-15,2 % ↓
Inland	-10,9 % ↓	-13,8 % ↓
Ausland	-9,8 % ↓	-16,8 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	4,5 % ↑	-3,5 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-20,7 % ↓	-23,7 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-7,5 % ↓	-25,0 % ↓
Chemie	4,1 % ↑	-6,8 % ↓
Fahrzeugbau	-24,1 % ↓	-23,4 % ↓
Maschinenbau	-23,8 % ↓	-33,1 % ↓

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ebenfalls ein kräftiger Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen (–12 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie ist – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau – deutlich gesunken. Auch in der Investitionsgüterindustrie nahm die Ausbringung ab, während sie in der Vorleistungsgüterindustrie geringfügig zulegte. Im Maschinenbau gab es Produktionseinbußen; in der Chemieindustrie und in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag

die Ausbringung hingegen über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Die Schnellmeldungen zur Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe dienen der laufenden Messung der wirtschaftlichen Aktivität in der Industrie sowie in ausgewählten Branchen. Um kurzfristige Veränderungen aufzuzeigen, liegt der Schwerpunkt der Berichterstattung auf dem Vergleich mit dem jeweiligen Vormonat. Ergänzend werden die Veränderungsraten zum jeweiligen Vorjahresmonat angegeben.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Auftragseingänge der Industrie sinken im Januar 2019

Im Januar 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um vier Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen weniger Aufträge ein als im Dezember 2018 (–11 bzw. –9,8 Prozent).

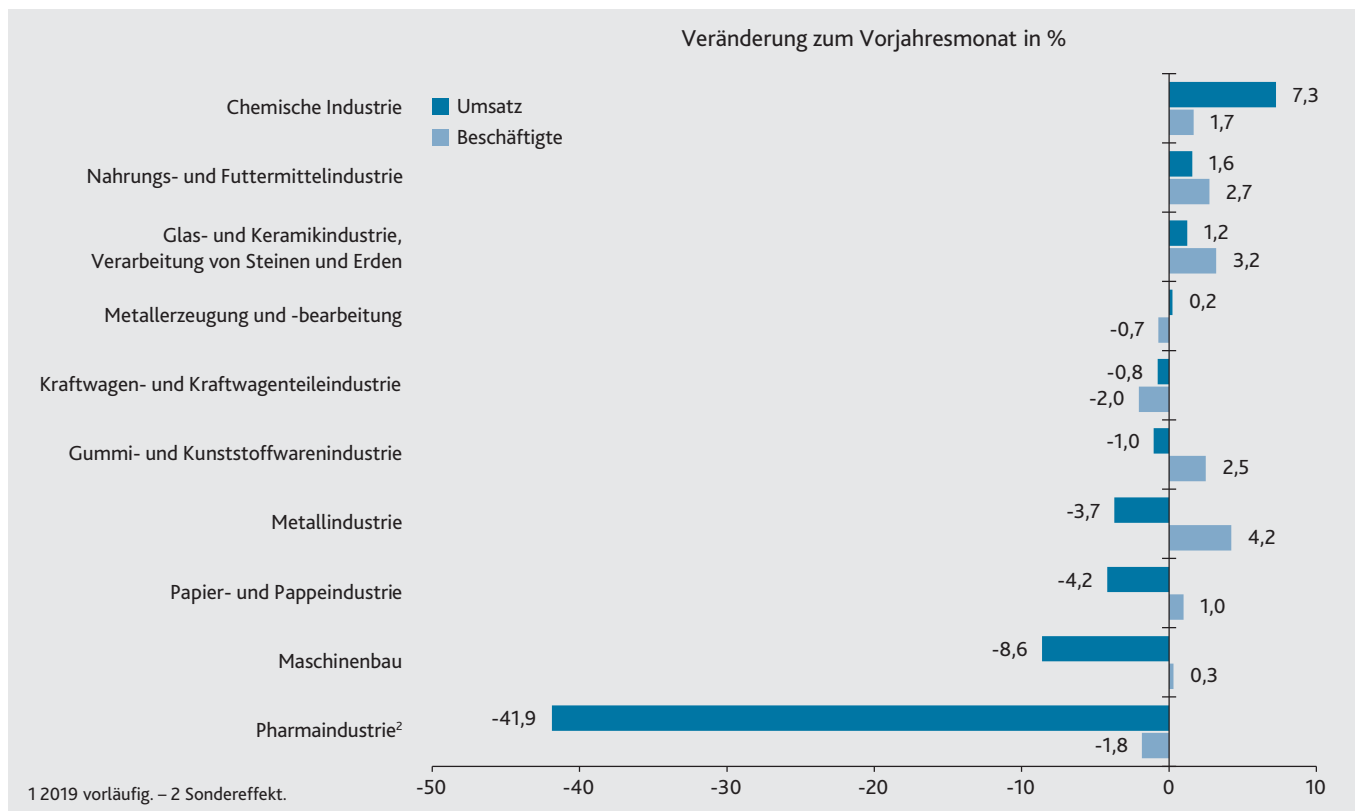
Die Entwicklung verlief in den drei industriellen Hauptgruppen unterschiedlich. In der Vorleistungsgüterindustrie, der Hauptgruppe mit dem

höchsten Umsatzanteil, erhöhte sich das Ordervolumen im Januar um 4,5 Prozent. Dadurch konnte jedoch das starke Minus von 21 Prozent in der Investitionsgüterindustrie nicht ausgeglichen werden. In der Konsumgüterindustrie waren die Bestellungen ebenfalls rückläufig (–7,5 Prozent).

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie entwickelten sich uneinheitlich. In der Chemieindustrie stiegen die Auftragseingänge um 4,1 Prozent. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mussten hingegen starke Einbußen hinnehmen (–24 Prozent). Im Maschinenbau gab es ebenfalls einen Rückgang um 24 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat war eine deutliche Abnahme der Auftragseingänge zu verzeichnen. Die Nachfrage war im Januar 2019 um 15 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Hierbei kommt aber auch ein statistischer Basiseffekt zum Tragen, da die Bestellungen im Januar 2018 auf einem besonders hohen Niveau lagen. Die Einbußen erstrecken sich auf das Inlands- und das Auslands-geschäft. In der Konsumgüterindustrie und in der Investitionsgüterindustrie sank das Ordervolumen deutlich; in der Vorleistungsgüterindustrie fiel das Minus geringer aus. Im Maschinenbau verringerten sich die Bestellungen um ein Drittel, aber auch in der Chemieindustrie sowie in der

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2019¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie gab es merkliche Rückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat.

Positive Beschäftigungsentwicklung, aber Umsatzrückgänge in der Industrie

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie ist im Januar 2019 erneut gestiegen. Sie erhöhte sich gegenüber Januar 2018 um 4 700 bzw. 1,8 Prozent (Deutschland: +2,1 Prozent).

Insgesamt waren im Januar dieses Jahres 261 000 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten zeichneten sich sieben der zehn bedeutendsten Industriezweige mit einer positiven Entwicklung aus. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Metall-erzeugnissen (+4,2 Prozent). Rückgänge bei der Belegschaft gab es in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-2 Prozent) sowie in der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (-1,8 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen im Januar 2019 mit 7,8 Milliarden Euro um 1,4 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: +1,2 Prozent). Diese negative Entwicklung zeigte sich auch bei den Inlands- und Auslandsumsätzen.

In vier der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse im Januar 2019 über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Chemische Industrie (+7,3 Pro-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Jan. 2019	
	Veränderung des Wertes ¹ zu	
	Dez. 2018	Jan. 2018
Auftragseingang	-11,9 % ↓	5,7 % ↑
Hochbau insgesamt	-10,2 % ↓	21,5 % ↑
Wohnungsbau	5,5 % ↑	16,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	-36,0 % ↓	50,3 % ↑
öffentlicher Hochbau	11,1 % ↑	-9,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	-14,0 % ↓	-8,7 % ↓
gewerblicher Tiefbau	14,2 % ↑	61,8 % ↑
Straßenbau	-15,1 % ↓	-31,6 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-59,6 % ↓	-17,3 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-23,8 % ↓	6,9 % ↑
Hochbau insgesamt	-27,9 % ↓	9,4 % ↑
Wohnungsbau	-11,2 % ↓	4,0 % ↑
gewerblicher Hochbau	-24,1 % ↓	16,4 % ↑
öffentlicher Hochbau	-47,3 % ↓	4,0 % ↑
Tiefbau insgesamt	-10,2 % ↓	4,5 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-3,4 % ↓	-8,0 % ↓
Straßenbau	-21,5 % ↓	5,4 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-13,6 % ↓	14,5 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

zent). Dahinter folgte die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+1,6 Prozent). Der überdurchschnittliche Umsatzrückgang in der Pharmaindustrie spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider, sondern resultiert im Wesentlichen aus einem Sondereffekt bei einem Unternehmen der Gesundheitsindustrie.

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar niedriger als im Vormonat – Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2019 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich

zum Dezember 2018 – kalender- und saisonbereinigt – um zwölf Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich um 24 Prozent. Im Vergleich zum Januar 2018 erhöhte sich das Ordervolumen dagegen um 5,7 Prozent, der Umsatz zog um 6,9 Prozent an.

Im Vergleich zum Dezember 2018 gingen die bereinigten Auftragseingänge sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich zurück (-14 bzw. -10 Prozent). Die stärksten Auftrags-einbußen verzeichnete der sonstige öffentliche Tiefbau (-60 Prozent). Im gewerblichen Hochbau sowie im Straßenbau blieb das Ordervolumen ebenfalls erheblich hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-36 bzw.

–15 Prozent). Dagegen errechnen sich für den gewerblichen Tiefbau sowie den öffentlichen Hochbau deutliche Auftragszuwächse (+14 bzw. +11 Prozent). Gegenüber Januar 2018 wurden im Hochbau kräftige Nachfragesteigerungen registriert (+21,5 Prozent). Im Tiefbau gingen die Auftragseingänge um 8,7 Prozent zurück.

Im Vergleich zum Dezember 2018 errechnet sich im Hochbau ein kräftiger Rückgang der bereinigten Erlöse um 28 Prozent. Im Tiefbau blieb der Umsatz um zehn Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. In allen Bereichen des Bauhauptgewerbes gab es Einbußen. Die stärksten Umsatzeinbußen verzeichnete der öffentliche Hochbau (–47 Prozent). Aber auch der gewerbliche Hochbau sowie der Straßenbau registrierten deutliche Rückgänge der Erlöse (–24 bzw. –21,5 Prozent). Gegenüber Januar 2018 erhöhten sich dagegen

die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau (+9,4 bzw. +4,5 Prozent).

Mehr neue Wohnungen in Mehrfamilienhäusern

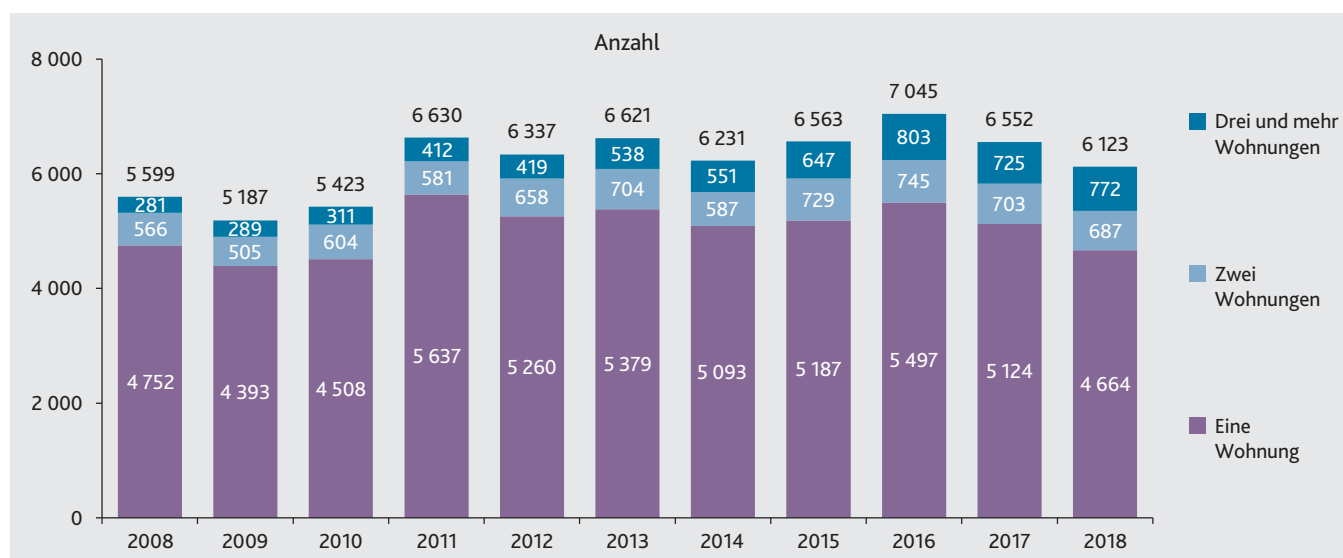
In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr mehr Neubauwohnungen genehmigt als im Vorjahr. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten 2018 den Bau von 14 088 Wohnungen, das waren rund 5,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude lag hingegen mit 6 123 um 6,5 Prozent niedriger als 2017.

Einen deutlichen Zuwachs um 18 Prozent auf 8 050 verzeichneten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, während die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser mit 4 664 um neun Prozent niedriger lag als im Jahr 2017. Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten in Höhe von rund

2,75 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Zunahme von 3,6 Prozent gegenüber 2017 entspricht.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch rund 35 genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Unter den kreisfreien Städten hatten die Landeshauptstadt Mainz mit 72 und die Stadt Trier mit 62 genehmigten neuen Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war der betreffende Wert in der Stadt Pirmasens mit zehn genehmigten neuen Wohnungen. Bei den Landkreisen lag Germersheim mit einem Wert von 52 an der Spitze, gefolgt von Trier-Saarburg mit 46 Wohnungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der geringste Wert ergab sich für den Landkreis Birkenfeld mit 15 genehmigten Wohnungen.

Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2008–2018 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Höhere Investitionen im Nichtwohnbau

Das Investitionsvolumen für geplante Nichtwohngebäude ist in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Die veranschlagten Kosten beliefen sich 2018 auf rund 1,5 Milliarden Euro, das waren 41 Prozent mehr als im Jahr zuvor und stellte zugleich den höchsten Wert in den vergangenen zehn Jahren dar. Je Neubauvorhaben stiegen die veranschlagten Baukosten um gut 55 Prozent auf 1,03 Mio. Euro (2017: 660 000 Euro).

Die Zahl der Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ging 2018 im Vergleich zum Vorjahr zurück. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von insgesamt 1 461 neuen

Nichtwohngebäuden, das waren knapp neun Prozent weniger als im Jahr 2017. Dagegen erhöhte sich der umbaute Raum gegenüber dem Vorjahr um rund 25 Prozent auf gut 10,7 Millionen Kubikmeter.

Fast 62 Prozent der genehmigten neuen Gebäude waren nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen insbesondere Handels- und Lagergebäude (–21 Prozent gegenüber 2017), Fabrik- und Werkstattgebäude (–6,6 Prozent) sowie Hotels und Gaststätten (+54 Prozent). Zudem wurden im Jahr 2018 u. a. Baugenehmigungen für 193 landwirtschaftliche Betriebsgebäude (–4 Prozent) und 142 Büro- und Verwaltungsgebäude (+20 Prozent) erteilt.

Mehr als 66 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Zahl der Baugenehmigungen in diesem Bereich stieg auf 965 (+3 Prozent). Bei den privaten Bauherren gab es hingegen eine deutliche Abnahme auf 325 Genehmigungen (–29 Prozent).

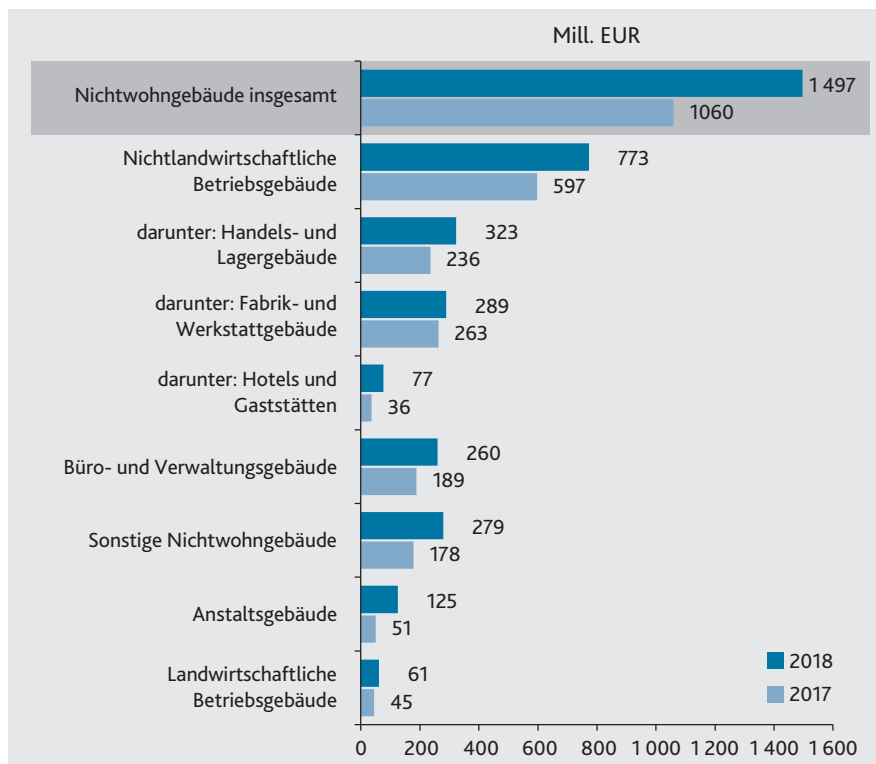
Bruttoinlandsprodukt legt 2018 um 1,7 Prozent zu

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2018 gewachsen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent. Das Wirtschaftswachstum fiel höher aus als in Deutschland (+1,4 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (ebenfalls +1,4 Prozent).

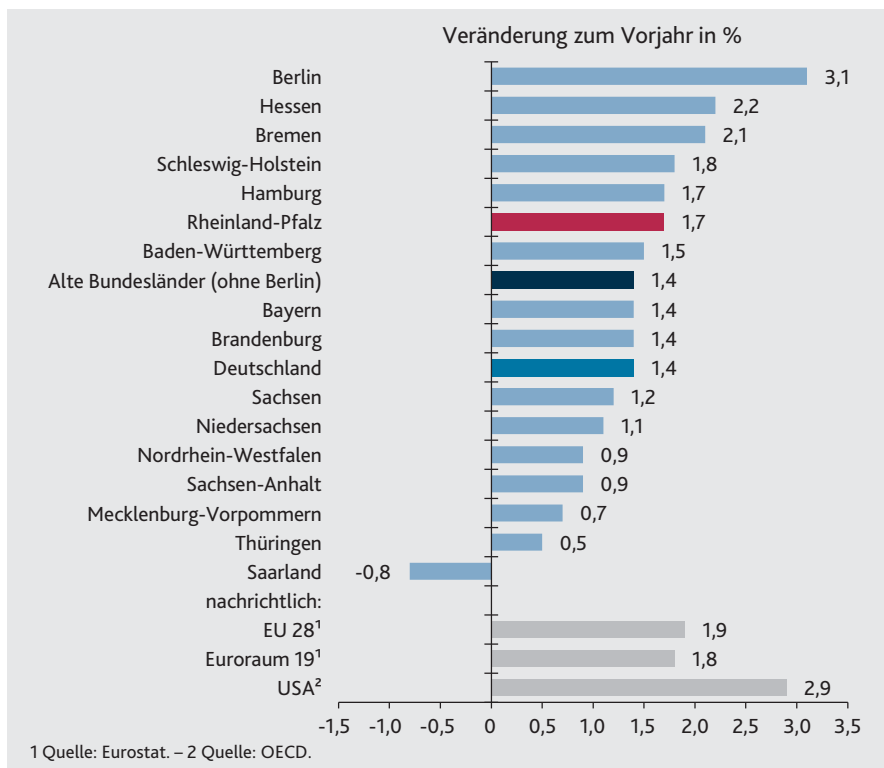
In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt 2018 auf 149 Milliarden Euro (+5,4 Milliarden bzw. +3,8 Prozent gegenüber 2017). Damit trägt die rheinland-pfälzische Wirtschaft 4,4 Prozent zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei.

Die Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsbereiche, die einen Anteil von 64 Prozent an der gesamten Wertschöpfung haben, erhöhte sich um 1,4 Prozent und damit etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt (+1,6 Prozent). „Die Dienstleistungen trugen knapp 0,9 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Den größten Zuwachs verzeichnete wie im Jahr zuvor der Teilssektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“. Im Jahr 2018 stieg die Wertschöpfung hier preisbereinigt um 2,6 Prozent und damit stärker als in Deutschland (+2,4 Prozent). Der

Voraussichtliche Baukosten genehmigter Nichtwohngebäude (Neubau) 2017 und 2018 nach Gebäudearten



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2018 nach Bundesländern



Teilsektor „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wuchs um 0,5 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent) und der Teilsektor „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ um 1,2 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,2 Prozent).

Impulse für das Wachstum kamen aus allen wichtigen Wirtschaftsbereichen. Einen wesentlichen Beitrag leistete das Verarbeitende Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz mehr als ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet (Deutschland: 23 Prozent). Die Wirtschaftsleistung der Industrie stieg preisbereinigt um 1,5 Prozent. Der Zuwachs war damit höher als im Bundesdurch-

schnitt (+1 Prozent). Der Beitrag der Industrie zum Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz belief sich auf 0,4 Prozentpunkte. Anders als in den Jahren zuvor kam der stärkste Beitrag zum Wachstum des Verarbeitenden Gewerbes diesmal nicht aus der Vorleistungsgüterindustrie (zu der beispielsweise die Chemieindustrie zählt), sondern von den Konsumgüterherstellern und hier insbesondere aus der Pharmaindustrie.

Auch das Baugewerbe (Wertschöpfungsanteil: 5,9 Prozent; Deutschland: 5,3 Prozent) verzeichnete ein kräftiges Wachstum. Die Bruttowertschöpfung stieg in diesem Bereich um 5,9 Prozent und steuerte damit 0,3 Prozentpunkte zum Wachstum der Gesamtwirtschaft bei. Der

Wertschöpfungszuwachs im Baugewerbe war höher als in Deutschland (+3 Prozent). Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Wachstum leistete insbesondere das Bauhauptgewerbe, dessen Umsatz in jeweiligen Preisen um zwölf Prozent stieg (Deutschland: +11 Prozent).

Anders als in den beiden Jahren zuvor ist der Sektor „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ 2018 kräftig gewachsen. Seine Bruttowertschöpfung stieg um knapp 19 Prozent (Deutschland: –1,6 Prozent). Dadurch leistete dieser Sektor, trotz des sehr kleinen Anteils an der gesamten Wirtschaftsleistung (1,5 Prozent; Deutschland: 0,8 Prozent), einen nennenswerten Beitrag zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Er fiel mit 0,26 Prozentpunkten fast so hoch aus wie der Beitrag des Baugewerbes. Ein wesentlicher Grund für dieses sehr gute Ergebnis war die außergewöhnlich ertragreiche Weinernte 2018.

Die günstige Entwicklung der Wertschöpfung wirkte sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus und ließ die Zahl der Erwerbstätigen auf einen neuen Höchststand steigen. Im Jahresdurchschnitt hatten 2,02 Millionen Personen ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, das waren 18 800 bzw. 0,9 Prozent mehr als 2017 (Deutschland: +1,3 Prozent). Auch das Arbeitsvolumen stieg 2018 auf einen neuen Höchststand. Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Es erhöhte sich

um 38,4 Millionen Stunden bzw. 1,4 Prozent. Insgesamt wurden 2018 gut 2,7 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Jeder Erwerbstätige arbeitete durchschnittlich 1 336 Stunden. Das waren sechs Stunden mehr als 2017, aber 27 Stunden weniger als in Deutschland. Im Ländervergleich ist allerdings zu beachten, dass Rheinland-Pfalz den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten aufweist. Auch die Teilzeitquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm etwas stärker zu als das Arbeitsvolumen. Deshalb ist die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, im Berichtsjahr leicht gestiegen (+0,3 Prozent; Deutschland: unverändert). Je Erwerbstätigenstunde wurden in Rheinland-Pfalz 2018 in jeweiligen Preisen 54,70 Euro erwirtschaftet. In Deutschland war das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde um 0,72 Euro und in den alten Bundesländern ohne Berlin um 2,91 Euro höher.

Arbeitsvolumen erreicht 2018 neuen Höchststand

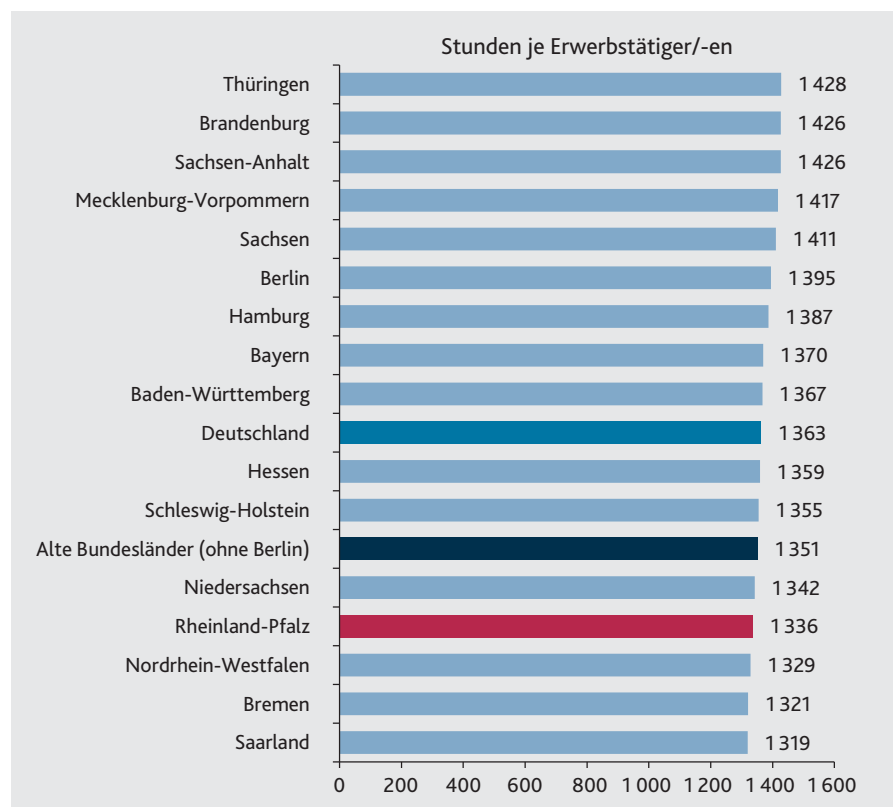
Im Jahr 2018 leisteten die gut zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 2,73 Milliarden Arbeitsstunden. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder waren dies 1,4 Prozent bzw. 38,4 Millionen Stunden mehr als 2017. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht. Im Bundes-

durchschnitt nahm das Arbeitsvolumen ebenfalls um 1,4 Prozent zu. Dabei betrug der Zuwachs in den alten Ländern (ohne Berlin) 1,6 Prozent; in den neuen Bundesländern ohne Berlin erhöhte sich die Zahl der Arbeitsstunden um 0,3 Prozent.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung des Arbeitsvolumens war, wie in den vergangenen Jahren, der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen stieg um sechs auf 1 336 Stunden (Deutschland: +3 auf 1 363 Stunden). Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit 1 916 Stunden deutlich mehr als

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1 275 Stunden). Bei der Darstellung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit ist zu beachten, dass es sich hierbei nicht um die durchschnittliche jährliche Stundenzahl eines Vollzeitbeschäftigten handelt. Bei der Ermittlung der Arbeitsstunden fließen beispielsweise die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit in die Berechnungen ein. Bei der rechnerisch ermittelten Arbeitszeit je Erwerbstätigen werden die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer einen sehr hohen Anteil an marginal Beschäftigten auf.

Arbeitsvolumen 2018 nach Bundesländern



Auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Deshalb liegt das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz unterhalb des Wertes für Deutschland.

Die durchschnittliche Arbeitszeit ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Pro-Kopf-Arbeitszeit mit 1 520 Stunden (Deutschland: 1 599 Stunden) aufgrund des großen Selbstständigenanteils am höchsten. Das waren allerdings neun Stunden weniger als 2017.

Im Produzierenden Gewerbe leistete jeder Erwerbstätige durchschnittlich 1 473 Stunden (Deutschland: 1 487 Stunden). Dabei liegt das Baugewerbe mit 1 580 Stunden (Deutschland: 1 594 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1 439 Stunden (Deutschland: 1 454 Stunden). Auch im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2017 stieg das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen im Baugewerbe merklich um zwölf Stunden, während es sich im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe nur um drei Stunden erhöhte.

Im Durchschnitt erbringen die Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor deutlich weniger Stunden. Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden 1 341 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1 349 Stunden). Dies bedeutet einen Anstieg um sieben Stunden im Vergleich zum

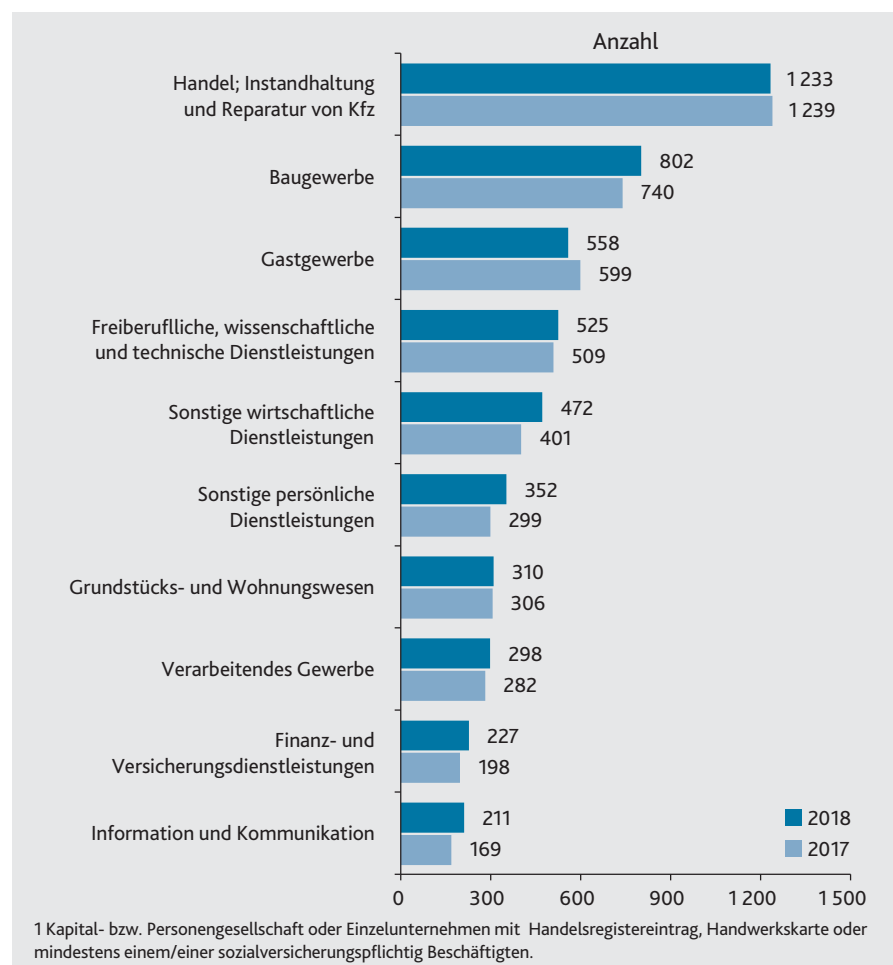
Vorjahr. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ arbeiteten 1 326 Stunden (Deutschland: 1 352 Stunden). Dieser Bereich verzeichnete eine erhebliche Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit (+14 Stunden). Mit 1 229 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1 273 Stunden). In diesem Abschnitt stieg die Pro-Kopf-Arbeitszeit um vier Stunden. Die

niedrigeren Werte für den Dienstleistungssektor sind unter anderem auf den überdurchschnittlichen Anteil Teilzeit- und marginal Beschäftigter zurückzuführen. Besonders hoch ist die Teilzeitquote im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

Im Jahr 2018 wieder mehr Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2018 insgesamt 31 966 Gewerbe angemeldet. Das waren ein Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl

Betriebsgründungen¹ 2017 und 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



der Gewerbeabmeldungen lag um 0,3 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Unter den Anmeldungen waren 5 533 sogenannte Betriebsgründungen. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr 2017 um 4,3 Prozent. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden. Zu ihnen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 22 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Den zweithöchsten Anteil stellte mit 14,5 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“.

Unter den kreisfreien Städten erreichte Zweibrücken mit 29,7 Betriebsgrün-

dungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den höchsten und Koblenz mit 13 den niedrigsten Wert. Bei den Landkreisen nahm der Landkreis Germersheim mit 16,5 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die Spitzenposition ein. Der geringste Wert errechnete sich für den Landkreis Trier-Saarburg mit 6,7.

Neben den Betriebsgründungen gab es im Jahr 2018 insgesamt 20 703 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem Vorjahr ging deren Anzahl um 0,4 Prozent zurück. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Unter den sonstigen Neugründungen erfolgten 12 008 im Nebenerwerb, 1,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

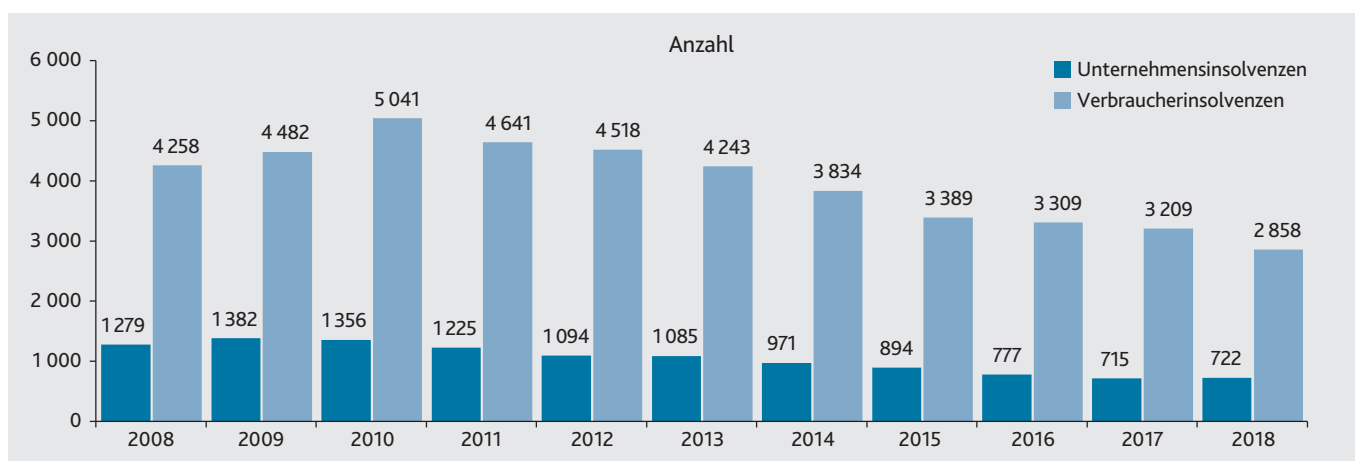
Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im Jahr 2018 noch 5 730 weitere Gewerbeabmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Insgesamt wurden im Jahr 2018 32 047 Gewerbe abgemeldet. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – stieg um 2,5 Prozent auf 4 731. Die sonstigen Stilllegungen lagen mit 21 493 um 1,3 Prozent unter dem Wert des Jahres 2017.

Weniger Verbraucherinsolvenzen, mehr Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist 2018 in Rheinland-Pfalz leicht gestiegen. Bei den Verbraucherinsolvenzen setzte sich der Rückgang fort. Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellten 722 Unternehmen, ein Prozent mehr als 2017. Die Zahl der betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher verminderte sich um fast elf Prozent auf 2 858.

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2008–2018



Ausgehend von den sehr niedrigen Werten des Jahres 2017 hat sich das Insolvenzgeschehen im vergangenen Jahr verschlechtert, stellt sich im mittelfristigen Vergleich jedoch noch recht günstig dar. Die Anzahl der Beschäftigten der Unternehmen, die 2018 Insolvenz anmelden mussten, war mit 3 599 um mehr als 31 Prozent höher als im Jahr 2017. Die Summe der von den Gläubigern geltend gemachten Forderungen belief sich auf 376 Millionen Euro und lag um 60 Prozent über dem Wert von 2017. Durchschnittlich hatte damit jedes im vergangenen Jahr insolvent gewordene Unternehmen zum Zeitpunkt des Insolvenzantrags rund 521 340 Euro Schulden – ein deutlicher Zuwachs gegenüber den 328 095 Euro im Jahr 2017.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus den Wirtschaftsabschnitten „Baugewerbe“ (159) sowie „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (112). Mit deutlichem Abstand folgten die Wirtschaftsabschnitte „Gastgewerbe“ (75) sowie „Erbringung von Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (73). Die Anzahl der Anträge aus dem Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe“ verzeichnete dabei einen sprunghaften Anstieg um knapp 35 Prozent. Die Anzahl der Anträge aus dem Abschnitt „Verarbeitendes Gewerbe“ ging dagegen um gut 33 Prozent zurück.

Die Insolvenzhäufigkeit bei den Unternehmen, definiert als die Anzahl der insolvent gegangenen Unternehmen je 1 000 wirtschaft-

lich aktive Unternehmen, war in den kreisfreien Städten Koblenz und Worms mit Werten von 8,5 bzw. 8,2 am höchsten und in den Landkreisen Südliche Weinstraße und Donnersbergkreis mit Werten von 1,5 und 1,7 am niedrigsten. Die besten Werte unter den kreisfreien Städten hatten Landau in der Pfalz und Trier mit 2,9 und 3,6. Die schlechtesten Werte unter den Landkreisen wiesen der Rhein-Lahn-Kreis und der Landkreis Mayen-Koblenz mit 6,6 bzw. 6,2 auf.

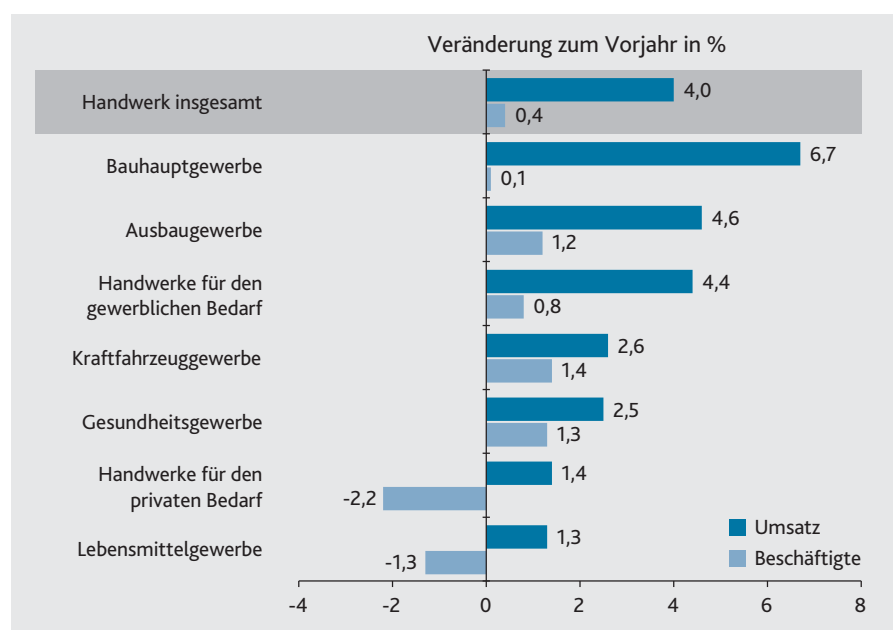
Bei den Verbraucherinsolvenzen hat sich die Lage weiter entspannt. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger der 2018 insolvent gewordenen Verbraucherinnen und Verbraucher verminderte sich um 21 Prozent auf knapp 135 Millionen Euro. Die durchschnittliche Verschuldung lag mit 47 076 Euro merklich niedriger als 2017 (52 742 Euro).

Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wies die kreisfreie Stadt Pirmasens mit 31,3 die höchste Zahl an Verbraucherinsolvenzen auf, die Landkreise Alzey-Worms und Rhein-Pfalz-Kreis mit jeweils 3,3 die niedrigste Zahl. Den günstigsten Wert unter den kreisfreien Städten hatte Neustadt an der Weinstraße (5,1). Den höchsten Wert unter den Landkreisen wies der Landkreis Kusel auf (17,8).

Zulassungspflichtiges Handwerk 2018 mit Umsatzplus

Die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind 2018 gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Erlöse um vier Prozent höher als 2017 (Deutschland: +4,9 Prozent). In allen vier Quartalen lagen die Umsätze über dem Niveau des jeweiligen Vorjahreszeitraums.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2018 nach Gewerbegruppen



Die Umsätze fielen 2018 in allen sieben Gewerbegruppen höher aus als im Vorjahr. Die größte Erlössteigerung erzielte das Bauhauptgewerbe (+6,7 Prozent). Im Ausbaugewerbe sowie in den Handwerken für den gewerblichen Bedarf legten die Umsätze ebenfalls deutlich zu (+4,6 Prozent bzw. 4,4 Prozent). Schlusslichter bildeten die Handwerke für den privaten Bedarf und das Lebensmittelgewerbe (+1,4 und +1,3 Prozent).

Die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk erhöhte sich gegenüber 2017 um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,5 Prozent). Überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse gab es im Kraftfahrzeuggewerbe, im Gesundheitsgewerbe und im Ausbaugewerbe. Den größten Rückgang der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mussten die

Handwerke für den privaten Bedarf verzeichnen (-2,2 Prozent).

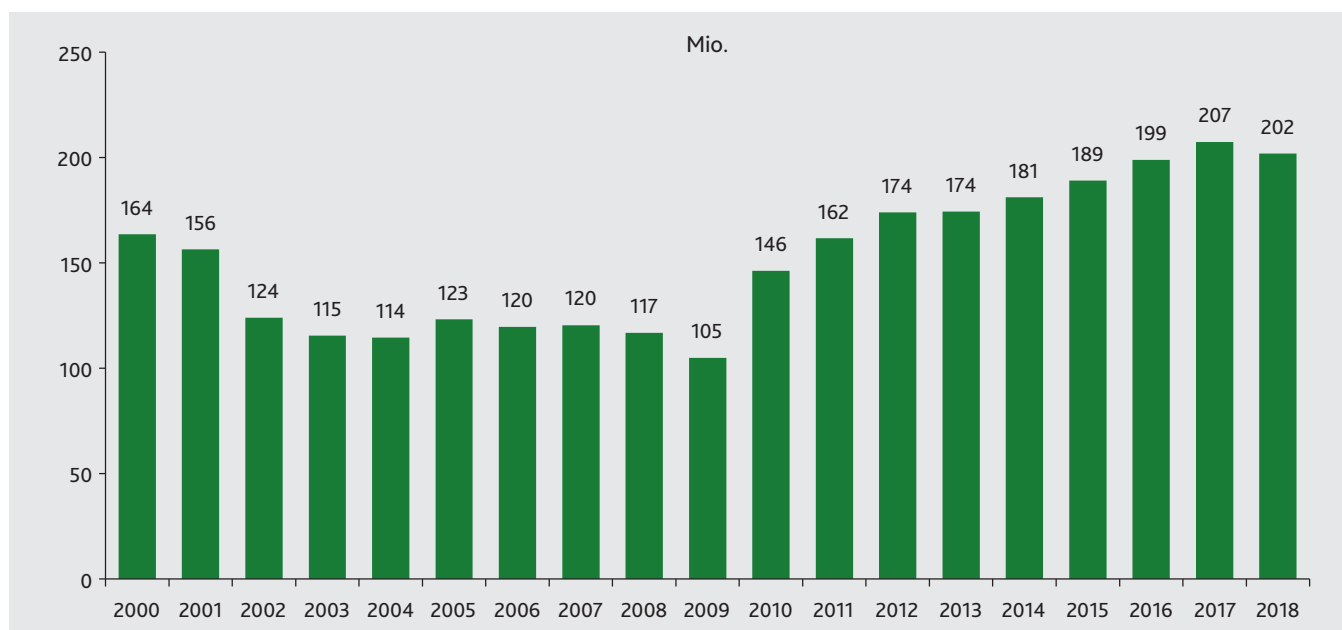
Jede Henne legt alle 32 Stunden ein Ei – Öko-Eier gewinnen an Bedeutung

Im Jahr 2018 gab es in Rheinland-Pfalz 56 spezialisierte Betriebe, in denen insgesamt 741 200 Hennen gehalten wurden. Gut 202 Millionen Eier wurden erzeugt, das waren 1,6 Prozent der deutschen Produktion von 12,3 Milliarden. Somit stammte 2018 nur eins von 61 in Deutschland produzierten Eiern aus Rheinland-Pfalz. Im Durchschnitt legte eine Henne in Rheinland-Pfalz rund 272 Eier im Jahr. Dies entspricht einem Ei in gut 32 Stunden.

Im Jahr 2018 ist die Eierzeugung in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Millionen gesunken.

Das entspricht einem Rückgang um 2,7 Prozent. Mit 87 Prozent kommen die meisten Eier aus Bodenhaltung (Deutschland: 63 Prozent). Eier aus Freilandhaltung machen 6,8 Prozent der Erzeugung aus (Deutschland: 19 Prozent). Die restlichen Eier kommen aus ökologischer Produktion mit eigenen Vorschriften zum Freigang der Tiere, zur maximalen Herdengröße und zum eingesetzten Futter sowie aus der nach wie vor erlaubten Kleingruppenhaltung in ausgestalteten Käfigen (zusammen 6,2 Prozent). Von 2017 auf 2018 ist die Erzeugung dieser beiden Haltungsformen zusammen um 24 Prozent bzw. 2,4 Millionen Eier gestiegen. Der größte Anteil davon ist auf die Steigerung bei der ökologischen Eierproduktion zurückzuführen. Bundesweit ist die Zahl ökologisch produzierter Eier im gleichen Zeitraum

Eierzeugung in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen 2000–2018



um 4,6 Prozent (59,5 Millionen Eier) gestiegen.

In der Statistik erfasst sind Betriebe von Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen. Von den 1 897 Betrieben in Deutschland produzieren 56 in Rheinland-Pfalz. Im Vorjahresvergleich sind damit drei Betriebe, seit 2012 sogar 24 Betriebe hinzugekommen. Davor hatte die Zahl der Betriebe abgenommen. Hierzu hatte auch das absehbare Verbot der konventionellen Käfighaltung in Form von Legebatterien beigetragen, welches zum 1. Januar 2010 in Kraft trat. Mit der Erhebung bei spezialisierten Erzeugern werden nicht alle Legehennen in landwirtschaftlichen Betrieben erfasst. Nicht berücksichtigt werden kleine Bestände, die der Eigenversorgung dienen oder auch eine begrenzte regionale Versorgung bieten.

Trockenperiode bringt starke Auswirkungen auf den Gemüseanbau

Im Jahr 2018 wurden in Rheinland-Pfalz in 370 Betrieben 589 000 Tonnen Freilandgemüse erzeugt. Damit lag die Ernte leicht unter dem vorjährigen Aufkommen von rund 592 000 Tonnen (–0,6 Prozent). Auch die Anbaufläche war im Vergleich zum Vorjahr mit 19 000 Hektar um etwa 600 Hektar kleiner. Beide Effekte sind maßgeblich auf die Witterung des vergangenen Jahres mit der extremen Trockenperiode zurückzuführen.

In Rheinland-Pfalz, wie in Deutschland insgesamt, wird Gemüse hauptsächlich im Freiland und nur wenig in Gewächshäusern angebaut. Die Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäuser beträgt in Rheinland-Pfalz 43 Hektar.

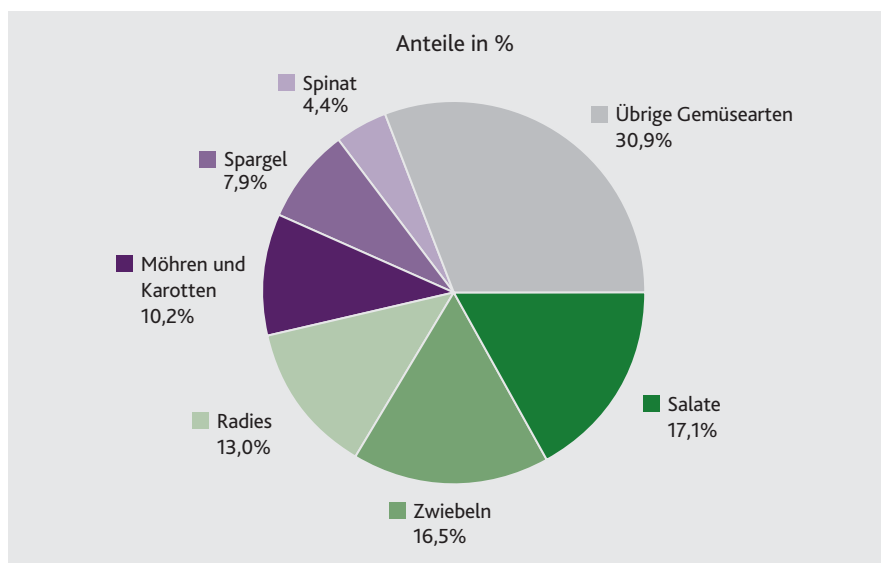
Die Freilandproduktion findet schwerpunktmäßig in größeren Betrieben mit Anbauflächen für den Gemüsebau von 20 Hektar und mehr statt. Im Jahr 2018 machen diese Betriebe (ohne Erdbeeren) 40 Prozent der Erzeuger aus. Sie bewirtschafteten knapp 93 Prozent der Fläche. Jeder dieser größeren Betriebe erzeugte im Durchschnitt auf 120 Hektar Gemüse.

Von der Anbaufläche wurden 8,3 Prozent ökologisch bewirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die ökologisch bewirtschaftete Fläche um 21 Prozent. Die Zahl der Betriebe mit ökologischem Feldgemüsebau hat gegenüber 2012 um 38 Prozent auf 58 zugenommen.

Radieschen machen mit knapp 2 500 Hektar den größten Anbauanteil von 13 Prozent aus. Möhren und Karotten rangieren mit gut 1 900 Hektar an zweiter, Bund- bzw. Frühlingszwiebeln mit gut 1 700 an dritter Stelle. Spargel wurde auf 7,9 Prozent, Trockenzwiebeln auf 7,4 Prozent der Fläche angebaut. Mit gut 800 Hektar Anbaufläche stellt Feldsalat die flächenmäßig bedeutendste Salatart dar. Zusammen mit den anderen angebauten Arten entfallen 17 Prozent der Anbaufläche auf Salate.

Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau kann die Verbraucherinnen und Verbraucher speziell im Sommerhalbjahr mit regionalem Gemüse versorgen. Klimatisch bedingt hat der Gemüseanbau seinen regionalen Schwerpunkt in der Pfalz. Sie ist das größte geschlossene Anbaugebiet für Freilandgemüse Deutschlands. Im

Anbaufläche von Gemüse im Freiland 2018



Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise dominiert der Rhein-Pfalz-Kreis. Der benachbarte Kreis Germersheim rangiert an zweiter Stelle.

Außergewöhnlicher Weinjahrgang im Jahr 2018

Die Wein ausbauenden Betriebe und Kellereien in Rheinland-Pfalz erzeugten aus der Traubenernte des Jahres 2018 rund 6,7 Millionen Hektoliter Wein und Most. Das waren knapp 38 Prozent (1,8 Millionen Hektoliter) mehr als im Vorjahr. Einen mengenmäßig ähnlich außergewöhnlichen Weinjahrgang gab es zuletzt 2008 mit einer Weinerzeugung von 6,8 Millionen Hektolitern. Im Jahr 2018 wurden 27 Prozent zu Prädikats-, 66 Prozent zu Qualitäts- und sieben Prozent zu Landwein angebaut.

Auf die Erzeugung von Weißweinen entfielen 72 Prozent (4,8 Millionen

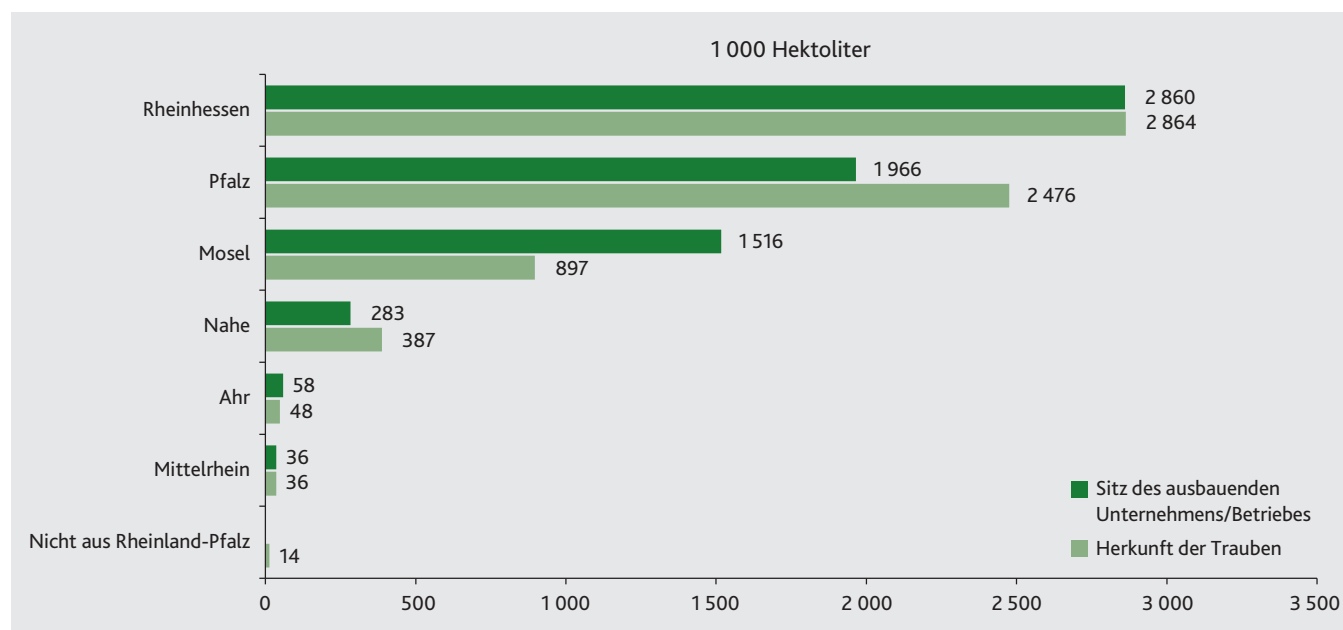
Hektoliter). Davon wurden 59 Prozent zu Qualitäts- und 33 Prozent zu Prädikatsweinen verarbeitet. Beim Rotwein wird ein deutlich höherer Anteil als Qualitätswein vermarktet; 2018 waren es 84 Prozent (1,6 Millionen Hektoliter).

Mit 2,9 Millionen Hektolitern wurde im Anbaugebiet Rheinhessen die größten Erntemengen eingefahren, gefolgt von der Pfalz mit 2,5 Millionen Hektolitern. An der Mosel, dem drittgrößten Anbaugebiet in Rheinland-Pfalz, wurden 907 000 Hektoliter geerntet. An der Nahe waren es 393 000 Hektoliter, gefolgt von der Ahr mit 48 000 Hektolitern und dem Mittelrhein mit 36 000 Hektolitern. Von Rebflächen außerhalb der im Weinrecht festgelegten Weinanbaugebiete (Deutschweingebiete) wurden 2018 gut 2 000 Hektoliter geerntet.

Die Weinerzeugung basiert in Rheinland-Pfalz zu 99,8 Prozent auf landeseigenen Trauben. Lediglich 0,2 Prozent (knapp 14 000 Hektoliter) werden außerhalb von Rheinland-Pfalz zugekauft. Landesintern werden vor allem von Betrieben mit Sitz im Anbaugebiet Mosel Trauben aus anderen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten zugekauft. Von der Mosel stammten 13 Prozent der gesamten Weinernte; demgegenüber stehen knapp 23 Prozent rheinland-pfälzischer Weinerzeugung in Betrieben in diesem Anbaugebiet.

In den vergangenen zehn Jahren konnten unter den bedeutenden Weißweinen die Rebsorten Chardonnay und Sauvignon blanc hinsichtlich der Ertragsrebläche und dadurch bedingt auch hinsichtlich der Erntemenge besonders stark zulegen. Im Zeitraum 2009 bis 2018 stieg die Erntemenge

Weinerzeugung 2018 nach Anbaugebieten, Herkunft der Trauben und Sitz des ausbauenden Betriebes



für Chardonnay in Rheinland-Pfalz um 102 000 Hektoliter (+141 Prozent) auf 175 000 Hektoliter an. Der größte Anteil des Zuwachses entfällt auf die Anbaugebiete Rheinhessen und Pfalz. Prozentual noch deutlicher ausgeprägt ist der Anstieg beim Sauvignon blanc: Hier beträgt der Zuwachs der Erntemenge 381 Prozent (69 000 Hektoliter); im Jahr 2018 wurden 87 000 Hektoliter geerntet.

Reallöhne steigen 2018 um 1,2 Prozent

Die preisbereinigten Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent gestiegen

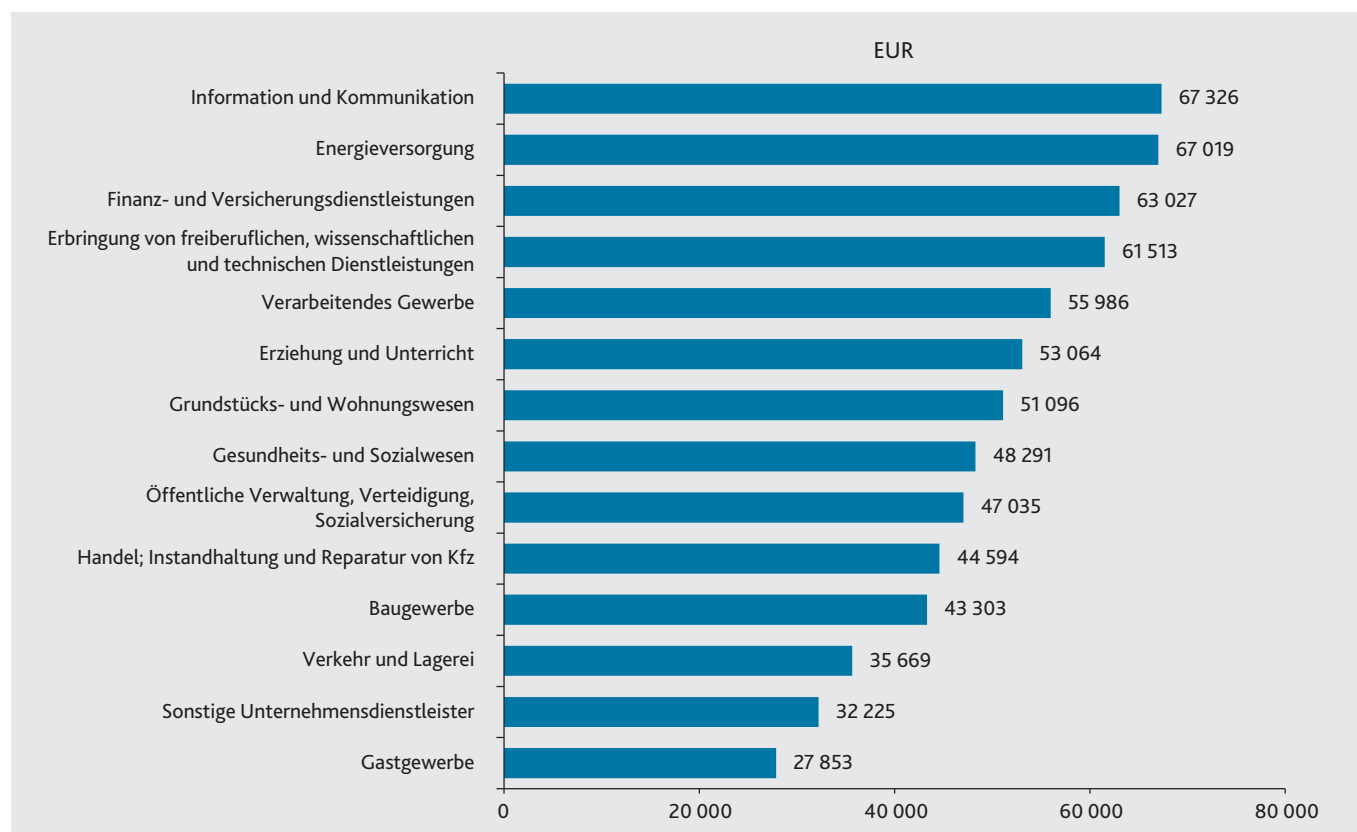
(Deutschland: +1,3 Prozent). Der Anstieg des Reallohnindex in Rheinland-Pfalz lag nach den endgültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung damit um 0,1 Prozentpunkte über dem vorläufigen Wert vom 19. Februar 2019.

Der Reallohnindex wird errechnet, indem die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt wird. Die nominalen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen waren im Jahr 2018 um 2,9 Prozent höher als 2017. Damit fiel der Anstieg des Nominallohnindex höher aus als im Jahr zuvor (2017: +2,4 Prozent), lag aber etwas unter den deutschland-

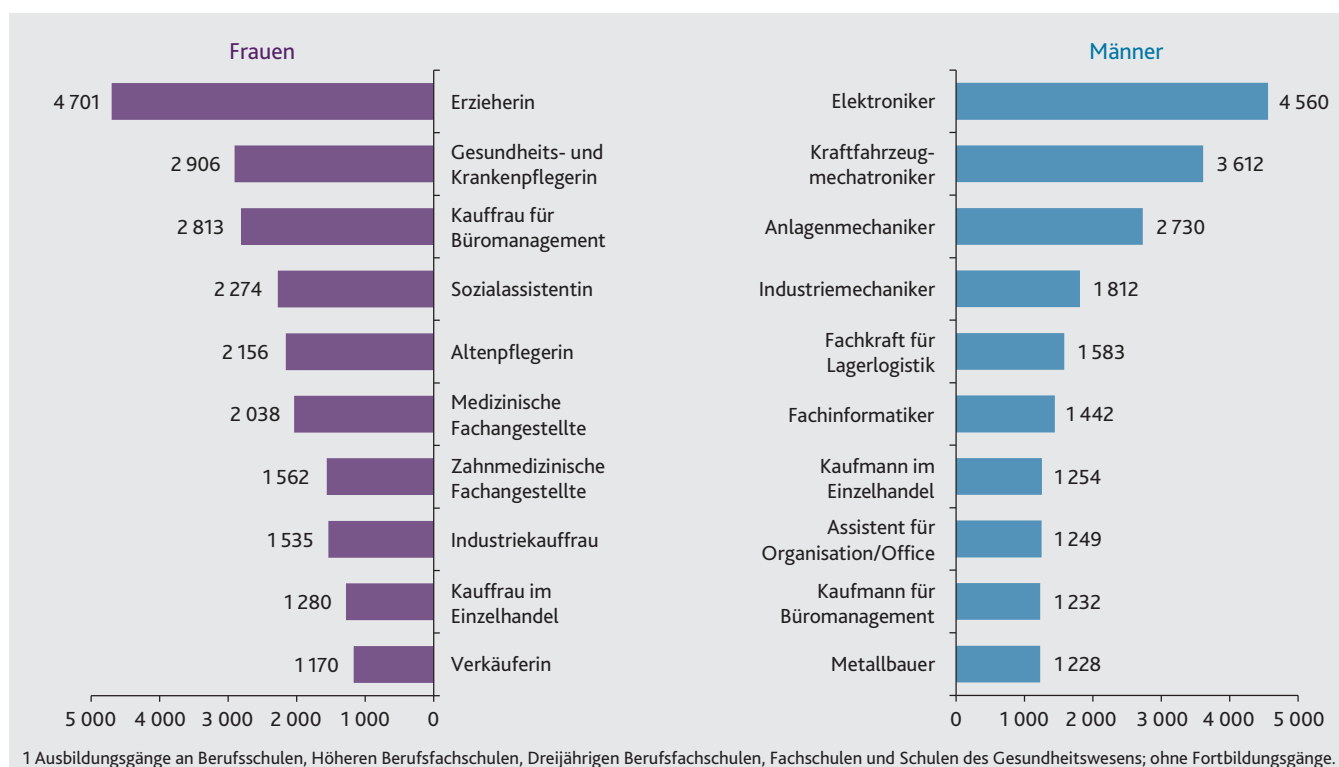
weiten Verdienstzuwächsen von +3,1 Prozent. Die Verbraucherpreise (Basis: 2015=100) stiegen im selben Zeitraum um 1,7 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent).

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich belief sich 2018 auf 49 412 Euro. Vollzeitbeschäftigte Frauen verdienten 43 119 Euro, vollzeitbeschäftigte Männer 51 973 Euro. Erkennbare Unterschiede gab es zwischen den Wirtschaftsbereichen: Während eine Vollzeitkraft im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2018 nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten



Schüler/-innen an berufsbildenden Schulen 2018/19 nach Geschlecht und den zehn am stärksten besetzten berufsqualifizierenden Ausbildungen¹



53 785 Euro verdiente, lagen die Jahresverdienste im Dienstleistungsbereich bei 46 758 Euro.

Noch deutlicher fallen die Verdienstunterschiede bei der Betrachtung einzelner Wirtschaftszweige aus. Vergleichsweise hoch wurden die Tätigkeiten in den Bereichen „Information und Kommunikation“ (67 326 Euro), „Energieversorgung“ (67 019 Euro) sowie „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (63 027 Euro) vergütet. Relativ niedrig ist das Verdienstniveau zum Beispiel im Gastgewerbe (27 853 Euro) und im Bereich der sonstigen Unternehmensdienstleistungen (32 225 Euro).

Das individuelle Verdienstniveau wird in allen Branchen maßgeblich durch

die ausgeübte Tätigkeit bestimmt. Am unteren Ende der Verdienstskala stehen die ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 5). Mit 29 060 Euro betrug der Bruttojahresverdienst einer Vollzeitkraft in der Leistungsgruppe 5 weniger als ein Drittel des Vergütungsniveaus der Leistungsgruppe 1 (Beschäftigte in leitenden Positionen). Hier lagen die jährlichen Bruttoverdienste bei 93 814 Euro.

Girls' und Boys' Day: Berufs- und Studienwahl junger Frauen und Männer

Im Bildungswesen, in der Berufs- und Studienwahl sowie in der Berufspraxis bestehen nach wie vor stereotypische Unterschiede zwischen den Geschlech-

tern. Das belegen Zahlen, die zum Girls' und Boys' Day am 28. März 2019 veröffentlicht worden sind.

Im Rahmen des Girls' und Boys' Day lernen junge Männer Berufsfelder kennen, in denen häufiger Frauen tätig sind, und junge Frauen Berufe, die traditionell eher von Männern ausgeübt werden. Dabei sollen die Jugendlichen ihre Fähigkeiten und Interessen erkunden, die Vielfalt der Lebensentwürfe und Laufbahntwicklungen erleben und differenzierte Rollenbilder erfahren.

Im Schuljahr 2018/19 zählten an den berufsbildenden Schulen und den Schulen des Gesundheitswesens bei den Frauen die Ausbildungen zur Erzieherin (4 700), zur Gesundheits-

und Krankenpflegerin (2 900) und zur Kauffrau für Büromanagement (2 800) zu den beliebtesten Berufsausbildungen. Die zehn am häufigsten besuchten Ausbildungsgänge von Frauen sind im Wesentlichen sozialen, pflegerischen und kaufmännischen Berufen zuzuordnen. Gegenüber 2009/10 haben die beliebtesten Berufe einen Wandel erfahren. Insbesondere die Zahl der Auszubildenden zur Erzieherin stieg durch die Förderung der Kindertagesbetreuung und den Ausbau der Kindertagesstätten.

Junge Männer präferierten technisch-handwerkliche Berufe: Am häufigsten wählten sie die Ausbildung zum Elektroniker (4 600), Kraftfahrzeugmechaniker (3 600) oder Anlagenmechaniker (2 700). In den vergangenen zehn Jahren veränderte sich bei den männlichen Auszubildenden die Rangreihe der drei beliebtesten Ausbildungsberufe nicht. Auf den dahinterliegenden Plätzen konnte hingegen ein Wandel wahrgenommen werden: Während handwerkliche Berufe wie die Ausbildung zum Koch oder Tischler die Top 10 verließen, nahm die Beliebtheit kaufmännischer und informatonstechnischer Ausbildungen zu.

Wie in der Wahl der beruflichen Ausbildung bestehen auch in der Studienfachwahl Unterschiede zwischen jungen Männern und Frauen. Im Wintersemester 2017/18 studierten Männer häufig ein wirtschaftswissenschaftliches oder naturwissenschaftlich-technisches Studienfach. Dagegen waren bei den jungen Frauen

eher geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Fächer beliebt.

Mit rund 4 100 Studentinnen waren die meisten Frauen in das Fach Germanistik/Deutsch eingeschrieben, gefolgt von den Fächern Rechtswissenschaft (2 900) und Psychologie (2 500). Zehn Jahre zuvor waren noch die Betriebswirtschaftslehre und die Pädagogik unter den drei beliebtesten Fächern vertreten. Durch die deutliche Zunahme der Studentinnen in den Fächern Psychologie (+800) und Rechtswissenschaften (+700) veränderte sich die Rangreihe der von

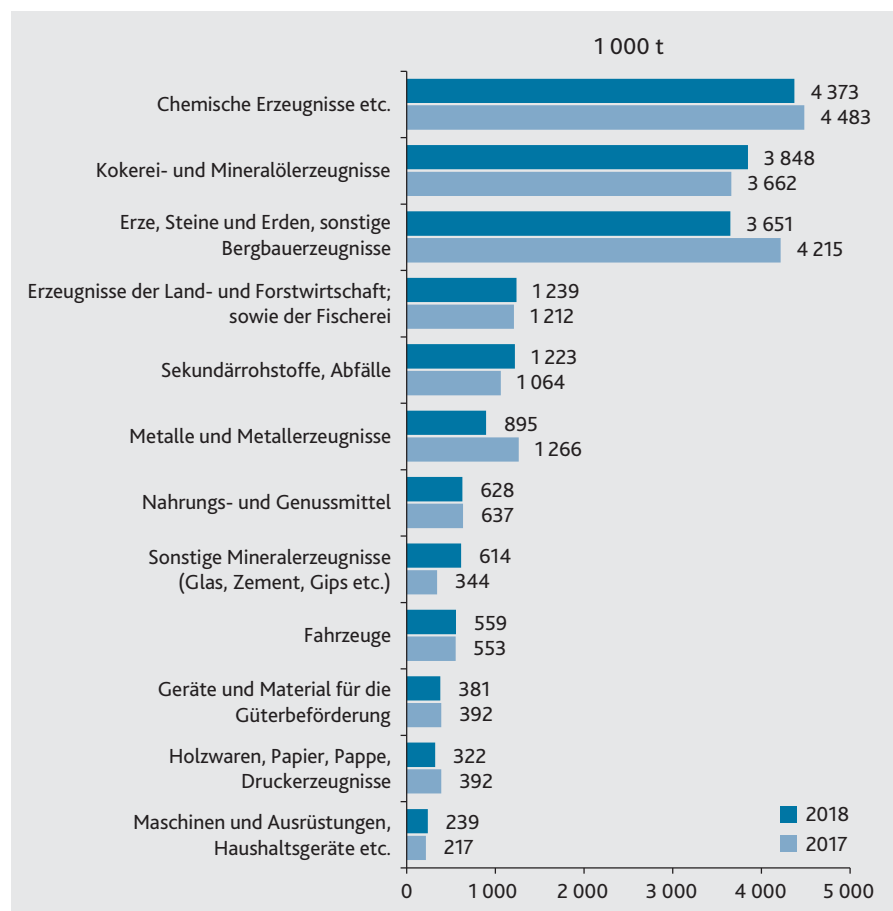
Frauen am häufigsten gewählten Studienfächer.

Bei den jungen Männern waren Betriebswirtschaftslehre (2 800), Maschinenbau/-wesen (2 500) und Informatik (2 300) die meistgewählten Fächer. Gegenüber 2007/08 gab es keine Veränderung bei den drei beliebtesten Studienfächern.

Weniger Güterumschlag in der Binnenschifffahrt

Im Jahr 2018 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen weniger Fracht umgeschlagen als im Vorjahr. Der von den Schiffs- bzw. Frachtführern

Güterumschlag in Häfen 2017 und 2018 nach Güterabteilungen



gemeldete Güterumschlag betrug 19,9 Millionen Tonnen; das waren 709 000 Tonnen bzw. 3,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Während der Empfang mit 11,4 Millionen Tonnen fast gleich blieb, ging der Versand um 8,2 Prozent auf insgesamt 8,6 Millionen Tonnen zurück.

Die höchsten umgeschlagenen Tonnen entfielen mit 4,4 Millionen Tonnen (-2,4 Prozent) auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“, gefolgt vom Bereich „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“ mit 3,8 Millionen Tonnen (+5,1 Prozent) sowie der Abteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 3,7 Millionen Tonnen (-13 Prozent).

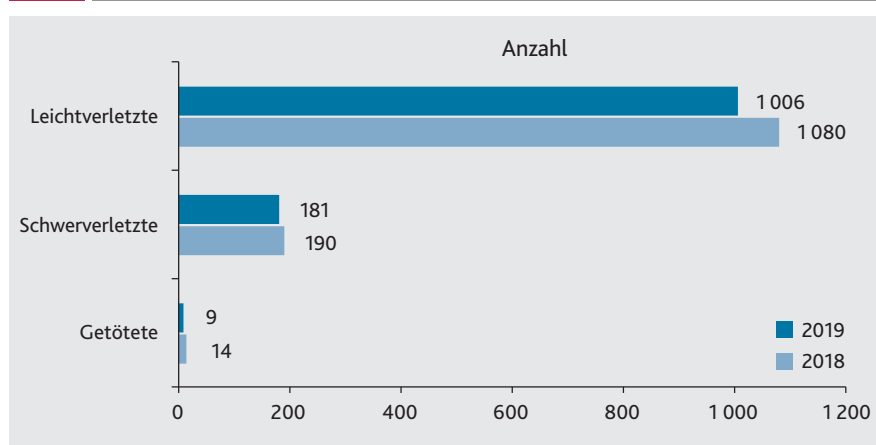
In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 8,9 Prozent mehr Güter umgeschlagen. Im zweitgrößten Hafen Mainz gab es ein Plus von zwölf Prozent.

Alle Häfen des Landes hatten mit dem insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2018 anhaltenden Niedrigwasser des Rheins zu kämpfen.

Zum Jahresbeginn weniger Unfälle

In Rheinland-Pfalz hat es im Januar 2019 weniger Unfälle gegeben als im Januar 2018. Die Polizei registrierte insgesamt 11 072 Unfälle und damit 5,5 Prozent weniger als im ersten Monat des Vorjahres. Insgesamt neun Menschen verloren bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Das waren fünf Todesopfer weniger als im Januar 2018. Schwerverletzt wurden 181 Unfallbeteiligte, neun weniger

Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2018 und 2019



als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten ging um 74 auf 1 006 zurück.

Kommunalfinanzen 2018: Höchststand bei Steuereinnahmen und ausgeglichener Finanzhaushalt

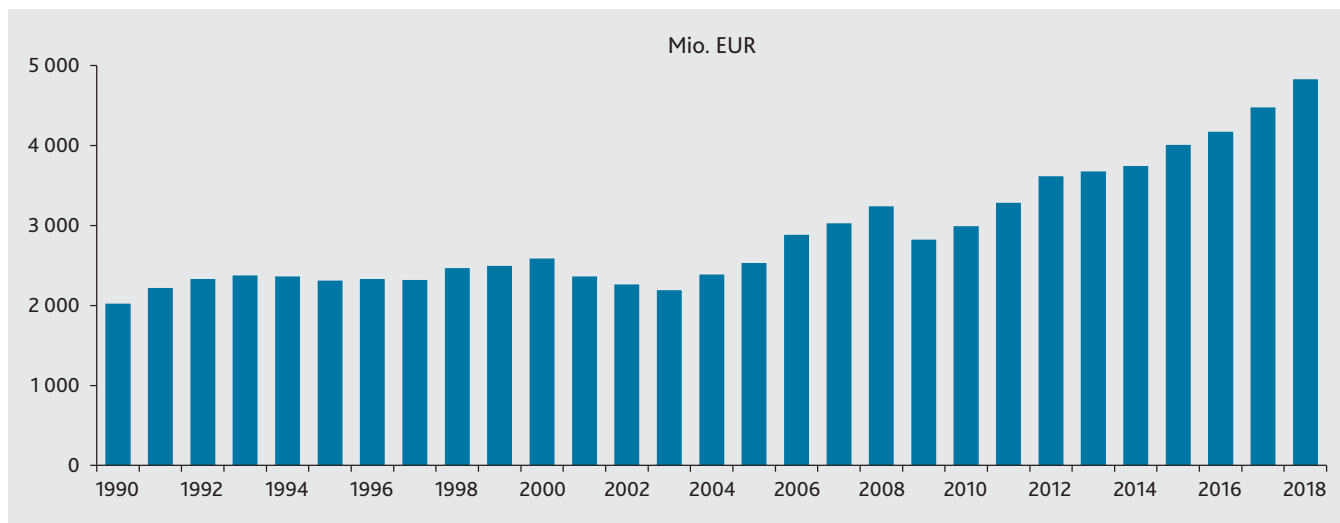
Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen wuchsen 2018 in Rheinland-Pfalz auf 4,84 Milliarden Euro. Nach den vorläufigen Ergebnissen waren das 9,2 Prozent bzw. 406 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Die kommunalen Einnahmen stiegen damit im neunten Jahr in Folge und lagen um rund 72 Prozent höher als 2009.

Knapp 54 Prozent der Steuereinnahmen der Kommunen stammten aus den Realsteuern. Diese stiegen um 8,9 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro. Die darin enthaltene Gewerbesteuer brachte den Kommunen rund 2,01 Milliarden Euro ein (+11 Prozent). Auf die Grundsteuer B entfielen rund 570 Millionen Euro, das waren 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Neben den Realsteuern spielen die Einnahmen aus den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern eine bedeutende Rolle. Ihr Wert stieg um 9,6 Prozent auf 2,13 Milliarden Euro. Der darin enthaltene Gemeindeanteil an der Einkommensteuer betrug 1,83 Milliarden Euro (+1,6 Prozent).

In der Summe erzielten die rheinlandpfälzischen Kommunen einen positiven Finanzierungssaldo von 444 Millionen Euro. Der Finanzierungssaldo fällt in den Gebietskörperschaften unterschiedlich aus. Acht kreisfreie Städte kamen auf einen positiven, vier hingegen auf einen negativen Saldo. Damit wiesen zwei von drei kreisfreien Städten einen Finanzierungsüberschuss auf. Der höchste positive Wert wurde für die Landeshauptstadt Mainz (26,6 Millionen Euro), der höchste negative Saldo für Trier (-16,6 Millionen Euro) ermittelt. Bezogen auf die Bevölkerung erzielte Landau in der Pfalz mit Abstand den höchsten positiven Finanzierungssaldo (392 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Steuereinnahmen der Kommunen 1990–2018



Auf die Kreishaushalte bezogen schlossen insgesamt 19 Landkreise (79 Prozent) das Jahr 2018 mit einem positiven, fünf (21 Prozent) hingegen mit einem negativen Finanzierungssaldo ab. Dabei weist der Kreis Mainz-Bingen sowohl absolut als auch auf die Bevölkerung bezogen den höchsten positiven Finanzierungssaldo aus (38,3 Millionen Euro bzw. 183 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Am anderen Ende der Skala stehen die Landkreise Kusel und Südwestpfalz. Kusel kommt auf einen negativen Saldo von 4,2 Millionen (–60 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner), die Südwestpfalz auf einen Fehlbetrag von 4,8 Millionen Euro (–50 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Werden nur die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden ohne den Kreishaushalt betrachtet, so ergibt sich ein anderes Bild. Wieder liegt Mainz-Bingen mit deutlichem Abstand auf dem ersten Rang (+123,3 Millionen Euro; 588 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Die letzten Plätze belegen hier jedoch die Kommunen des Landkreises Germersheim mit –11,3 Millionen Euro (–88 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) sowie des Donnersbergkreises mit –11 Millionen Euro (–146 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Von allen kreisangehörigen Kommunen in Rheinland-Pfalz hatten 1 485 (61 Prozent) einen positiven, 950 (39 Prozent) einen negativen Finanzierungssaldo.

Der positive Finanzierungssaldo des Jahres 2018 stellt einen neuen Höchststand in der Geschichte des Bundeslandes Rheinland-Pfalz dar. Er löst den alten Höchstwert des Vorjahres ab. Seit den 90er-Jahren fiel der Saldo zunächst negativ aus. 2009 war das Finanzierungsdefizit in Folge der Wirtschaftskrise am größten (rund 870 Millionen Euro). Ein in Summe ausgeglichener Finanzhaushalt der Kommunen konnte erst wieder für 2015 dokumentiert werden (rund 99 Millionen Euro). Im Folgejahr sank er zunächst mit –7 Millionen Euro knapp wieder in den negativen Bereich. Mit aktuell 444 Millionen Euro setzte er den seit 2009 anhaltenden Trend jedoch fort.

Wirtschaftsleistung wächst um 1,7 Prozent



„Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2018 trotz schwierigerer Rahmenbedingungen robust gewachsen“, ist das gemeinsame Resümee von Wirtschaftsminister Volker Wissing und Marcel Hürter, Präsident des Statistischen Landesamtes, anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen Jahreswirtschaftsberichts.

Das Bruttoinlandsprodukt nahm nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder preisbereinigt um 1,7 Prozent zu (Deutschland: +1,4 Prozent). „Im Vergleich der Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz – gemeinsam mit Hamburg – auf dem fünften Platz“, erläuterte Hürter das Ergebnis. In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf 149 Milliarden Euro (+5,4 Milliarden Euro bzw. +3,8 Prozent). In Rheinland-Pfalz wurden 2018 folglich 4,4 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

Alle wichtigen Wirtschaftsbereiche haben 2018 zum Wachstum beigetragen. Den mit Abstand größten Beitrag leisteten die Dienstleistungsbereiche; die Wertschöpfung stieg hier um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Aufgrund ihres hohen Anteils an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (64 Prozent; Deutschland: 68 Prozent) trugen die Dienstleistungsbereiche etwa die Hälfte (0,86 Prozentpunkte) zum gesamten Wirtschaftswachstum bei.

Der kleinste Dienstleistungsbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ (Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung: 19 Prozent) erwirtschaftete mit +2,6 Prozent den größten Zuwachs (Deutschland:

+2,4 Prozent). Der Teilsektor „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ (Anteil: 21 Prozent) verzeichnete den geringsten Anstieg (+0,5 Prozent; Deutschland: +1,3 Prozent). Im größten Teilsektor „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ (Anteil: 24 Prozent) stieg die Bruttowertschöpfung um 1,2 Prozent (Deutschland: ebenfalls +1,2 Prozent).

Die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes verbesserte sich um 1,5 Prozent. Da in diesem Bereich 26 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung erstellt werden, lag der Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei knapp 0,4 Prozentpunkten.

Anhand der Umsätze zeigt sich, dass die günstige Entwicklung in der Industrie vor allem auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen ist. Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg 2018 um 6,9 Prozent. Während sich die Inlandsumsätze um 2,8 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent) erhöhten, stiegen die Erlöse im Ausland sogar um zehn Prozent (Deutschland: +2,9 Prozent). Damit nahm die Exportquote weiter zu; die rheinland-pfälzische Industrie weist mit 57,6 Prozent unter den Flächenländern die höchste Exportquote auf. „Die Daten verdeutlichen, dass die rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen weiterhin auf den Export setzen. Angesichts des weltwirtschaftlichen Umfelds – Brexit, zunehmende Handelskonflikte, schwächeres Wachstum in China, in der EU und in der Eurozone – birgt die Exportorientierung zwar Risiken, zeigt aber auch die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie“, sagte Wirtschaftsminister Wissing.

Die größten Wachstumsimpulse kamen aus der Konsumgüterindustrie. Die Erlöse der Konsumgüterhersteller stiegen 2018 um 23 Prozent. Den wesentlichen Beitrag dazu leistete die Pharmabranche, deren Umsätze um 78 Prozent über dem Niveau des Vorjahres lagen. Aber auch die Inves-

tionsgüterhersteller konnten Umsatzsteigerungen realisieren (+4,6 Prozent). Das geringste Wachstum verzeichneten die Vorleistungsgüterproduzenten mit +2,8 Prozent, was unter anderem auf die verhaltene Entwicklung der Chemieindustrie zurückzuführen ist, deren Erlöse nur um 1,2 Prozent zulegen.

Noch besser als in der Industrie lief es 2018 im Baugewerbe. Preisbereinigt erhöhte sich die Wirtschaftsleistung hier um 5,9 Prozent (Deutschland: +3 Prozent). Da das Baugewerbe aber nur einen Anteil von 5,9 Prozent an der gesamten Wertschöpfung hat (Deutschland: 5,3 Prozent), ist sein Beitrag zum Wirtschaftswachstum mit 0,31 Prozentpunkten trotz des starken Zuwachses kleiner als der Beitrag der Industrie.

Von den beiden Teilbereichen des Baugewerbes ist das Bauhauptgewerbe kräftig gewachsen. Hier übertraf der Umsatz 2018 das bisherige Rekordergebnis von 2017 um zwölf Prozent (Deutschland: +11 Prozent). Alle Bereiche des Bauhauptgewerbes erzielten zweistellige Zuwachsraten. Die Erlöse stiegen im Hochbau um knapp 13 und im Tiefbau um knapp zwölf Prozent. Die Ergebnisse der Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe für 2018 sind aufgrund einer methodischen Änderung nur eingeschränkt mit den Vorjahreswerten vergleichbar. Die Zahlen deuten auf eine weiterhin positive Entwicklung des Ausbaugewerbes.

Im Jahr 2018 ist auch der Sektor „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ kräftig gewachsen. Die Bruttowertschöpfung stieg in diesem Bereich um knapp 19 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Dadurch erbrachte der primäre Sektor, trotz des sehr kleinen Anteils an der gesamten Wirtschaftsleistung (1,5 Prozent; Deutschland: 0,8 Prozent), einen nennenswerten Beitrag zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft. Er fiel mit 0,26 Prozentpunkten fast so hoch aus wie der Beitrag des Baugewerbes. Ein wesentlicher Grund für dieses sehr gute Ergebnis war die außergewöhnlich ertragreiche Weinernte 2018.

Der längerfristige Trend steigender Exporte blieb 2018 ungebrochen. Der Wert der aus Rheinland-Pfalz ausgeführten Waren nahm das neunte Jahr in Folge zu. Das Wachstum hat sich 2018 weiter beschleunigt. Der Wert

der Ausfuhren stieg kräftig um 9,3 Prozent; dies war der größte Zuwachs seit 2011 (Deutschland: +3 Prozent). Die außergewöhnlich starke Zunahme der Ausfuhren ist im Wesentlichen auf die Steigerung der Konsumgüterexporte zurückzuführen, die um 36 Prozent zulegen. Der Grund für diesen Anstieg ist die kräftige Zunahme der Ausfuhr „Pharmazeutischer Spezialitäten“ (insbesondere Medikamente), die sich um 72 Prozent erhöhte. In geringerem Umfang als die Konsumgüter trugen auch die Investitionsgüter zum Anstieg der Ausfuhren bei. Ihr Exportwert stieg um 2,1 Prozent. Die Ausfuhr von Vorleistungsgütern war hingegen leicht rückläufig (–0,6 Prozent).

Die Verbraucherpreise lagen 2018 im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau (Deutschland: +1,8 Prozent). Die jährliche Preisentwicklung blieb damit seit 2013 durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (unter, aber nahe zwei Prozent). Den Höchststand erreichte die Teuerungsrate mit +2,5 Prozent im Oktober. Die niedrigste Preissteigerung wurde im Februar registriert (+0,9 Prozent).

Die Preisentwicklung bei den Energieprodukten (+4,4 Prozent) hatte auch 2018 einen merklichen Einfluss auf die Teuerungsrate. Der Energiebereich trug 0,46 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei. Die als Kerninflationsrate bezeichnete Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ lag im Jahresdurchschnitt 2018 bei +1,3 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent).

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat dazu beigetragen, dass sich der Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt auch im Jahr 2018 weiter fortgesetzt hat. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in Rheinland-Pfalz ebenso wie die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen neuen Höchstwert. Dagegen fiel die Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Stand seit 1992.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Erwerbstätigen um 18 800 auf einen neuen Rekordwert von 2,04 Millionen gestiegen (+0,9 Prozent; Deutschland: +1,3 Prozent). Einen starken Anstieg verzeichnete die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (+1,6 Prozent; Deutschland: +2,2 Prozent). Auch die geringfügige Beschäftigung nahm weiter

zu (+0,7 Prozent; Deutschland: +0,9 Prozent). Die Zahl der Selbstständigen fiel dagegen erstmals seit 2003 wieder unter die Marke von 200 000 Personen (–2,2 Prozent; Deutschland: –1,7 Prozent).

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich um 7 500 auf jahresdurchschnittlich 98 800 Personen (–7,1 Prozent; Deutschland: –7,6 Prozent). Das ist der niedrigste Stand seit 1992. Die Arbeitslosenquote sank um 0,4 Prozent-

punkte auf 4,4 Prozent. Sie lag damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (5,2 Prozent). Im Ländervergleich weisen bereits seit 2003 nur Bayern und Baden-Württemberg eine niedrigere Arbeitslosenquote auf.

Diese und weitere Ergebnisse finden Sie in der Veröffentlichung „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018“. Sie kann kostenfrei unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/ heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt stagniert im vierten Quartal

Im vierten Quartal 2018 ist die rheinland-pfälzische Wirtschaft nicht gewachsen. Nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen des Statistischen Landesamtes blieb das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2018 gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt unverändert. Im Vergleich zum vierten Quartal 2017 nahm die Wirtschaftsleistung im Land um 1,8 Prozent zu.

Eine Schrumpfung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im vierten Quartal 2018 wurde durch die sehr gute Konjunktur im Baugewerbe verhindert. Dort erhöhte sich die Bruttowertschöpfung gegenüber dem dritten Quartal 2018 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,5 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen ging die Wirtschaftsleistung dagegen jeweils leicht um 0,2 bzw. 0,1 Prozent zurück.

Die kalender- und saisonbereinigten Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe deuten darauf hin, dass die Entwicklung in diesem Wirtschaftsbereich auf Sondereffekte in der Konsumgüterindustrie zurückzuführen ist. In der Konsumgüterindustrie brachen die Erlöse – ausgehend von einem sehr hohen Niveau – im vierten Quartal 2018 ein. Die drei größten Industriebranchen im Land – die Chemieindustrie, die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie sowie der Maschinenbau –, die zur Vorleistungs- bzw. zur Investitionsgüterindustrie zählen, verzeichneten hingegen durchweg steigende Umsätze.

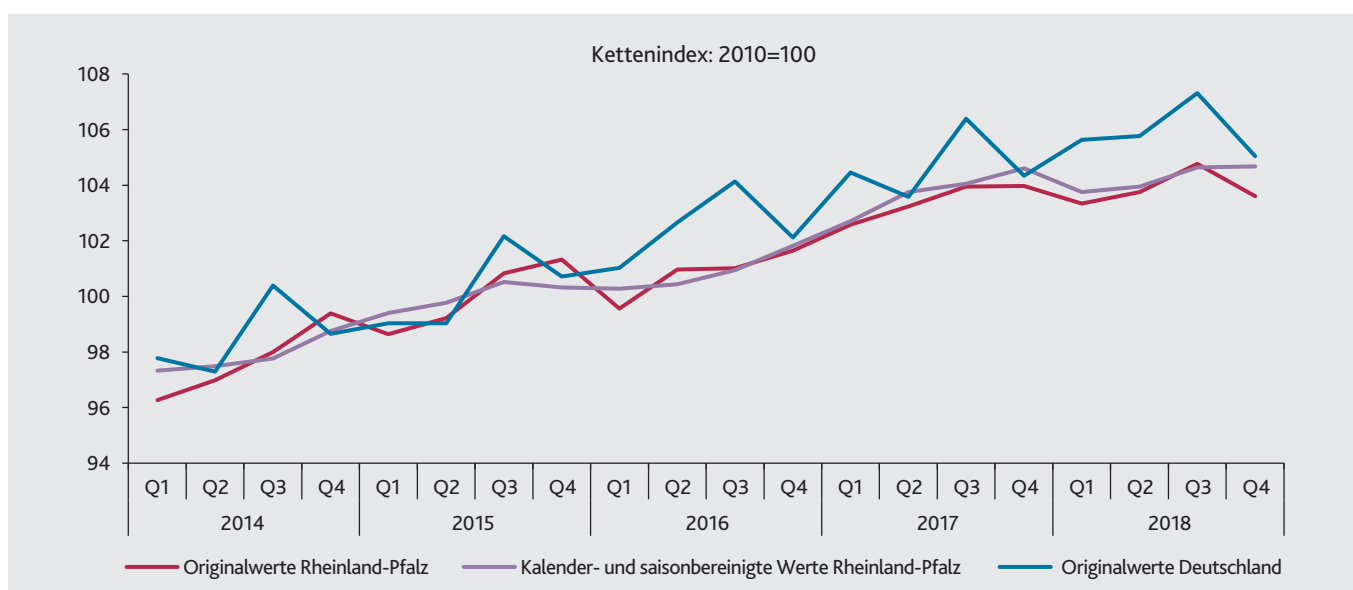
Die Umsatzzahlen aus den einzelnen Dienstleistungsbranchen zeigen den stärksten Erlösrückgang für den Bereich der „Sonstigen wirtschaftlichen Unternehmensdienstleister“, zu dem beispielsweise die Arbeitskräfteüberlassung gehört. Steigende Umsätze gab es demgegenüber im Großhandel.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2014–2018 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q2 2018	Q3 2018	Q4 2018	Q2 2018	Q3 2018	Q4 2018
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	0,2 ↗	0,7 ↗	0,0 ➡	1,8 ↗	2,3 ↑	1,8 ↗
Erwerbstätige	0,2 ↗	0,1 ↗	0,2 ↗	1,0 ↗	0,8 ↗	0,8 ↗
Originalwerte						
Arbeitsmarkt ^{1,2}						
Arbeitslose	-5,3 ↓	-3,5 ↓	-1,8 ➡	-6,0 ↓	-6,4 ↓	-6,1 ↓
Gemeldete Stellen	2,1 ↑	3,6 ↑	-4,5 ↓	7,9 ↑	4,3 ↑	2,3 ↑
Verbraucherpreisindex ²						
Insgesamt	1,0	0,8	-0,5	1,8	2,1	1,6
Kerninflation ³	0,7	0,6	-0,4	1,2	1,3	1,3
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-8,6 ↓	-9,0 ↓	1,4 ↗	11,7 ↑	-2,3 ↓	3,6 ↑
Betriebsaufgaben	-29,1 ↓	13,4 ↑	11,8 ↑	10,7 ↑	-0,1 ➡	-7,8 ↓
Unternehmensinsolvenzen	7,1 ↑	-25,7 ↓	2,6 ↑	13,5 ↑	-20,4 ↓	-3,6 ↓
Außenhandel ⁴						
Ausfuhr	1,4 ↗	4,8 ↑	-15,8 ↓	10,6 ↑	16,6 ↑	-0,2 ➡
Einfuhr	10,5 ↑	0,9 ↗	-17,4 ↓	20,1 ↑	22,4 ↑	-3,4 ↓
Gästeübernachtungen ⁵	77,9 ↑	21,9 ↑	-32,9 ↓	0,6 ↗	-0,5 ➡	-0,9 ➡
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1 ➡	2,0 ↑	-0,9 ➡	7,2 ↑	6,5 ↑	3,8 ↑
Inland	-1,8 ➡	-0,2 ➡	-1,2 ➡	1,3 ↗	-0,2 ➡	-3,3 ↓
Ausland	0,7 ↗	3,0 ↑	-0,6 ➡	9,8 ↑	9,7 ↑	7,5 ↑
Chemische Industrie	-0,8 ➡	-4,5 ↓	-1,5 ➡	-0,3 ➡	-6,1 ↓	-7,8 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-1,0 ➡	12,7 ↑	-1,3 ➡	4,3 ↑	18,4 ↑	13,8 ↑
Maschinenbau	-9,8 ↓	-1,2 ➡	5,4 ↑	-4,0 ↓	-4,4 ↓	-1,5 ➡
Bauhauptgewerbe ⁶	2,8 ↑	2,2 ↑	2,9 ↑	10,4 ↑	11,8 ↑	10,5 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	4,0 ↑	2,4 ↑	-1,3 ➡	21,4 ↑	17,7 ↑	11,2 ↑
Chemische Industrie	1,2 ↗	-7,0 ↓	-3,4 ↓	3,8 ↑	-5,6 ↓	-10,9 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	4,1 ↑	-4,7 ↓	2,2 ↑	9,6 ↑	4,1 ↑	0,3 ↗
Maschinenbau	-2,5 ↓	-2,7 ↓	0,8 ↗	1,4 ↗	-3,4 ↓	-4,0 ↓
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	4,5 ↑	6,2 ↑	13,2 ↑	4,2 ↑	9,9 ↑	28,1 ↑
Ausbaugewerbe ⁷
Sonstige Dienstleistungsbereiche ⁴	-1,0 ➡	1,8 ↗	0,0 ➡	2,9 ↑	2,1 ↑	1,7 ↗
Umsatz (preisbereinigt) ⁴						
Großhandel	2,3 ↑	3,7 ↑	2,1 ↑	0,8 ↗	4,8 ↑	10,6 ↑
Einzelhandel	-0,8 ➡	0,5 ↗	-0,5 ➡	-1,1 ➡	-0,8 ➡	-0,7 ➡
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	2,0 ↑	0,1 ↗	0,5 ↗	4,9 ↑	4,3 ↑	3,5 ↑

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge. – 7 Wegen methodischer Änderungen bei der Konjunkturerhebung im Ausbaugewerbe sind zurzeit keine Angaben möglich.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↗), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen -2 und 0% (↘), mehr als -2% (↓) oder 0 (➡).

Stand der Daten: 25. März 2019

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2019

Die Inflationsrate lag um 1,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Energiepreise waren um 3,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Mineralölprodukte verteuerten sich um 4,5 Prozent. Dazu trugen insbesondere die Heizölpreise bei, die innerhalb eines Jahres um 14 Prozent zulegten. Die Strompreise erhöhten sich um 2,5 Prozent und die Preise für Fernwärme um 1,4 Prozent. Die Preise für Gas waren dagegen rückläufig (–0,7 Prozent).

Die Nahrungsmittelpreise sind im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht gestiegen (+0,3 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im März 2019 bei +1 Prozent nach +1,3 Prozent im Februar.

In neun der zwölf Hauptgruppen sind die Preise im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Die stärkste Steigerung

war mit +3 Prozent in der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ zu verzeichnen. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Post und Telekommunikation“ waren die Preise dagegen rückläufig (–1,1 bzw. –0,5 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke blieben unverändert.

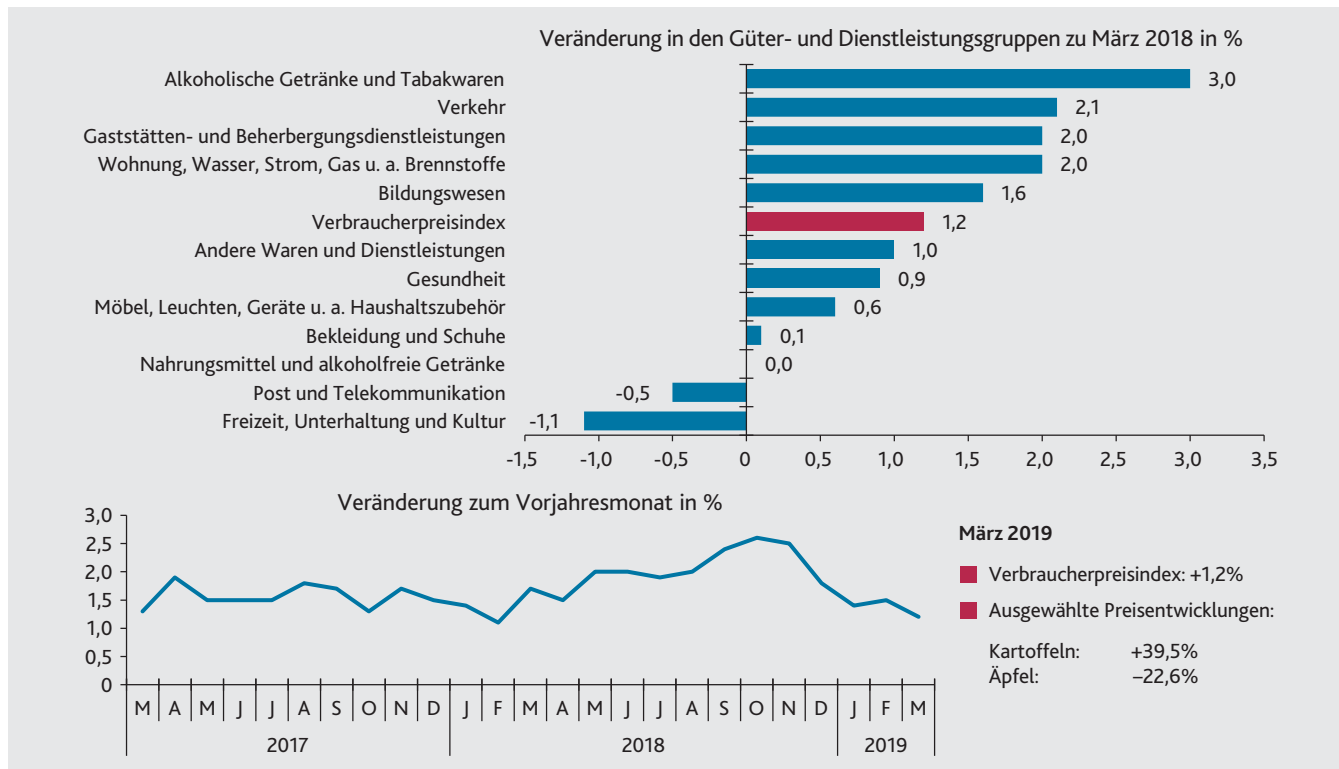
Gegenüber dem Vormonat nahm der Verbraucherpreisindex im März 2019 um 0,3 Prozent zu. Insbesondere für Bekleidung und Schuhe mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen als im Februar (+1,8 Prozent). In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ stiegen die Preise um 1,4 Prozent. Deutliche Preisrückgänge gab es bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (–0,7 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2019

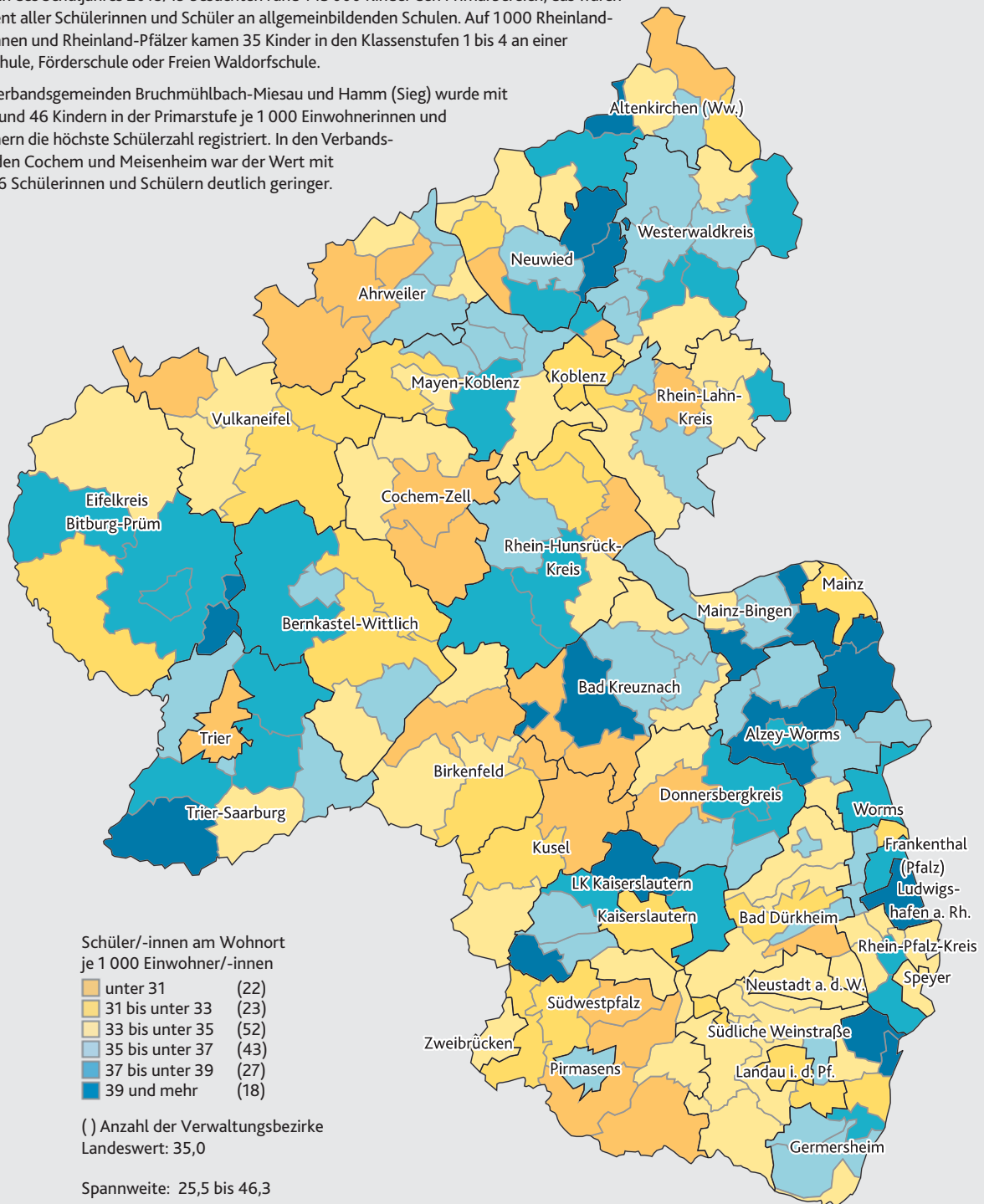


Schüler/-innen am Wohnort in der Primarstufe im Schuljahr 2018/2019 nach Verwaltungsbezirken

Rund 143 000 Kinder im Primarbereich

Zu Beginn des Schuljahres 2018/19 besuchten rund 143 000 Kinder den Primarbereich, das waren 35 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Auf 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer kamen 35 Kinder in den Klassenstufen 1 bis 4 an einer Grundschule, Förderschule oder Freien Waldorfschule.

In den Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau und Hamm (Sieg) wurde mit jeweils rund 46 Kindern in der Primarstufe je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern die höchste Schülerzahl registriert. In den Verbandsgemeinden Cochem und Meisenheim war der Wert mit knapp 26 Schülerinnen und Schülern deutlich geringer.



Gender Pay Gap 2018

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern nehmen leicht ab



Von Sebastian Fückel

Frauen erzielen in Rheinland-Pfalz nur etwa vier Fünftel des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von Männern. Der unbereinigte Gender Pay Gap lag 2018 bei 19 Prozent. Das waren knapp drei Prozentpunkte weniger als 2010 und rund zwei Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt. Der leichte Rückgang wurde durch die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste verursacht, die zuletzt unter den Frauen stärker gestiegen sind als unter den Männern. Etwa drei Viertel des gesamten Gender Pay Gap gehen auf die ungleiche Verteilung von lohnbestimmenden Merkmalen zwischen den Geschlechtern zurück. Werden Frauen und Männer mit vergleichbaren arbeitsmarkt- und berufsrelevanten Eigenschaften verglichen, sinkt der (bereinigte) Gender Pay Gap auf nur noch etwas mehr als fünf Prozent.

durchschnittlichen Bruttostundenverdienste verursacht, die zuletzt unter den Frauen stärker gestiegen sind als unter den Männern. Etwa drei Viertel des gesamten Gender Pay Gap gehen auf die ungleiche Verteilung von lohnbestimmenden Merkmalen zwischen den Geschlechtern zurück. Werden Frauen und Männer mit vergleichbaren arbeitsmarkt- und berufsrelevanten Eigenschaften verglichen, sinkt der (bereinigte) Gender Pay Gap auf nur noch etwas mehr als fünf Prozent.

Equal Pay Day erinnert an Verdienst- abstand zwischen Frauen und Männern

Equal Pay
Day zeigt den
kalendrischen
Verdienstunter-
schied zwischen
Frauen und
Männern an

Am 18. März 2019 fand der Equal Pay Day in Deutschland bereits zum zwölften Mal statt. Zu den erklärten Zielen des internationalen Aktionstages für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern gehört es, ein öffentliches Bewusstsein für den nach wie vor bestehenden Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern zu schaffen sowie über die Strukturen und die Ursachen der geschlechtsspezifischen Lohnlücke aufzuklären. Das Datum ist keineswegs zufällig gewählt. Seit 2009 fällt es jährlich auf den Tag, der sich rechnerisch ergibt, wenn man den prozentualen Abstand des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes zwischen

Frauen und Männern, den sogenannten bereinigten Gender Pay Gap, auf 365 Kalendertage umlegt. Das Datum zeigt somit an, bis zu welchem Tag eines Jahres Frauen – legt man den durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern zugrunde – unentgeltlich arbeiten, während Männer bereits ab dem 1. Januar bezahlt werden. Der Abstand des Equal Pay Day zum Jahresbeginn ist daher umso geringer, je schwächer der Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern ausgeprägt ist.

Ein Blick auf die vergangenen Jahre verdeutlicht, dass der Equal Pay Day zuletzt immer näher an den Jahresanfang herangerückt ist. So fiel er beispielsweise 2010 noch auf den 26. März. Gleichwohl muss festgestellt

Gender
Pay Gap in
Deutschland
bei rund
21 Prozent

werden, dass die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern weiterhin hoch ist. Das gilt insbesondere für den internationalen Vergleich, bei dem die Bundesrepublik mit einem Verdienstabstand von 21 Prozent lediglich einen der hinteren Plätze belegt. Innerhalb der Europäischen Union fiel der Gender Pay Gap 2017 nur in Estland und in der Tschechischen Republik höher aus.¹

Verringerung
des Gender
Pay Gap ist
Nachhaltig-
keitsziel

Nicht zuletzt deshalb hat es sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, den Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern bis 2020 auf unter zehn Prozent zu reduzieren und anschließend bis 2030 konstant unterhalb dieser Marke zu halten. Maßnahmen wie die Verabschiedung des Gesetzes für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (2015) oder des Entgelttransparenzgesetzes (2017) sollen dazu beitragen, den Gender Pay Gap zu verringern, um so geschlechtsspezifische Ungleichheiten abzubauen und die soziale und ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern.

Berechnung des unbereinigten Gender Pay Gap nach Vorgaben von Eurostat

Berechnung
nach Emp-
fehlung von
Eurostat

Um den Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern zu quantifizieren, orientiert sich das methodische Vorgehen an den Empfehlungen und Vorgaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat). Zur Berechnung des unbereinigten Gender Pay Gap wird zunächst die Differenz zwi-

schen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten männlicher und weiblicher Beschäftigter gebildet und anschließend zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter ins Verhältnis gesetzt. Sonderzahlungen – wie bestimmte Boni, Urlaubs- oder Weihnachtsgeld – bleiben bei der Ermittlung der Bruttostundenverdienste unberücksichtigt.

$$(1) \quad \text{Gender Pay Gap}_{\text{unbereinigt}} = \frac{\bar{Y}_m - \bar{Y}_f}{\bar{Y}_m} \times 100$$

\bar{Y}_m = durchschnittlicher Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter

\bar{Y}_f = durchschnittlicher Bruttostundenverdienst weiblicher Beschäftigter

Grundsätzlich wäre es auch möglich, die geschlechtsspezifische Lohnlücke auf Basis des Nettoverdienstes bzw. des Monats- oder Jahresentgelts zu berechnen. Gegenüber dem Nettoverdienst bietet das Bruttoentgelt allerdings unter anderem den Vorteil, dass steuerliche Effekte ausgeblendet werden. Der auf den Bruttoverdiensten beruhende unbereinigte Gender Pay Gap legt den Fokus auf die Entgeltunterschiede, die am Arbeitsmarkt generiert werden und nicht durch Steuern und Transferzahlungen verzerrt sind. Für die Untersuchung des Stundenverdienstes – anstelle des Monats- oder Jahresverdienstes – spricht, dass auf diese Weise der Effekt ungleicher Arbeitszeiten explizit kontrolliert werden kann. So würde der geschlechtsspezifische Lohnabstand auf Grundlage des Monats- oder Jahresentgelts allein wegen der höheren Teilzeitquote weiblicher Beschäftigter deutlich höher ausfallen.

Bruttostunden-
verdienste als
Basis

Die Daten zur Berechnung des unbereinigten Gender Pay Gap stammen zum einen aus der Verdienststrukturerhebung, die seit 2006 alle vier Jahre durchgeführt wird, sowie zum anderen aus der Vierteljährlichen Verdienst-

¹ Aktuell liegen für Griechenland, Irland und Italien zwar keine Informationen zur Höhe des Gender Pay Gap im Jahr 2017 vor. Die zuletzt verfügbaren Daten der Jahre 2014 bzw. 2016 deuten allerdings darauf hin, dass die geschlechtsspezifische Lohnlücke auch in diesen drei Ländern deutlich schwächer ausgeprägt war als in Deutschland.

Verdienststrukturhebung und Vierteljährliche Verdiensterhebung

Verdienststrukturhebung

Die Verdienststrukturhebung erfasst Daten zu Verdiensten. Die Ergebnisse liegen untergliedert nach Wirtschaftszweigen und persönlichen Angaben der Arbeitnehmer (unter anderem zum Geschlecht, dem Geburtsjahr, der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, dem Beruf und dem Ausbildungsabschluss) vor. Zudem werden Merkmale über das Beschäftigungsverhältnis erhoben: Etwa die Zahl der vergüteten Arbeitsstunden, Angaben zum Tarifvertrag, der Leistungsgruppe, der Art der Beschäftigung und dem Umfang des Urlaubsanspruchs. Die Verdienststrukturhebung ermöglicht damit Aussagen über die Verteilung der Arbeitnehmerverdienste sowie über den Einfluss wichtiger Faktoren, die die individuelle Verdiensthöhe bestimmen. Da die Erfassung der Bruttomonatsverdienste zusammen mit den monatlichen Arbeitsstunden erfolgt, können für alle Beschäftigten Bruttostundenverdienste berechnet werden.

Grundgesamtheit der Verdienststrukturhebung sind die abhängigen Beschäftigungsverhältnisse. Um sie zu erfassen, werden Betriebe in einer repräsentativen Stichprobe mit Auskunftspflicht befragt. Angaben zu den Beschäftigten der Wirtschaftsabschnitte O und P werden der Personalstandstatistik entnommen. Insgesamt werden die Daten von ca. 60 000 Betrieben und etwa einer Million Beschäftigungsverhältnisse erfasst und ausgewertet.

Durchgeführt wird die Verdienststrukturhebung bereits seit 1951. Seit 2006 wird

sie alle vier Jahre erhoben. Erste Ergebnisse werden in der Regel rund 16 Monate nach dem Berichtszeitraum veröffentlicht.

Vierteljährliche Verdiensterhebung

In der Vierteljährlichen Verdiensterhebung werden die Zahl der vollzeit-, teilzeit-, und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre vergüteten Arbeitsstunden (jedoch nicht diejenigen von geringfügig Beschäftigten) sowie ihre Bruttoverdienstsummen ermittelt. Die Erhebung erfolgt für jedes volle Kalenderquartal in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung liefert wichtige Informationen über die Entwicklung der Bruttoverdienste. Auswertungen der Ergebnisse nach dem Geschlecht und nach der Zugehörigkeit zu einzelnen Leistungsgruppen eröffnen zudem Ansatzpunkte für weiterführende sozioökonomische Analysen.

Im Jahr 2007 löste die Vierteljährliche Verdiensterhebung die Laufende Verdiensterhebung nach dem Lohnstatistikgesetz ab. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht. Befragt werden rund 40 500 Betriebe mit zehn bzw. fünf und mehr Arbeitnehmern. In den Wirtschaftsabschnitten O und P wird aufgrund der Nutzung von Verwaltungsdaten der Personalstandstatistik fast komplett auf eine Erhebung verzichtet.

Kleinstbetriebe sowie Wirtschaftsabschnitte A und O werden nicht berücksichtigt

erhebung (siehe Infokasten). Um den Vorgaben von Eurostat zu entsprechen und eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse über die Zeit zu gewährleisten, werden kleinere Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten nicht erfasst. Außerdem sind die Wirtschaftsabschnitte A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) und O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung) in der Auswertung nicht enthalten.

Löhne von Frauen und Männern nähern sich an – aber nur leicht

Frauen verdienen im Mittel knapp vier Euro weniger als Männer

Betrachtet man auf dieser Grundlage die Höhe des durchschnittlichen Bruttostundenlohns nach dem Geschlecht, so zeigt sich, dass männliche Beschäftigte in Rheinland-Pfalz 2018 mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 20,58 Euro im Mittel knapp vier Euro mehr verdienten als weibliche Beschäftigte (16,67 Euro). Der unbereinigte Gender Pay Gap lag damit bei 19 Prozent. Das waren knapp zwei Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt (20,9 Prozent) und entsprach im Vergleich der Bundesländer Rang acht. Angeführt wurde das Ranking von den sechs neuen Bundesländern, in denen der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern durchgängig schwächer ausgeprägt ist als in den westlichen Ländern. So belief sich der unbereinigte Gender Pay Gap in Brandenburg, das den geringsten Verdienstunterschied aller Bundesländer aufweist, lediglich auf 2,4 Prozent. Auch in Sachsen-Anhalt (2,7 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (5,9 Prozent) und in Thüringen (9,1 Prozent) liegt der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern unterhalb der im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie angestrebten Zielmarke von zehn Prozent. Von den alten Bundesländern konnte nur

Schleswig-Holstein mit einer Lohndifferenz von 15,4 Prozent besser als Rheinland-Pfalz abschneiden. Am Ende des Rankings befinden sich die drei wirtschaftsstarken Länder Baden-Württemberg (26 Prozent), Bayern (24,1 Prozent) und Hessen (23,3 Prozent).

In den letzten Jahren hat sich an dieser Rangfolge der Bundesländer nur sehr wenig geändert. Bereits 2006 war der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern in den neuen Ländern sehr viel kleiner als in den alten Ländern. Damals führte noch Mecklenburg-Vorpommern die Rangliste vor Sachsen-Anhalt an, während Baden-Württemberg – wie heute – am Ende der Liste stand. Rheinland-Pfalz nahm ähnlich wie gegenwärtig einen Mittelfeldplatz ein (Rang neun). Nur Schleswig-Holstein und Hamburg wiesen 2006 unter den westlichen Bundesländern einen etwas geringeren unbereinigten Gender Pay Gap auf.

Überhaupt erweist sich die geschlechtsspezifische Lohnlücke im Zeitvergleich als relativ stabil. Seit 2006 bewegt sich die Verdiensthöhe weiblicher Beschäftigter in Rheinland-Pfalz beinahe konstant etwa ein Fünftel unterhalb des Verdienstes ihrer männlichen Kollegen. Die Schwankungsbreite des unbereinigten Gender Pay Gap betrug in den letzten zwölf Jahren nur etwas mehr als drei Prozentpunkte. Ähnliches gilt für Deutschland insgesamt. Hier war der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern im Vergleich zu Rheinland-Pfalz lediglich etwas höher.

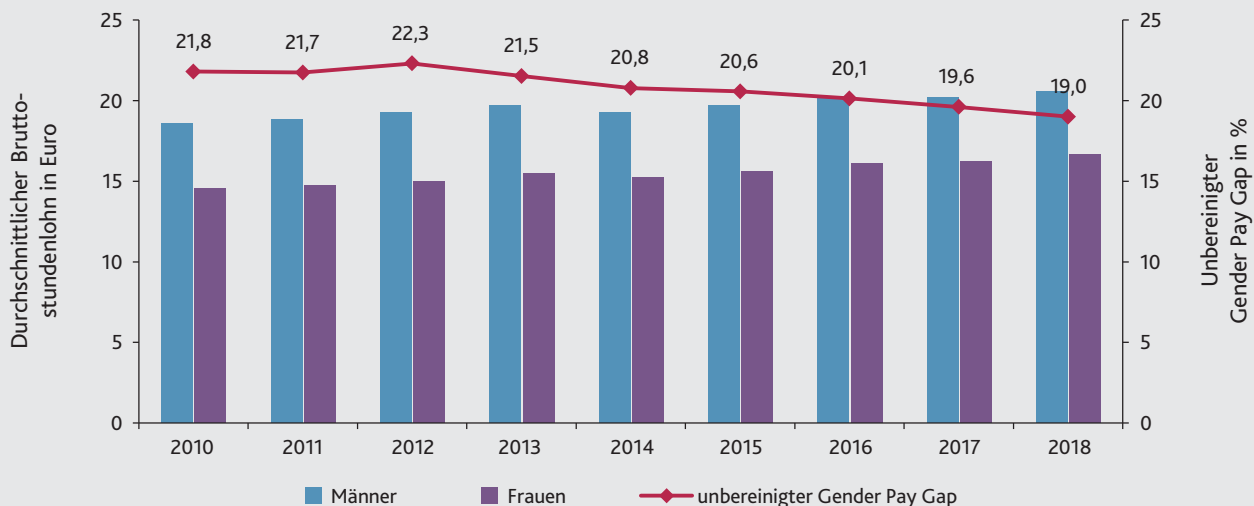
Gender Pay Gap im Zeitvergleich stabil

Dennoch ist zu beobachten, dass der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern in den vergangenen Jahren leicht abgenommen hat. Das gilt für Deutschland wie für Rheinland-Pfalz. Hier lag der unbereinigte Gender Pay Gap 2018 um

Löhne der Frauen entwickeln sich stärker als die der Männer

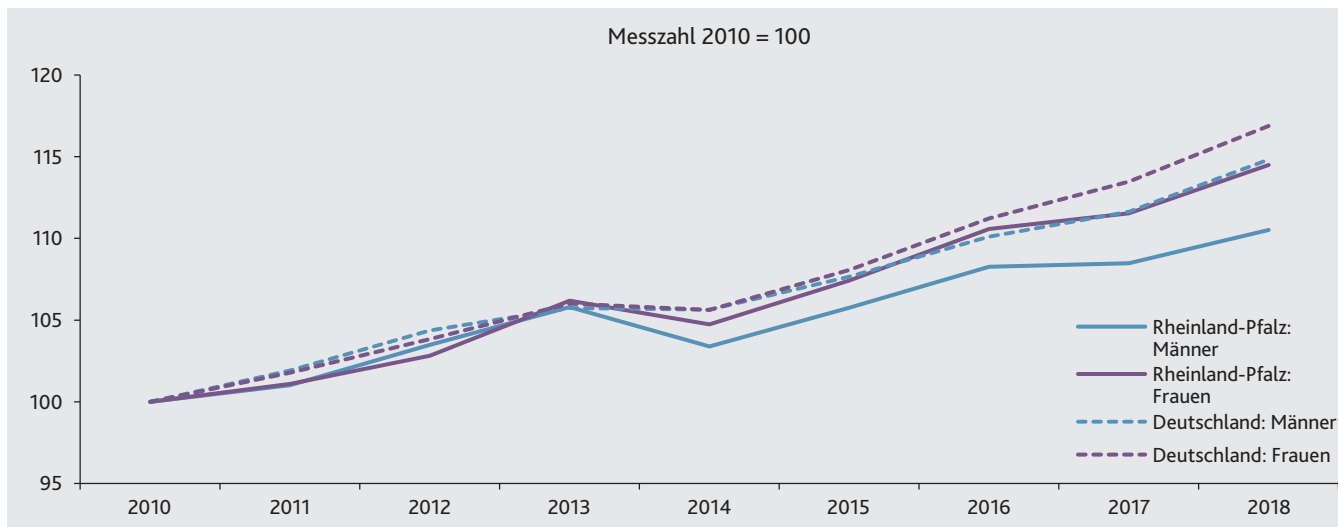
G 1

Durchschnittliche Bruttostundenlöhne und unbereinigter Gender Pay Gap 2010–2018 nach Geschlecht



G 2

Durchschnittliche Bruttostundenlöhne 2010–2018 nach dem Geschlecht in Rheinland-Pfalz und Deutschland



2,8 Prozentpunkte niedriger als noch zu Beginn des Jahrzehnts (2010: 21,8 Prozent). Zurückzuführen ist dieser Rückgang auf die relativ stärker gestiegenen Löhne der weiblichen gegenüber den männlichen Beschäftigten. Erzielten Frauen 2010 noch einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 14,56 Euro, belief er sich bei Männern auf 18,62 Euro. Während männli-

che Beschäftigte lediglich einen Lohnanstieg von 10,5 Prozent realisieren konnten, wuchs der Verdienst weiblicher Beschäftigter im gleichen Zeitraum um 14,5 Prozent. Damit entwickelten sich die Löhne in Rheinland-Pfalz etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt. Auf Bundesebene konnten Männer ihren Bruttostundenverdienst zwischen 2010 und 2018 um 14,8 Prozent steigern,

Lohnanstieg
etwas
schwächer
als im Bundes-
durchschnitt

Frauen sogar um 16,9 Prozent. Da sich das Lohnwachstum zwischen den Geschlechtern bundesweit weniger stark unterscheidet als in Rheinland-Pfalz, fällt der Rückgang des unbereinigten Gender Pay Gap seit dem Beginn des Jahrzehnts auf Bundesebene etwas schwächer aus (–1,4 Prozentpunkte).

In drei Bundesländern hat sich der Gender Pay Gap seit 2010 verschärft

Den stärksten Rückgang des Verdienstunterschiedes zwischen Frauen und Männern konnten im betrachteten Zeitraum Brandenburg (–4,1 Prozentpunkte), Hamburg (–3,3 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (–2,8 Prozentpunkte) vorweisen. Zudem verringerte sich der unbereinigte Gender Pay Gap in zehn weiteren Bundesländern. Lediglich in Thüringen (+3,1 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (+2,2 Prozentpunkte) und Sachsen (+1,8 Prozentpunkte) hat sich die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern – auf niedrigem Niveau – etwas vergrößert.

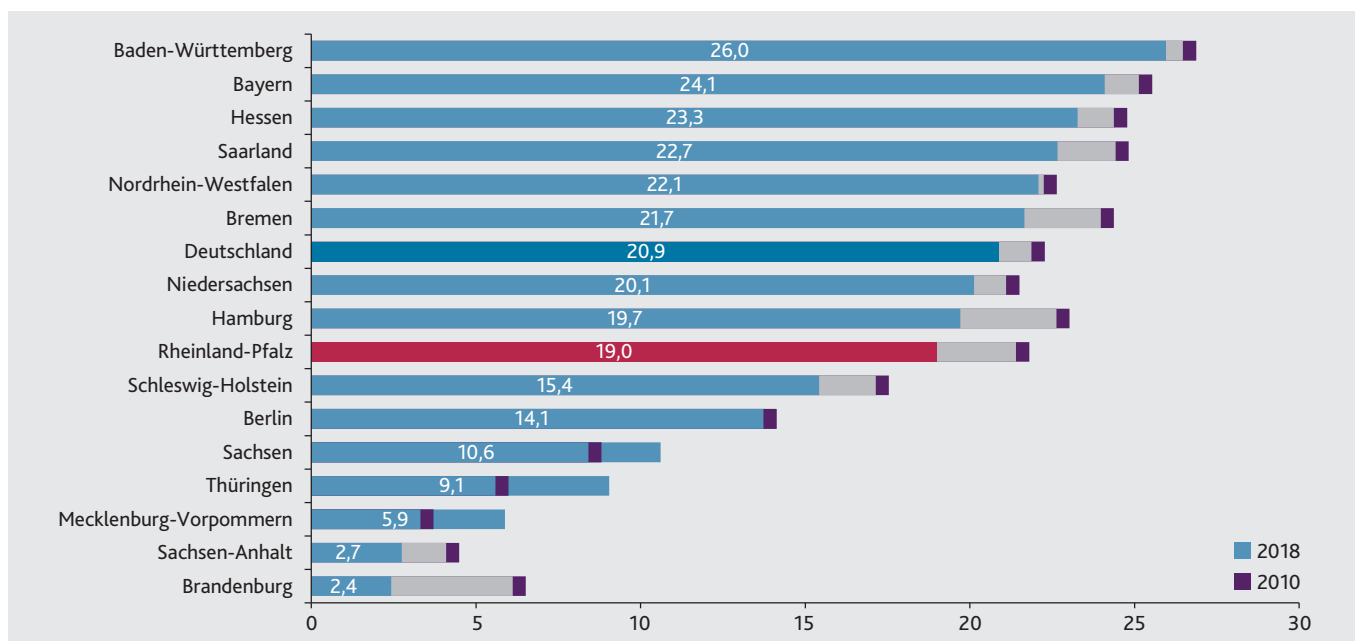
Dass sich die Lohnstrukturen sowohl zwischen den Geschlechtern als auch über die

einzelnen Bundesländer hinweg in den vergangenen Jahren tendenziell angeglichen haben, deutet auch die Entwicklung der Streuung der Verdienste um ihren Mittelwert an, die durch die Standardabweichung der geschlechtsspezifischen durchschnittlichen Bruttostundenlöhne gemessen wird. Während die Streuung 2018 bei den Frauen nur bei 1,21 lag, nahm sie bei den Männern einen Wert von 2,83 an. Daraus geht hervor, dass sich die Verdienste der Frauen über alle Bundesländer hinweg ähnlicher sind als die Verdienste der Männer. Ein Vergleich mit 2010 zeigt, dass sich die Standardabweichung des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes über die Bundesländer hinweg bei beiden Geschlechtern im Zeitablauf leicht reduziert hat. Bei den Frauen lag sie damals noch bei 1,28 und bei den Männern bei 2,98. Somit sind sich die Lohnstrukturen sowohl über die Bundesländer hinweg als auch zwischen den Geschlechtern etwas ähnlicher geworden.

Lohnstrukturen nähern sich zwischen den Geschlechtern und über die Bundesländer hinweg tendenziell an

G 3

Unbereinigter Gender Pay Gap 2010 und 2018 nach Bundesländern



Starke
Unterschiede
zwischen alten
und neuen
Bundesländern

Auf der Suche nach den Ursachen der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit fällt der starke Bias zwischen den alten und den neuen Bundesländern auf. Wie gezeigt, liegt der unbereinigte Gender Pay Gap in den fünf neuen Ländern und Berlin durchgängig und über die Zeit sehr stabil unterhalb des Niveaus der alten Bundesländer. Dies legt nahe, dass der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern mit einer Reihe struktureller Faktoren in Zusammenhang steht, die regional unterschiedlich ausgeprägt sind.

Gender Pay
Gap variiert
stärker mit
Lohnhöhe
männlicher
als weiblicher
Beschäftigter

Betrachtet man beispielsweise die Höhe des allgemeinen Lohnniveaus, so zeigt sich, dass es in den neuen Bundesländern sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern deutlich niedriger ausfällt als in den alten Bundesländern. Ein höheres allgemeines Lohnniveau geht somit – zumindest augenscheinlich – mit einem höheren relativen Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern einher. Betrachtet man den Zusammenhang jedoch etwas genauer und trennt nach dem jeweiligen Verdienst der beiden Geschlechter, so zeigt sich, dass das Ausmaß der geschlechtsspezifischen Lohnlücke sehr viel stärker mit der Verdiensthöhe männlicher als mit der Verdiensthöhe weiblicher Beschäftigter variiert. So nimmt der Korrelationskoeffizient für den Zusammenhang zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter und der Höhe des unbereinigten Gender Pay Gap für das Jahr 2018 einen Wert von $r = 0,9$ an und weist damit auf einen starken positiven Zusammenhang hin. Im Falle weiblicher Beschäftigter beläuft sich der Korrelationskoeffizient dagegen nur auf einen Wert von $r = 0,58$. Das bedeutet, dass die Streuung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke über die Bundesländer hinweg in einem sehr viel stärkeren Zusammenhang

mit der Varianz der Lohnhöhe männlicher Beschäftigter steht als der Varianz der Lohnhöhe weiblicher Beschäftigter.

Strukturelle Merkmale auf Aggregatdatenebene eignen sich jedoch nur bedingt, um den Ursachen der geschlechtsspezifischen Lohndifferenzen auf den Grund zu gehen. Häufig sind sie auf individuelle Merkmale und Verhaltensweisen zurückzuführen. Vor allem ungleiche arbeitsmarkt- und berufsspezifische Dispositionen, etwa bei der Qualifikation, dem ausgeübten Beruf oder der Berufserfahrung können Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern begründen. Um zu ermitteln, welchen Einfluss die einzelnen Merkmale auf die Verdiensthöhe der beiden Geschlechter haben und wie hoch die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern ist, die sich durch vergleichbare arbeitsmarkt- und berufsrelevante Eigenschaften auszeichnen, wird in der Regel der sogenannte bereinigte Gender Pay Gap berechnet.

Ursachen des
Gender Pay
Gap auf Indivi-
dualebene zu
finden

Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap mit einem mehrstufigen Verfahren

Die Höhe des bereinigten Gender Pay Gap wird mittels der Oaxaca-Blinder-Dekomposition ermittelt. Dabei handelt es sich um ein mehrstufiges Verfahren, bei dem in einem ersten Schritt zwei – nach dem Geschlecht getrennte – semilogarithmische Regressionsfunktionen geschätzt werden:

Schritt 1:
Berechnung
semiloga-
rithmischer
Regressions-
funktionen

$$(2) \quad \ln Y_i^F = \beta_0^F + \sum_{j=1}^n \beta_j^F X_{ij}^F + e_i^F$$

$$(3) \quad \ln Y_i^M = \beta_0^M + \sum_{j=1}^n \beta_j^M X_{ij}^M + e_i^M$$

$\ln Y_i$ = logarithmierter Bruttostundenverdienst
eines Beschäftigten i

β_j = Regressionskoeffizient eines Merkmals j

β_0 = Regressionskonstante

X_{ij} = beobachtetes Merkmal j einer Person i

e_i = Fehlerterm

F = Frauen / M = Männer

Variablen der Regressions- analyse

Mit Hilfe dieser beiden Funktionen wird zunächst der Einfluss verschiedener lohndeterminierender Merkmale auf die Höhe des (logarithmierten) Bruttostundenverdienstes weiblicher bzw. männlicher Beschäftigter bestimmt. Tabelle 1 zeigt, welche Merkmale als abhängige bzw. unabhängige Variablen bei der Berechnung der Regressionsfunktionen berücksichtigt werden. Dabei ist zu beachten, dass es aufgrund des begrenzten Merkmalskatalogs der Verdienststruk-

turerhebung nicht möglich ist, sämtliche Faktoren, die den Lohn determinieren, in die Analyse einzubeziehen. So liegen z. B. keine Informationen zum individuellen Verhandlungsgeschick der Befragten oder zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen vor. Dies hat – wie noch zu zeigen sein wird – Auswirkungen auf die Interpretation des bereinigten Gender Pay Gap.

Der zweite Schritt des Verfahrens besteht in einer Komponentenzerlegung. Zu diesem Zweck wird die durch die Regressionsanalyse ermittelte Lohnfunktion der Frauen zunächst von der Lohnfunktion der Männer subtrahiert. Durch Umformung ergibt sich Gleichung:

Schritt 2: Komponenten- zerlegung

$$(4) \quad \ln \bar{Y}_M - \ln \bar{Y}_F = \underbrace{(\beta_0^M - \beta_0^F) + \sum_j \bar{X}_j^F (\beta_j^M - \beta_j^F)}_{\text{unerklärter Gap}} + \underbrace{\sum_j \beta_j^M (\bar{X}_j^M - \bar{X}_j^F)}_{\text{erklärter Gap}}$$

T 1

Variablen der Regressionsanalyse

Variablen	Definition/Ausprägung
Unabhängige Variablen	
Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung Weitere Kategorien: ohne beruflichen Ausbildungsabschluss, Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Bachelor, Diplom/Magister/Master/ Staatsexamen und Promotion
Berufserfahrung ¹ Berufserfahrung quadriert ²	Berufserfahrung = Alter - Ausbildungsjahre - 6
Dienstalter	Dienstalter = Berichtsjahr - Eintrittsjahr
Leistungsgruppe	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: angelernte Arbeitnehmer Weitere Kategorien: Arbeitnehmer in leitender Stellung, herausgehobene Fachkräfte, Fachangestellte, ungelernte Arbeitnehmer, geringfügig Beschäftigte, Auszubildende
Berufshauptgruppe (nach ISCO-08) ³	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: ISCO 4 (Bürokräfte und verwandte Berufe) Weitere Kategorien: ISCO 0, ISCO 1, ISCO 2, ISCO 3, ISCO 5, ISCO 6, ISCO 7, ISCO 8, ISCO 9
Art des Arbeitsvertrages	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: unbefristet Weitere Kategorie: befristet
Beschäftigungsumfang	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: vollzeitbeschäftigt Weitere Kategorie: teilzeitbeschäftigt
Altersteilzeit	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: keine Altersteilzeit Weitere Kategorie: Altersteilzeit

noch
T 1

Variablen der Regressionsanalyse

Variablen	Definition/Ausprägung
Tarifbindung des Betriebes	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: keine Tarifbindung Weitere Kategorie: Tarifbindung
Zulagen für Schicht-, Wochenend-, Feiertags- und Nachtarbeit	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: keine Zulagen Weitere Kategorie: Zulagen
Differenzierter Regionstyp ⁴	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: ländlicher Raum Weitere Kategorie: städtischer Raum
Unternehmensgröße	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: 1 000 Arbeitnehmer und mehr Weitere Kategorien: 1 bis 9 Arbeitnehmer, 10 bis 49 Arbeitnehmer, 50 bis 249 Arbeitnehmer, 250 bis 499 Arbeitnehmer, 500 bis 999 Arbeitnehmer
Einfluss der öffentlichen Hand auf die Unternehmensführung	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: kein oder eingeschränkter Einfluss der öffentlichen Hand auf die Unternehmensführung durch Kapitalbeteiligung (50% und weniger), Satzung oder sonstige Bestimmungen Weitere Kategorie: beherrschender Einfluss der öffentlichen Hand auf die Unternehmensführung durch Kapitalbeteiligung (mehr als 50%), Satzung oder sonstige Bestimmungen
Wirtschaftsgruppe ⁵	Dummy-Codierung, Referenzkategorie: Wirtschaftsgruppe Q 86.1 (Krankenhäuser) Weitere Kategorien: Wirtschaftsgruppen A01.1 bis S 96.0, ohne Q 86.1
Abhängige Variable	
In(Bruttostundenverdienst)	Logarithmierter Bruttostundenverdienst $\text{Bruttostundenverdienst} = (\text{Bruttomonatsverdienst} - \text{Sonderzahlungen}) / \text{bezahlte Stunden}$

1 Da die Berufserfahrung als erklärende Variable nicht direkt abgefragt wurde, erfolgt eine näherungsweise Ermittlung über das Alter und die Ausbildungsdauer. Den Arbeitnehmern wird im Rahmen dieses Vorgehens ein ununterbrochener Erwerbsverlauf unterstellt. Da jedoch vor allem bei Frauen Erwerbsunterbrechungen zu beobachten sind, führt dies insbesondere bei weiblichen Arbeitnehmern zu einer Überschätzung der Berufserfahrung. – 2 An dieser Stelle wird auch der quadrierte Term in die Regressionsanalyse einbezogen, da zwischen der Berufserfahrung und dem Verdienst ein kurvilinearere Zusammenhang besteht. – 3 ISCO (International Standard Classification of Occupations) ist eine von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgenommene Klassifikation der Berufe. – 4 Die Abgrenzung erfolgt nach der Kategorisierung der siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. – 5 In die Regressionsanalyse gehen nur jene Wirtschaftszweige (WZ-3-Steller, WZ 2008) ein, die von beiden Geschlechtern besetzt sind und keine Multikollinearitätsprobleme aufwerfen. Dadurch bleiben insgesamt 47 WZ-3-Steller unberücksichtigt.

Erklärter und
unerklärter Teil
des Gender
Pay Gap

Mit Gleichung (4) wird der bereinigte Gender Pay Gap ermittelt. Die rechte Seite der Gleichung umfasst zwei Komponenten: den erklärten und den unerklärten Teil des Gender Pay Gap. Der erklärte Teil stellt jene Komponente des Verdienstunterschieds zwischen Frauen und Männern dar, der sich durch die ungleiche geschlechtsspezifische Verteilung der erklärenden Variablen – also der berücksichtigten lohndeterminierenden Merkmale – ergibt. Werden beispielsweise bestimmte Berufspositionen von Männern häufiger besetzt als von Frauen oder erreichen Frauen bestimmte Bildungsabschlüsse häufiger als Männer und wirkt sich dies auf die jeweilige Verdiensthöhe aus, so kommt dieser Effekt im erklärten Teil zum Ausdruck.

Der unerklärte Teil stellt den bereinigten Gender Pay Gap dar. Er setzt sich aus zwei Teilkomponenten zusammen: Zum einen repräsentiert er jene Aspekte der Lohnungleichheit, die sich aus der geschlechtsspezifisch ungleichen Bewertung gleicher Merkmalsausprägungen ergeben. Würden Frauen beispielsweise für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit schlechter bezahlt als Männer, die gleichermaßen in Teilzeit tätig sind, schließe sich dies im unerklärten Teil der Gleichung bzw. im bereinigten Gender Pay Gap nieder. Die zweite Komponente des unerklärten bzw. bereinigten Gender Pay Gap umfasst jene Effekte, die auf lohndeterminierende Merkmale zurückgehen, die nicht als erklärende Variablen in die Regres-

Unerklärter
Teil entspricht
bereinigtem
Gender Pay
Gap

T 2

Ergebnisse der Regressionsanalysen auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2014¹

Einflussfaktoren	Männer	Frauen
	Regressionskoeffizient	
Städtischer Raum (Referenz: ländlicher Raum)	0,068	0,059
Berufshauptgruppen nach ISCO-08 (Referenz: ISCO 4, Bürokräfte und verwandte Berufe)		
ISCO 0 (Angehörige der regulären Streitkräfte, Soldaten/-innen)	-	-
ISCO 1 (Angehörige der gesetzgebenden Körperschaft, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte)	0,286	0,416
ISCO 2 (Akademische Berufe/Wissenschaftler/-innen)	0,126	0,154
ISCO 3 (Techniker/-innen und gleichrangige nichttechnische Berufe)	0,058	0,122
ISCO 5 (Dienstleistungsberufe und Verkäufer/-innen)	-0,114	-0,005
ISCO 6 (Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei)	-0,011	0,011
ISCO 7 (Handwerks- und verwandte Berufe)	-0,110	0,007
ISCO 8 (Bediener/-innen von Anlagen und Maschinen und Montageberufe)	-0,118	0,003
ISCO 9 (Hilfsarbeitskräfte)	-0,140	-0,053
Dienstalter	0,005	0,004
Unternehmensgröße (Referenz: 1 000 Arbeitnehmer/-innen und mehr)		
1 bis 9 Arbeitnehmer/-innen	-	-
10 bis 49 Arbeitnehmer/-innen	-0,110	-0,120
50 bis 249 Arbeitnehmer/-innen	-0,086	-0,084
250 bis 499 Arbeitnehmer	-0,060	-0,075
500 bis 999 Arbeitnehmer/-innen	-0,021	0,027
Höchster beruflicher Ausbildungsabschluss (Referenz: Abschluss einer anerkannten Berufsausbildung)		
ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	-0,020	-0,046
Meister-/Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss	0,027	0,041
Bachelor	0,061	0,072
Diplom/Magister/Master/Staatsexamen	0,132	0,157
Promotion	0,429	0,324
Leistungsgruppe (Referenz: angelernte Arbeitnehmer/-innen)		
Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung	0,435	0,474
herausgehobene Fachkräfte	0,278	0,323
Fachangestellte	0,127	0,125
ungelernte Arbeitnehmer	-0,066	-0,055
geringfügig Beschäftigte	-0,159	-0,190
Auszubildende	-0,817	-0,953
Tarifbindung des Betriebes (Referenz: keine Tarifbindung)	0,080	0,087
Potenzielle Berufserfahrung		
Berufserfahrung	0,010	0,014
Berufserfahrung (quadriert)	-0,000	-0,000
Befristeter Arbeitsvertrag (Referenz: unbefristeter Arbeitsvertrag)	-0,048	-0,044
Teilzeitbeschäftigt (Referenz: vollzeitbeschäftigt)	-0,004	-0,063
Beherrschender Einfluss der öffentlichen Hand (Referenz: kein oder eingeschränkter Einfluss der öffentlichen Hand)	-0,053	-0,086
Altersteilzeit (Referenz: keine Altersteilzeit)	0,232	0,382
Zulagen für Schicht-, Wochenend-, Feiertags- und Nachtarbeit (Referenz: keine Zulagen)	0,105	0,066
Wirtschaftsgruppen-Dummies	ja ²	ja ²
Konstante	2,380	2,375
R ²	0,801	0,772
korrigiertes R ²	0,799	0,769
n (Stichprobenumfang)	21 863	19 522

Abhängige Variable: logarithmierter Bruttostundenverdienst

1 Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014 ohne die Wirtschaftszweige A und O sowie Kleinbetriebe. – 2 Die Regressionskoeffizienten der Wirtschaftsgruppendummies werden aus Übersichtsgründen nicht dargestellt.

sionsanalyse aufgenommen werden konnten (zum Beispiel das individuelle Verhandlungsgeschick).

Bereinigter Gender Pay Gap nur bedingt als Maß für Lohndiskriminierung zu interpretieren

Der bereinigte Gender Pay Gap stellt somit eine Maßzahl dar, die den Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern mit weitgehend vergleichbaren lohnbestimmenden Eigenschaften angibt. Bei der Interpretation des Indikators sollte jedoch beachtet werden, dass er nicht pauschal als Maß für Lohndiskriminierung gedeutet werden kann. Dies wäre nur möglich, wenn tatsächlich alle lohndeterminierenden Merkmale in die Berechnung eingingen. Da sich in ihm jedoch auch die Effekte unbeobachteter Einflussfaktoren spiegeln, sollte er allenfalls als Höchstwert, respektive als Obergrenze geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung verstanden werden.

Die folgenden Überlegungen zum bereinigten Gender Pay Gap basieren auf der Verdienststrukturerhebung 2014.² Da es zur Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap eines umfangreichen Merkmalskatalogs bedarf, eignet sich die Verdienststrukturerhebung als Datengrundlage besser als die Vierteljährliche Verdiensterhebung, die zwar aktuellere Ergebnisse liefert, aber nur wenige lohndeterminierende Eigenschaften der Beschäftigten erfragt.

Nur geringe Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern mit vergleichbaren arbeitsmarkt- und berufsrelevanten Eigenschaften

Bereinigter Gender Pay Gap im Jahr 2014 bei 5,3 Prozent

Im Jahr 2014 lag der bereinigte Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz bei 5,3 Prozent und damit um 15,5 Prozentpunkte niedriger als der unbereinigte Gender Pay Gap

² Die Daten der Verdienststrukturerhebung 2018 werden zurzeit aufbereitet und stehen für eine Auswertung noch nicht zur Verfügung.

(2014: 20,8 Prozent). Knapp drei Viertel des gesamten Verdienstunterschieds zwischen Frauen und Männern können folglich durch die ungleiche geschlechtsspezifische Verteilung der Merkmale erklärt werden, die in die Regressionsanalyse einbezogen sind.

Den größten Beitrag zum erklärten Teil der Lohndifferenz leistete die jeweils ausgeübte Tätigkeit der Frauen und Männer, das heißt die ungleiche Verteilung der weiblichen und männlichen Beschäftigten auf die einzelnen Berufshauptgruppen und die Wirtschaftszweige. Etwa 6,3 Prozentpunkte des gesamten Gender Pay Gap gingen 2014 darauf zurück. Inhaltlich bedeutet dies, dass Frauen sehr viel häufiger als Männer in Berufen und Branchen tätig waren, in denen ein eher niedriger Bruttostundenlohn gezahlt wird. Ebenfalls vergleichsweise einflussreich ist die Zugehörigkeit der Geschlechter zu bestimmten Leistungsgruppen, wodurch weitere 3,8 Prozentpunkte des Lohngefälles erklärt werden können. Frauen sind seltener in leitenden Positionen oder als herausgehobene Fachkräfte tätig und erzielten deshalb im Durchschnitt ein geringeres Arbeitsentgelt als Männer. Auch der Beschäftigungsumfang trägt in stärkerem Maße zu den Verdienstunterschieden bei. Rund drei Prozentpunkte gründen allein darauf, dass Frauen öfter einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Größter Erklärungsbeitrag geht von Berufs- und Branchenzugehörigkeit aus

Weniger stark aber dennoch zu Ungunsten von Frauen wirken Unterschiede im Qualifikationsniveau. Die ungleiche Verteilung der Ausbildungsabschlüsse machte 2014 knapp 0,6 Prozentpunkte des unbereinigten Gender Pay Gap aus. Zudem entstehen Verdienstunterschiede dadurch, dass Frauen häufiger geringfügig beschäftigt sind (2014: 1,3 Prozentpunkte), vermehrt in Unternehmen arbeiteten, die unter dem Einfluss der öffentlichen Hand stehen (0,9 Pro-

Bildungsunterschiede leisten nur geringen Erklärungsbeitrag

zentpunkte), seltener Zulagen für Schicht-, Wochenend-, Feiertags- und Nachtarbeit erhalten (0,4 Prozentpunkte) sowie ihren Arbeitsplatz eher in ländlich geprägten Regionen haben (0,5 Prozentpunkte).

Dienstalter, Befristungen und Tarifbindung praktisch ohne Effekt

Nur marginale Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten bestehen hingegen unter anderem mit Blick auf das Dienstalter, die Art des Arbeitsvertrages – das heißt, ob ein befristeter oder unbefristeter Arbeitsvertrag vorliegt – sowie auf die Tarifbindung des jeweiligen Betriebes. Diese Merkmale leisten praktisch keinen Erklärungsbeitrag zur geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit.

Einige Merkmale wirken lohnbenachteiligend für Männer

Die Zerlegung des unbereinigten Gender Pay Gap deutet innerhalb der erklärten Komponente der Lohndifferenzgleichung allerdings auch darauf hin, dass die Verteilungen einiger Merkmale für sich genommen in entgegengesetzter Richtung – nämlich lohnbenachteiligend für Männer – wirken. Dazu zählt zum Beispiel die Unternehmensgröße. Der negative Erklärungsbeitrag (–0,3 Prozentpunkte) zeigt an, dass Frauen häufiger in größeren Betrieben mit einer höheren Beschäftigtenzahl arbeiten und sich daraus ein leichter Entgeltvorsprung gegenüber Männern ergibt. Auch waren Männer 2014 häufiger in einem Ausbildungsverhältnis anzutreffen, wodurch sich der unbereinigte Gender Pay Gap um weitere 0,9 Prozentpunkte reduzierte.

Frauen werden für Berufserfahrung finanziell weniger honoriert

Aus dem unerklärten Teil des Gender Pay Gap geht zunächst hervor, dass die lohnrelevante Bewertung einiger Merkmale, die für weibliche und männliche Beschäftigte in der gleichen Ausprägung vorliegen, teils benachteiligende Effekte gegenüber Frauen, teils benachteiligende Effekte gegenüber Männern mit sich bringen. So erzielten

Frauen 2014 für ein vergleichbares Maß an potenzieller Berufserfahrung ein deutlich geringeres Arbeitsentgelt als Männer. Dies zeigt die Erklärungsleistung der potenziellen Berufserfahrung, die 4,9 Prozentpunkte zum bereinigten Gender Pay Gap beitrug. Auch mit einem vergleichbaren Ausbildungsabschluss sowie einer Tätigkeit in der gleichen Leistungsgruppe verbinden sich für Frauen niedrigere Löhne als für Männer (2014: 1,3 bzw. 1,8 Prozentpunkte). Darüber hinaus erfahren Frauen in Betrieben, in denen es einen starken Einfluss der öffentlichen Hand gibt, sowie bei der Auszahlung von Zuschlägen für Schicht-, Wochenend-, Feiertags- und Nachtarbeit Verdienstnachteile gegenüber Männern (2014: 1,2 bzw. 1,4 Prozentpunkte).

Auf der anderen Seite wirken sich auch eine Reihe von Merkmalen lohndiskriminierend für männliche Beschäftigte aus. Den größten Beitrag zum bereinigten Gender Pay Gap leistet die ungleiche finanzielle Bewertung der Altersteilzeit (2014: –8 Prozentpunkte). Frauen erzielen demnach in Altersteilzeit deutlich höhere Verdienste als Männer. In der Erklärungsleistung gefolgt wird sie von der Ausübung einer Tätigkeit in vergleichbaren Berufshauptgruppen bzw. Branchen (2014: –3,5 Prozentpunkte) und dem Dienstalter bzw. der Dauer der Betriebszugehörigkeit, für die Männer ebenfalls schwächer belohnt werden als Frauen (–1 Prozentpunkt).

Männer in Altersteilzeit gegenüber Frauen im Nachteil

Einen besonderen Stellenwert für die Interpretation der Lohndifferenzgleichung nimmt die Konstante ein, deren Erklärungsbeitrag zum bereinigten Gender Pay Gap 2014 bei 9,9 Prozentpunkten lag. Inhaltlich gibt sie die Höhe des zu erwartenden Verdienstunterschieds zwischen Frauen und Männern an, der unabhängig von den in der Regres-

Lohnungleichheit liegt unabhängig von den betrachteten Merkmalen bei knapp zehn Prozent

T 3

Zerlegung des unbereinigten Gender Pay Gap 2014¹

Erklärungsfaktoren	Erklärter Teil des Gender Pay Gap	Anteil des erklärten Teils am gesamten Gender Pay Gap	Unerklärter Teil des Gender Pay Gap (bereinigter Gender Pay Gap)	Anteil des unerklärten Teils am gesamten Gender Pay Gap
	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%
Konstante	-	-	9,9	47,4
Differenzierter Regionstyp	0,5	2,4	-0,1	-0,6
Tätigkeit ²	6,3	30,5	-3,5	-16,9
Dienstalter	0,1	0,6	-1,0	-4,8
Unternehmensgröße	-0,3	-1,3	-0,7	-3,1
Ausbildungsabschluss	0,6	2,7	1,3	6,0
Leistungsgruppen 1 bis 5	3,8	18,4	1,8	8,4
Geringfügige Beschäftigung	1,4	6,7	-0,4	-2,0
Auszubildende	-0,9	-4,2	-0,6	-2,6
Tarifbindung des Betriebes	-0,1	-0,3	-0,0	-0,0
Potenzielle Berufserfahrung ³	-0,2	-1,1	4,9	23,6
Art des Arbeitsvertrages	0,0	0,0	-0,2	-0,8
Beschäftigungsumfang	3,0	14,3	-0,7	-3,3
Einfluss der öffentlichen Hand auf die Unternehmensführung	0,9	4,1	1,2	5,6
Altersteilzeit	0,0	0,1	-8,0	-38,6
Zulagen	0,4	1,9	1,4	6,9
Insgesamt	15,5	74,8	5,3	25,3

1 Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2014 ohne die Wirtschaftszweige A und O sowie Kleinbetriebe. – 2 Der Erklärungsfaktor Tätigkeit umfasst den kombinierten Effekt der Variablen Berufshauptgruppe (ISCO-08) und Wirtschaftsgruppe (WZ 2008). – 3 Der Erklärungsfaktor potenzielle Berufserfahrung setzt sich aus den Variablen Berufserfahrung und Berufserfahrung (quadriert) zusammen.

sion berücksichtigten Merkmalen besteht. Mit anderen Worten: Selbst dann, wenn sich sämtliche weiblichen und männlichen Beschäftigten in der ausgeübten Tätigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Leistungsgruppe und den übrigen lohnbestimmenden Merkmalen gleichen, sorgen weitere Einflussfaktoren und Wirkungsmechanismen dafür, dass Frauen im Durchschnitt einen um knapp zehn Prozentpunkte niedrigeren Bruttostundenverdienst erzielen als Männer. Dieser Effekt sollte allerdings nicht pauschal als Anzeichen für Lohndiskriminierung interpretiert werden, da er grund-

sätzlich auch auf anderen, nicht beobachteten Merkmalen und Eigenschaften beruhen kann, die lediglich ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt sind (z. B. die unterschiedliche Beteiligung an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder das individuelle Geschick in Lohnverhandlungen).

Bereinigte Lohnlücke in Rheinland-Pfalz niedriger als im Bundesdurchschnitt

Vergleicht man die um strukturelle Merkmalsunterschiede zwischen den Geschlechtern bereinigte Lohnlücke deutschlandweit, so fällt auf, dass der bereinigte wie auch der

unbereinigter Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz niedriger ausfallen als im bundesweiten Durchschnitt (2014: –0,5 bzw. –1,5 Prozentpunkte). Während weibliche Beschäftigte auf Basis des bereinigten Gender Pay Gap 2014 ein – gemessen am durchschnittlichen Bruttostundenverdienst männlicher Beschäftigter – um 5,3 Prozent niedrigeres Arbeitsentgelt erzielten, belief sich der Verdienstabstand deutschlandweit auf 5,8 Prozent.

Niedrigster bereinigter Gender Pay Gap in Thüringen, höchster in Brandenburg

Niedriger fiel der bereinigte Gender Pay Gap lediglich in Thüringen (4,3 Prozent), im Saarland (4,9 Prozent) und in Niedersachsen (5,2 Prozent) aus. Im Vergleich der Bundesländer nimmt Rheinland-Pfalz – gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – den vierten Platz ein. Am Ende der Rangliste finden sich Bremen (7,5 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (8,3 Prozent) und Brandenburg (9,6 Prozent) wieder.

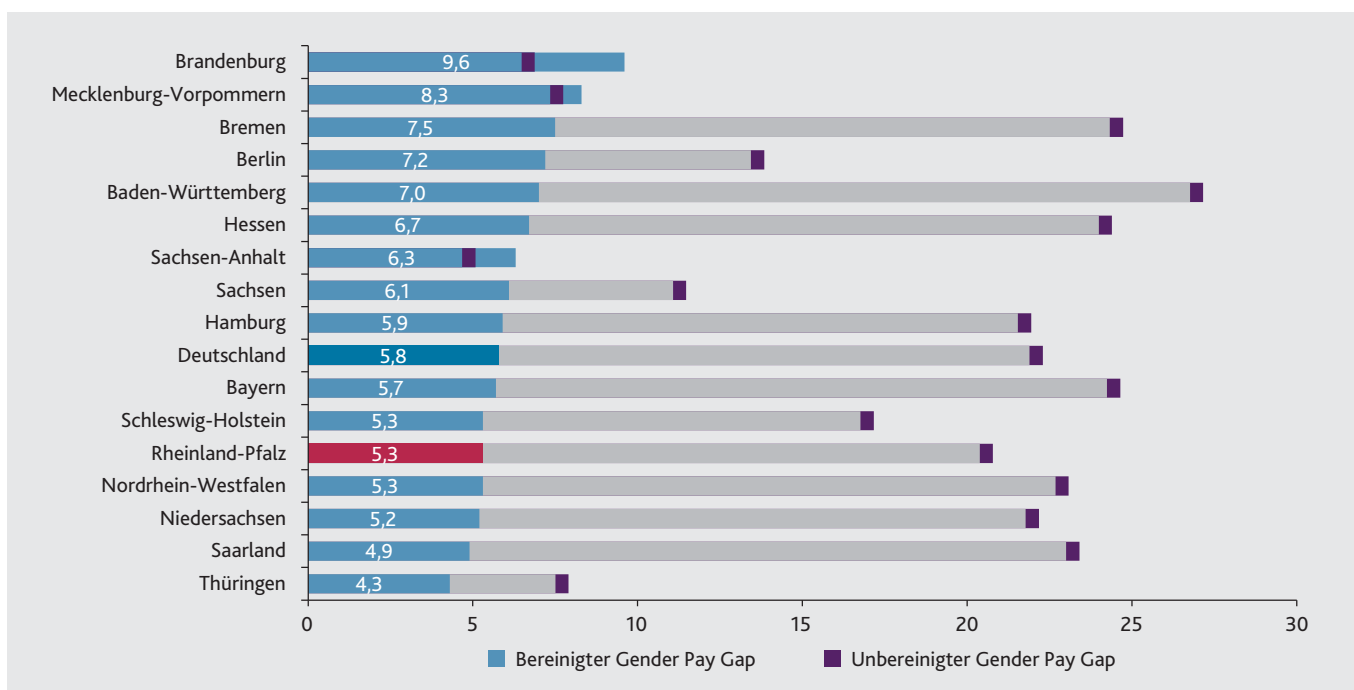
Der Ländervergleich macht deutlich, dass sich die Rangfolge der Bundesländer bei

der Gegenüberstellung des bereinigten und des unbereinigten Gender Pay Gap zum Teil erheblich verschiebt. Die neuen Bundesländer fallen – mit Ausnahme von Thüringen – gegenüber den alten Bundesländern zurück. Insgesamt reduziert sich der bereinigte Gender Pay Gap im Vergleich zum unbereinigten Verdienstunterschied in 13 Bundesländern, darunter in allen westlichen Ländern. Am stärksten fällt der Rückgang in Baden-Württemberg (–20,2 Prozentpunkte), Bayern (–18,9 Prozentpunkte) und dem Saarland (–18,5 Prozentpunkte) aus. In Mecklenburg-Vorpommern (+0,6 Prozentpunkte), Sachsen-Anhalt (+1,2 Prozentpunkte) und in Brandenburg (+2,7 Prozentpunkte) zeigt sich dagegen ein umgekehrtes Bild. In diesen drei Bundesländern übersteigt der bereinigte Gender Pay Gap den unbereinigten. Inhaltlich bedeutet dies, dass Frauen in diesen Ländern vermehrt über lohnbestimmende Eigenschaften verfügen, die einen gegenüber Männern höheren Bruttostundenverdienst

Bereinigter Gender Pay Gap in drei Bundesländern höher als unbereinigter Verdienstunterschied

G 4

Bereinigter und unbereinigter Gender Pay Gap 2014 nach Bundesländern



mit sich bringen. Um welche Merkmale es sich dabei im Einzelfall handelt, könnte jedoch nur mit Hilfe weiterer für diese Länder durchgeführte Komponentenzerlegungen ermittelt werden.

Bereinigter Gender Pay Gap in keinem Bundesland über zehn Prozent

Insgesamt fiel die Spannweite des bereinigten Gender Pay Gap 2014 über die einzelnen Bundesländer hinweg deutlich niedriger aus als die Spanne des unbereinigten Gender Pay Gap (5,3 gegenüber 22,1 Prozentpunkten). Zudem bleibt festzuhalten, dass es kein Bundesland gab, in dem die Entgeltdifferenz – gemessen am bereinigten Gender Pay Gap – mehr als zehn Prozent betrug.

Fazit

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Frauen und Männer in Rheinland-Pfalz nach wie vor ungleich entlohnt werden. Auf Basis des unbereinigten Gender Pay Gap ergibt sich für 2018 eine geschlechtsspezifische Lohnlücke in Höhe von 19 Prozent. Das heißt, weibliche Beschäftigte erzielten nur etwa vier Fünftel des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes ihrer männlichen Kollegen. Auch wenn sich das Verdienstgefälle in den vergangenen Jahren leicht reduziert hat, erweist es sich im Zeitverlauf als vergleichsweise stabil. Es ist somit kaum zu erwarten, dass in Rheinland-Pfalz das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung, den unbereinigten Gender Pay Gap bis 2020 auf unter zehn Prozent zu verringern, noch erreicht werden kann.

Die Gegenüberstellung der einzelnen Bundesländer belegt allerdings auch, dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich eine gute Position einnimmt. Das gilt noch mehr für den bereinigten Gender Pay Gap, der wie der unberei-

nigte Verdienstunterschied deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt.

Die Aufgliederung des Gender Pay Gap in einen erklärten und einen unerklärten Teil zeigt, dass etwa drei Viertel des Verdienstgefälles auf die ungleiche Ausstattung der beiden Geschlechter mit lohnbestimmenden Merkmalen zurückgeführt werden können. So arbeiten Frauen sehr viel häufiger als Männer in Branchen und Berufen, die ein eher niedriges Lohnniveau aufweisen. Auch sind Frauen seltener in besser entlohten Leistungsgruppen und in Vollzeittätigkeiten zu finden, woraus sich weitere Verdiensteile gegenüber Männern ergeben.

Verdienstgefälle wird durch Verteilung von Lohnmerkmalen bestimmt

Berücksichtigt man diese Effekte, beläuft sich der verbleibende Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern auf einen deutlich geringeren Wert. Im Jahr 2014 lag der bereinigte Gender Pay Gap bei 5,3 Prozent. Dieser Wert sollte jedoch nicht pauschal als Ausmaß der geschlechterbezogenen Lohndiskriminierung interpretiert werden. Zwar spiegelt er durchaus zu einem Teil die ungleiche finanzielle Bewertung gleichartiger arbeitsmarkt- und berufsrelevanter Eigenschaften zwischen den Geschlechtern wider, doch ergibt er sich auch aus der Verteilung unbeobachteter lohnbestimmender Merkmale, die nicht zwangsläufig auf einer geschlechtsspezifischen Diskriminierung beruhen müssen.

Der Equal Pay Day bietet eine gute Gelegenheit, um auf die beschriebenen Aspekte der Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam zu machen. In den vergangenen Jahren ist der Equal Pay Day bereits etwas näher an den Jahresbeginn herangerückt, sodass er 2019 schon am

18. März stattgefunden hat. Würde sich die Datumsberechnung am bereinigten Gender Pay Gap orientieren, hätte er 2015 bereits am 22. Januar begangen werden können. Inwieweit sich dieses alternative Datum in den letzten Jahren weiter nach vorne verlagert hat, werden die Ergebnisse zum bereinigten Gender Pay Gap zeigen, die mit Hilfe

der neuen Daten der Verdienststrukturerhebung 2018 in Kürze vorliegen werden.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Info

Detaillierte Informationen zu den Verdienstunterschieden zwischen Frauen und Männern finden Sie auch in der Sonderveröffentlichung zum Equal Pay Day 2019. Die Veröffentlichung steht unter www.statistik.rlp.de zum kostenlosen Download bereit.



Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Ergebnisse auf der Kreisebene

Von Sebastian Fückel und Dr. Martin Jacobs

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat im Februar 2019 mit der Statistischen Analyse N° 48 „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017)“ eine neue Bevölkerungsprojektion vorgestellt. Die März-Ausgabe der Statistischen Monatshefte enthält die Ergebnisse zu den mittel- und langfristigen demografischen Entwicklungen auf der Landesebene. In diesem Beitrag werden die Ergebnisse auf der Kreisebene dargestellt.

Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die Altersstruktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern. Die Festlegung der Annahmen erfolgt auf der Grundlage heute verfügbarer Erkenntnisse und daraus abgeleiteter alternativer Parameter-setzungen zur Beschreibung eines möglichen Entwicklungskorridors.

Darstellung regionaler Ergebnisse anhand der mittleren Variante

Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2017 umfasst drei Modellvarianten, die sich nur hinsichtlich des künftigen Wanderungsgeschehens unterscheiden (siehe Textkasten: Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung).

Berechnungen liegen kreis-spezifische Ziffern zugrunde

Die Annahmen beziehen sich auf Rheinland-Pfalz; in die Berechnungen gehen aber kreisspezifische Fruchtbarkeits-, Sterbe- bzw. Wanderungsziffern ein (siehe Textkasten: Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung).

Mittelfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen bis 2040

Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz wird, sofern die Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zutreffen, bis 2040 um 105 600 Personen bzw. um 2,6 Prozent sinken. Die regionalisierte Rechnung zeigt, dass die kreisfreien Städte nicht so stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein werden wie die Landkreise. In den kreisfreien Städten nimmt die Bevölkerungszahl bis 2040 nur um 4 300 Personen bzw. 0,4 Prozent ab, während sie in den Landkreisen um 101 300 Personen bzw. 3,4 Prozent schrumpft.

Einwohnerzahl fällt in den Landkreisen stärker als in den kreisfreien Städten

Von den 4,07 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, die Rheinland-Pfalz heute hat, leben 1,06 Millionen bzw. 26 Prozent in den kreisfreien Städten und 3,01 Millionen bzw. 74 Prozent in den Landkreisen. Im Jahr 2040 wird das Land nach der mittleren Variante der Modellrechnungen noch 3,97 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. In

Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung

Der fünften regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2017 liegen **drei Modellvarianten mit folgenden gemeinsamen Annahmen** zugrunde:

- Die **Geburtenrate** sinkt in allen drei Varianten der Modellrechnungen von heute 1,6 Kindern je Frau bis 2025 auf 1,5 Kinder je Frau und bleibt danach über den gesamten Zeitraum bis 2070 konstant.
- Die **Lebenserwartung** nimmt in allen drei Varianten – im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2015/17 – mittelfristig bis 2040 bei Frauen von 83 auf 85,9 Jahre und bei Männern von 78,6 auf 82,1 Jahre zu. Langfristig wird bis 2070 ein weiterer Anstieg bei Frauen auf 88,8 Jahre und bei Männern auf 85,5 Jahre angenommen.

Die Varianten unterscheiden sich nur hinsichtlich der **Annahmen zum Wanderungsgeschehen**:

- **Untere Variante:** Ausgehend von etwa 17 500 Personen im Jahr 2017 sinkt der

jährliche Wanderungsüberschuss bis 2025 auf null. Ab 2025 wird eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt.

- **Mittlere Variante:** Die Wanderungsgewinne gehen bis 2025 auf 9 000 Personen pro Jahr zurück und verbleiben anschließend auf diesem Niveau.
- **Obere Variante:** Der Wanderungsüberschuss bleibt mit 17 000 Personen pro Jahr langfristig in etwa auf dem Niveau von 2017.

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise: Den Berechnungen liegt der sogenannte „**Ceteris-paribus-Ansatz**“ zugrunde. Das bedeutet, dass sich die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge künftig so fortsetzen wird, wie im Stützzeitraum der jeweiligen Variante.

den Landkreisen werden dann noch 2,91 Millionen Menschen leben; dies entspricht 73 Prozent der gesamten Einwohnerschaft von Rheinland-Pfalz. Der Anteil der in den kreisfreien Städten ansässigen Bevölkerung wird sich bei nahezu konstanter Einwohnerzahl auf 27 Prozent erhöhen.

Steigerung der Einwohnerzahl bis 2040 in zehn von 36 Verwaltungsbezirken

Die differenziertere Betrachtung auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt, dass mittelfristig fünf der zwölf kreisfreien Städte und fünf der 24 Landkreise noch einen Einwohnerzuwachs verzeichnen werden. Dementsprechend wird sich in sieben kreisfreien Städten und 19 Landkreisen die Bevölkerungszahl bereits mittelfristig verringern.

Bei den kreisfreien Städten kann Ludwigshafen mit einem Plus von 4,6 Prozent den stärksten Einwohnerzuwachs erwarten. Worms steht mit 1,7 Prozent Bevölkerungswachstum auf dem zweiten Platz. Bevölkerungszuwächse errechnen sich auch für Frankenthal (+1,4 Prozent), Mainz (+1,3 Prozent) und Landau (+0,1 Prozent). Alle diese Städte profitieren von ihrer Lage in wirtschaftsstarken Metropolregionen: dem Rhein-Main-Gebiet bzw. der Rhein-Neckar-Region.

Kreisfreie Städte:
Größter Einwohnerzuwachs in Ludwigshafen

Die übrigen kreisfreien Städte werden bis 2040 Bevölkerung verlieren. Die stärksten Rückgänge dürften Pirmasens (–12 Prozent) und Zweibrücken (–8,1 Prozent) zu verzeichnen haben. Auch in den Oberzen-

Stärkster Bevölkerungsverlust in Pirmasens

Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung

Die fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2017. Deshalb wird das Jahr 2017 als „Basisjahr“ und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung“ bezeichnet. Die bei der Vorausberechnung angewandte Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung für das erste Projektionsjahr ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das nächste Altersjahr vor. Die berechneten Lebendgeborenen bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölke-

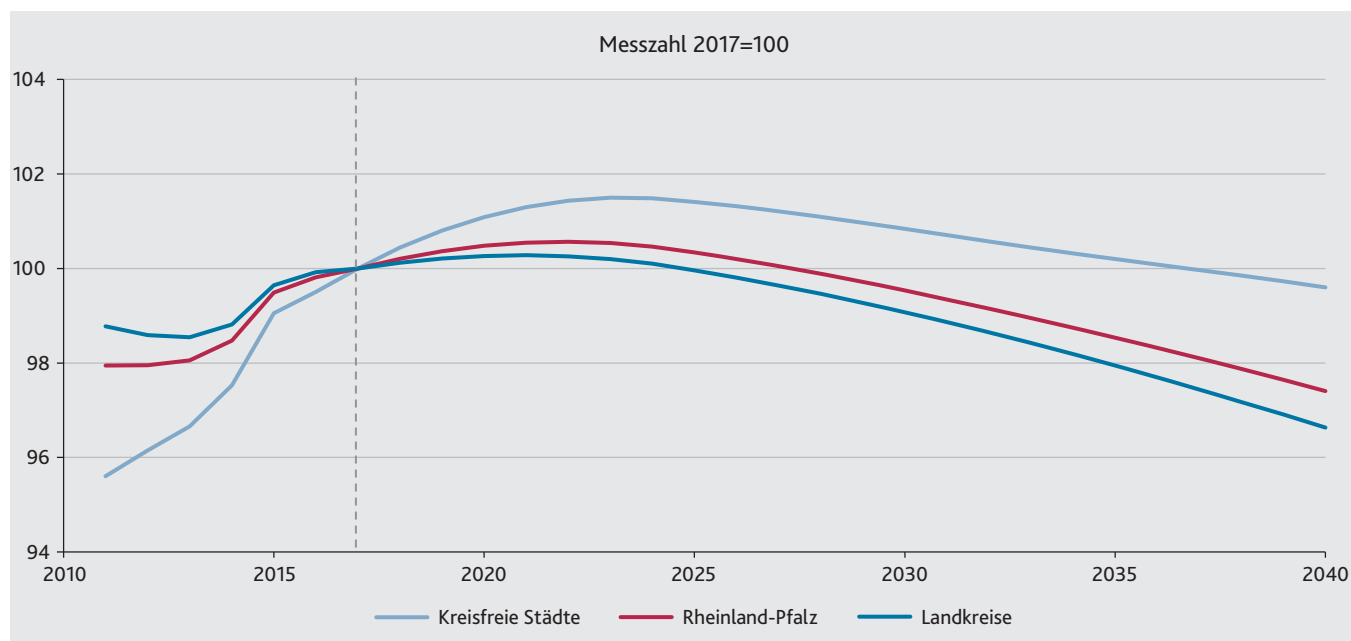
rungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet. Bei den Zielgebieten wird zwischen den Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) und den Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) unterschieden. Dabei werden die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet und Fortzügen in das Ausland.

Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage für die Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet, auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2070 und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

G 1

Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2011–2040 (mittlere Variante)



tren Kaiserslautern (–3,3 Prozent), Koblenz (–3 Prozent) und Trier (–1,5 Prozent) wird die Einwohnerzahl bereits bis 2040 abnehmen. Geringere Bevölkerungsrückgänge sind in den kreisfreien Städten Neustadt (–1,2 Prozent) und Speyer (–0,9 Prozent) zu erwarten.

Landkreise:
Zuwachs im
Rhein-Pfalz-
Kreis und in
Mainz-Bingen
am höchsten

Von den 24 rheinland-pfälzischen Landkreisen werden nach der mittleren Variante der Vorausberechnung bis 2040 noch fünf Kreise Einwohnergewinne erzielen. Mit den größten Zuwächsen können der Rhein-Pfalz-Kreis und der Landkreis Mainz-Bingen rechnen (jeweils +2,9 Prozent). Bevölkerungswachstum ist des Weiteren in den Landkreisen Trier-Saarburg (+2,1 Prozent), Germersheim (+0,6 Prozent) und Südliche Weinstraße (+0,2 Prozent) zu erwarten.

Für 19 Landkreise werden sinkende Bevölkerungszahlen vorausberechnet. In drei dieser Landkreise fällt der Rückgang jedoch geringer aus als im Landesdurchschnitt (–2,6 Prozent). Dies betrifft den Landkreis

Alzey-Worms (–0,1 Prozent), den Eifelkreis Bitburg-Prüm (–1,4 Prozent) und den Landkreis Bad Dürkheim (–2,4 Prozent).

In 16 rheinland-pfälzischen Landkreisen könnte die Einwohnerzahl bis 2040 stärker abnehmen als im Landesschnitt. Indes variiert auch zwischen diesen 16 Landkreisen das Ausmaß des Bevölkerungsrückgangs erheblich. Die Landkreise Birkenfeld (–12 Prozent), Kusel (–11 Prozent) und Südwestpfalz (–10 Prozent) werden im zweistelligen Prozentbereich Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Auch in vielen ländlichen Gebieten im Westen und Norden des Landes schrumpft die Bevölkerung deutlich. So beträgt der vorausberechnete Einwohnerrückgang im Landkreis Vulkaneifel 8,5 Prozent, im Landkreis Cochem-Zell acht Prozent und im Landkreis Altenkirchen 7,7 Prozent. Nah an der durchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz liegen hingegen die Landkreise Ahrweiler und Mayen-Koblenz mit einem Minus von jeweils 2,8 Prozent.

Landkreise Birkenfeld, Kusel und Südwestpfalz verlieren zehn oder mehr Prozent ihrer Bevölkerung

T 1

Bevölkerung 2017–2070 nach Verwaltungsbezirken und Regionen
(mittlere Variante)

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2017	2040	2070	2017–2040	2017–2070
	Anzahl			Veränderung in %	
Frankenthal (Pfalz), St.	48 417	49 074	45 999	1,4	-5,0
Kaiserslautern, St.	99 684	96 430	87 538	-3,3	-12,2
Koblenz, St.	113 844	110 470	100 875	-3,0	-11,4
Landau i. d. Pfalz, St.	46 292	46 319	42 498	0,1	-8,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	168 497	176 313	167 029	4,6	-0,9
Mainz, St.	215 110	217 964	203 002	1,3	-5,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	53 353	52 734	48 147	-1,2	-9,8
Pirmasens, St.	40 632	35 691	30 895	-12,2	-24,0
Speyer, St.	50 931	50 477	46 669	-0,9	-8,4
Trier, St.	110 013	108 374	100 562	-1,5	-8,6
Worms, St.	83 081	84 477	78 352	1,7	-5,7
Zweibrücken, St.	34 270	31 496	27 959	-8,1	-18,4
Ahrweiler	128 914	125 363	112 871	-2,8	-12,4
Altenkirchen (Ww.)	128 791	118 936	104 312	-7,7	-19,0
Alzey-Worms	128 519	128 341	116 206	-0,1	-9,6
Bad Dürkheim	132 739	129 580	117 573	-2,4	-11,4
Bad Kreuznach	157 549	152 161	135 860	-3,4	-13,8
Bernkastel-Wittlich	112 134	107 963	95 587	-3,7	-14,8
Birkenfeld	80 728	70 758	60 880	-12,4	-24,6
Cochem-Zell	61 662	56 724	49 323	-8,0	-20,0
Donnersbergkreis	75 102	69 942	61 229	-6,9	-18,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	98 213	96 795	87 398	-1,4	-11,0
Germersheim	128 477	129 276	118 016	0,6	-8,1
Kaiserslautern	105 649	99 652	88 110	-5,7	-16,6
Kusel	70 764	63 252	54 131	-10,6	-23,5
Mainz-Bingen	209 785	215 808	197 879	2,9	-5,7
Mayen-Koblenz	213 554	207 656	185 402	-2,8	-13,2
Neuwied	181 655	172 865	153 790	-4,8	-15,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	102 938	95 662	83 448	-7,1	-18,9
Rhein-Lahn-Kreis	122 381	114 895	102 006	-6,1	-16,6
Rhein-Pfalz-Kreis	153 629	158 143	146 866	2,9	-4,4
Südliche Weinstraße	110 622	110 804	100 286	0,2	-9,3
Südwestpfalz	95 474	85 952	72 812	-10,0	-23,7
Trier-Saarburg	148 532	151 648	139 464	2,1	-6,1
Vulkaneifel	60 705	55 534	48 367	-8,5	-20,3
Westerwaldkreis	201 039	190 547	168 102	-5,2	-16,4
Rheinland-Pfalz	4 073 679	3 968 076	3 579 443	-2,6	-12,1
kreisfreie Städte	1 064 124	1 059 819	979 525	-0,4	-8,0
Landkreise	3 009 555	2 908 257	2 599 918	-3,4	-13,6
Mittelrhein-Westerwald	1 254 778	1 193 118	1 060 129	-4,9	-15,5
Rheinhausen-Nahe	874 772	869 509	792 179	-0,6	-9,4
Rhein-Neckar ¹	892 957	902 720	833 083	1,1	-6,7
Trier	529 597	520 314	471 378	-1,8	-11,0
Westpfalz	521 575	482 415	422 674	-7,5	-19,0

¹ Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate sinkt bis 2025 von 1,6 auf 1,5 Kinder je Frau, danach bis 2070 konstant. Lebenserwartung steigt bis 2070 für Frauen von 83 auf 88,8 Jahre und für Männer von 78,6 auf 85,5 Jahre. Wanderungssaldo sinkt bis 2025 von +17 500 Personen in der mittleren Variante auf +9 000 Personen, danach bis 2070 konstant.

Gebietsstand: 1. Januar 2019

Positive
Bevölkerungs-
perspektive für
wirtschafts-
dynamische
Regionen

Geografisch betrachtet bilden diejenigen Landkreise und kreisfreien Städte mit einer im Vergleich zur landesweiten Entwicklung überdurchschnittlichen demografischen Entwicklungsperspektive zwei zusammenhängende Gebiete. Die günstige Einwohnerentwicklung in diesen Kreisen dürfte mit ihrer Lage in oder in der Nähe von wirtschaftlich dynamischen Räumen in Zusammenhang stehen. Das größere der beiden Gebiete liegt entlang der südlichen rheinland-pfälzischen Rheinschiene und umfasst die rheinland-pfälzischen Teile der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Das kleinere Gebiet befindet sich im Westen des Landes und besteht neben der kreisfreien Stadt Trier aus den beiden an das Großherzogtum Luxemburg grenzenden rheinland-pfälzischen Landkreisen.

Auch bei den Landkreisen und kreisfreien Städten mit einem besonders negativen Bevölkerungsausblick zeigt sich eine räumliche Konzentration. So befinden sich die drei Landkreise, die zweistelligen Einwohnerverlusten entgegensehen, und die beiden kreisfreien Städte mit den stärksten Bevölkerungsabnahmen alle in der Nähe zur Grenze mit dem Saarland. Die Landkreise mit höheren Bevölkerungsverlusten sind eher ländlich geprägt.

Nur in Mainz
und Ludwigshafen bis 2040
mehr Geburten
als Sterbefälle

Die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Verwaltungsbezirke ergibt sich aus dem natürlichen Saldo und dem Wanderungssaldo. Nach den Ergebnissen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung wird es im Zeitraum 2018 bis 2040 noch in zwei kreisfreien Städten mehr Geburten als Sterbefälle geben. In Mainz wird der durchschnittliche jährliche Geburtenüberschuss je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner bei 0,7 liegen, in Ludwigshafen

bei 0,3. In den zehn übrigen kreisfreien Städten sowie in allen 24 Landkreisen werden negative natürliche Salden, also mehr Sterbefälle als Geburten, erwartet. Die geringsten Geburtendefizite wird es in Worms und in Trier (jeweils –1,3) geben, gefolgt von Landau mit einem Wert von –1,8. Die fünf vorderen Plätze in einer Rangliste der natürlichen Bevölkerungsentwicklung belegen somit durchweg kreisfreie Städte.

Der größte Überhang an Sterbefällen wurde für Pirmasens vorausberechnet. Hier wird die jährliche Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten um 8,5 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner übersteigen. Unter den kreisfreien Städten wird Pirmasens mit weitem Abstand das größte Geburtendefizit aufweisen; es ist annähernd doppelt so hoch wie in Zweibrücken (–4,7), das in einer Rangliste der natürlichen Salden den vorletzten Platz einnimmt.

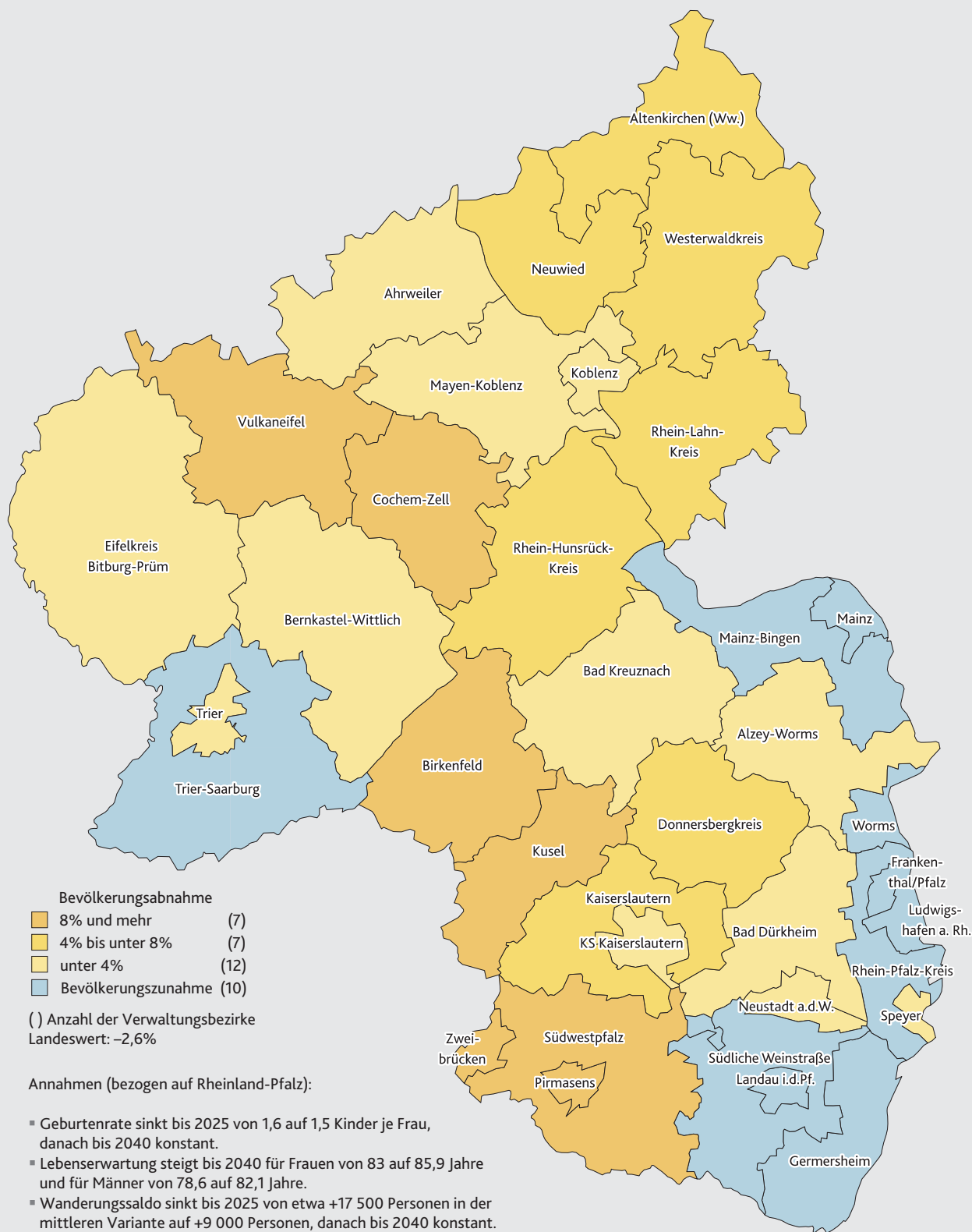
Im landesweiten Mittel beträgt der jahresdurchschnittliche Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegungen –3,7 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Für die Landkreise (–4,4) wurde ein fast drei Mal so hoher Wert vorausberechnet wie für die kreisfreien Städte (–1,6). Besonders hohe Geburtendefizite errechneten sich für die Landkreise Birkenfeld (–7,7) und Cochem-Zell (–7,2), gefolgt von den Kreisen Vulkaneifel, Südwestpfalz und Kusel (jeweils –6,5). In Germersheim und in Mainz-Bingen fällt die natürliche Bevölkerungsentwicklung noch am günstigsten aus; hier beträgt der jährliche Saldo aus Geburten und Sterbefällen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner –2,5 bzw. –2,7.

Während beim natürlichen Saldo der Ausblick für die kreisfreien Städte positiver ist als für die Landkreise, verhält es sich bei der Wanderungsbilanz umgekehrt. Bis 2040

Geburten-
defizit in den
Landkreisen
fast drei Mal
so hoch wie in
den kreisfreien
Städten

K 1

Bevölkerung 2017–2040 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)



Höhere Wanderungsgewinne in den Landkreisen als in den kreisfreien Städten

wird nach der mittleren Variante der Vorausberechnung die durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung in die Landkreise +2,9 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner betragen und damit doppelt so hoch sein wie die Nettozuzüge in die kreisfreien Städte (+1,4). Im Landesdurchschnitt ergibt sich ein Wert von +2,5.

Der Grund für die verhältnismäßig geringen Wanderungsüberschüsse der kreisfreien Städte ist die annahmegemäß sinkende Nettozuwanderung über die Landesgrenze. Wanderungen mit den anderen Bundesländern sowie mit dem Ausland haben in Groß- und Universitätsstädten typischerweise einen überdurchschnittlichen Anteil am gesamten Wanderungsgeschehen. Die Nettozuzüge aus dem Ausland werden sich bis 2025 gemäß den Annahmen der mittleren Variante deutlich reduzieren. Bei den Wanderungen mit den anderen Bundesländern wird langfristig ein leichtes Defizit unterstellt. Seit 2016 werden zwar leichte Wanderungsgewinne mit dem übrigen Bundesgebiet beobachtet, die aber möglicherweise auf Sondereffekte zurückzuführen sind. Der sinkenden Zuwanderung steht eine nicht im gleichen Ausmaß fallende Zahl an Fortzügen gegenüber. Die Fortzüge werden im Rechenmodell über alters- und geschlechtsspezifische Anteile an der gesamten Bevölkerung bestimmt, die im gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant bleiben.

Kreisfreie Städte: Leichter Wanderungsverlust in Mainz, höchster Gewinn in Speyer

Für die kreisfreie Stadt Mainz ergeben sich als einziger Verwaltungsbezirk in Rheinland-Pfalz bis 2040 leichte Wanderungsverluste, die ab Mitte der 2020er-Jahre einsetzen. Das Wanderungsdefizit für Mainz beläuft sich allerdings im Zeitraum 2018 bis 2040 nur auf durchschnittlich 0,1 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

und Jahr. Im Vergleich der kreisfreien Städte unterdurchschnittliche Wanderungsgewinne weisen Trier (+0,7), Zweibrücken (+1), Kaiserslautern (+1,2) und Koblenz (+1,3) in ihren Bilanzen aus. Die stärksten Nettozuwanderungen unter den kreisfreien Städten dürfte es für Speyer mit jährlich vier Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, Frankenthal (+3,4) und Neustadt (+3,1) geben.

Alle 24 Landkreise können bis 2040 Wanderungsgewinne erwarten. Am höchsten dürften diese Gewinne für den Landkreis Bad Dürkheim mit durchschnittlich jährlich fünf Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ausfallen. Dahinter folgen der Landkreis Ahrweiler (+4,8), der Rhein-Pfalz-Kreis (+4,4), der Landkreis Trier-Saarburg (+4,3) und der Landkreis Südliche Weinstraße (+4,2). Die hohen Wanderungsgewinne dieser Kreise dürften vornehmlich auf Suburbanisierungswanderungen aus benachbarten wirtschaftsstarken städtischen Bereichen zurückzuführen sein. Die geringsten Überschüsse ergeben sich für die eher ländlich geprägten Kreise Kaiserslautern (+0,6), Kusel (+1,5) und Altkirchen (+1,6).

Positiver Wanderungssaldo in allen Landkreisen, stärkste Nettozuwanderung in Bad Dürkheim

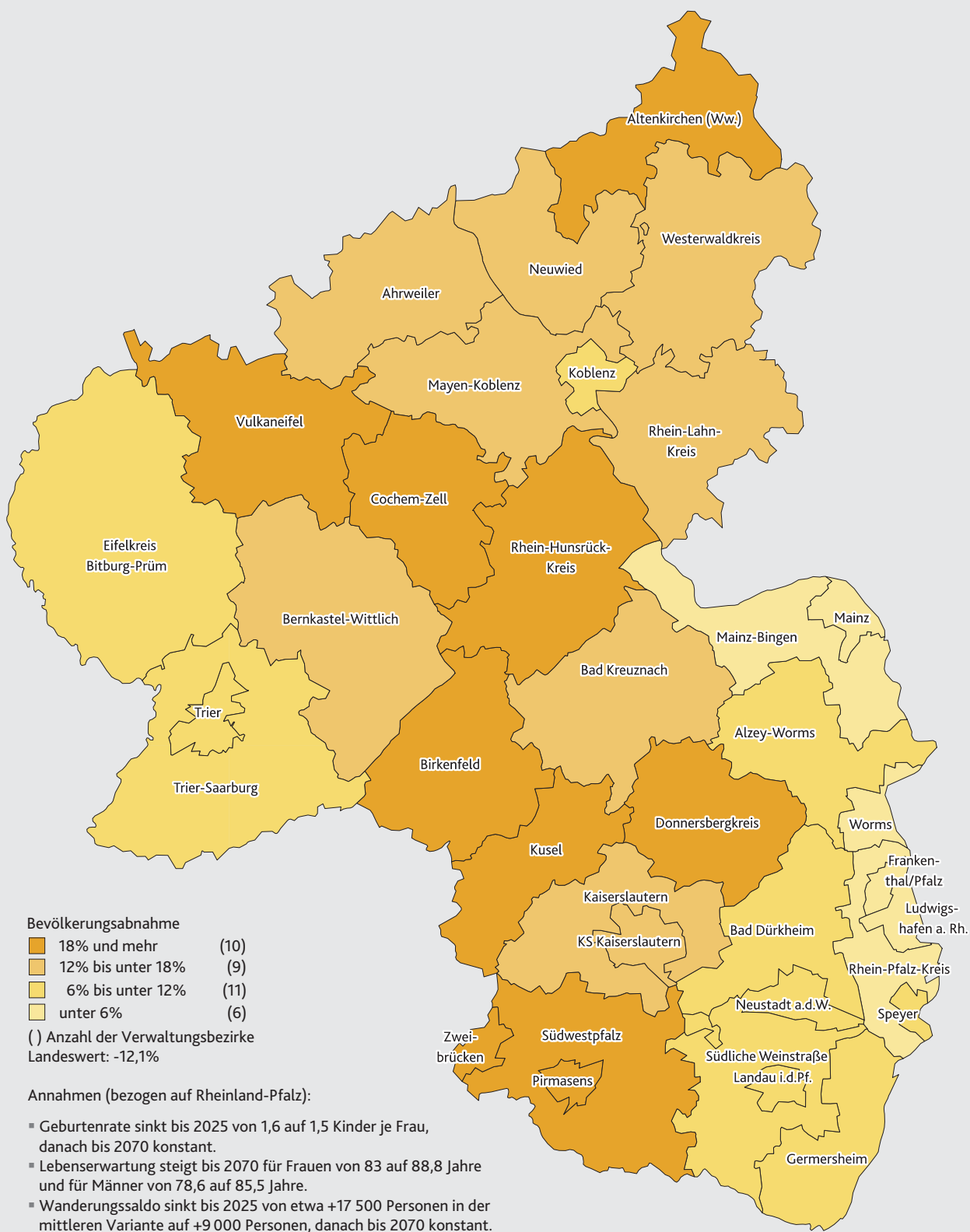
Langfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen bis 2070

Wenn die Annahmen der mittleren Variante in der langen Frist zutreffen, wird nach 2040 auch in den Regionen, die bis dahin noch Zuwächse verzeichnen konnten, die Bevölkerungszahl sinken. Der langfristige Bevölkerungsrückgang wird in den Landkreisen stärker ausfallen als in den kreisfreien Städten. Er wird sich in den Kreisen auf 14 Prozent und in den Städten auf acht Prozent belaufen. In den kreisfreien Städten würden 2070 noch

Alle kreisfreien Städte und Landkreise verlieren langfristig Bevölkerung

K 2

Bevölkerung 2017–2070 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)



980 000 Menschen leben (–85 000 Personen gegenüber 2017). Die Landkreise würden 2070 nur noch 2,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen (–410 000 Personen).

Geringster langfristiger Bevölkerungsrückgang in und um Ludwigshafen

Die geringsten langfristigen Einwohnerverluste wird nach der mittleren Vorausberechnungsvariante Ludwigshafen mit –0,9 Prozent zu verzeichnen haben. Die nächstgrößeren Bevölkerungsverluste ergeben sich für die beiden an Ludwigshafen grenzenden Verwaltungsbezirke: Der Rhein-Pfalz-Kreis wird 4,4 Prozent und die kreisfreie Stadt Frankenthal fünf Prozent ihrer Einwohnerschaft verlieren. Unterdurchschnittlich ist der Einwohnerrückgang auch in der Landeshauptstadt Mainz (–5,6 Prozent) und im sie umgebenden Landkreis Mainz-Bingen (–5,7 Prozent) sowie in Worms (–5,7 Prozent).

Einwohnerzahl im Landkreis Birkenfeld geht langfristig um ein Viertel zurück

Am stärksten könnte der Bevölkerungsrückgang nach der mittleren Variante im Landkreis Birkenfeld ausfallen. Wenn die Annahmen der mittleren Variante eintreffen, dann wird dieser Landkreis bis 2070 ein Viertel seiner Einwohnerinnen und Einwohner verlieren (–25 Prozent gegenüber 2017). Die kreisfreie Stadt Pirmasens und der sie umgebende Landkreis Südwestpfalz müssten sich nach der mittleren Variante jeweils auf ein Minus von 24 Prozent einstellen. Auch der Landkreis Kusel dürfte in diesem Ausmaß an Bevölkerung verlieren. Des Weiteren könnten die Landkreise Vulkaneifel und Cochem-Zell etwa jede Fünfte oder jeden Fünften ihrer Einwohnerinnen bzw. Einwohner einbüßen.

Mittel- und langfristige Entwicklung der regionalen Altersstrukturen

Die bereits in der Vergangenheit beobachteten altersstrukturellen Verschiebungen

in den Regionen von Rheinland-Pfalz werden sich in Zukunft fortsetzen. Neben den regionalen Disparitäten beim Bevölkerungsrückgang ist dies die zweite große Herausforderung des demografischen Wandels. Die altersstrukturellen Verschiebungen können anhand der Entwicklung der regionalen Jugend- und Altenquotienten verdeutlicht werden.

Der Jugendquotient, also das Verhältnis der Bevölkerung unter 20 Jahren zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren, ist in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen. Im Jahr 2017 entfielen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 29 jüngere Menschen. In den Landkreisen belief sich der Jugendquotient dagegen auf 31 (Landesdurchschnitt: 30).

Bis 2040 wird der Jugendquotient nach den Ergebnissen der mittleren Variante der fünften Bevölkerungsvorausberechnung sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen steigen. Dann werden in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 30 Personen unter 20 Jahren kommen. In den Landkreisen werden es mit 34 Personen deutlich mehr sein. Landesweit wird der Jugendquotient dann 33 betragen. Dieser Wert wird allerdings nicht durch eine steigende Zahl junger Menschen verursacht, sondern vielmehr durch die deutlich sinkende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter: In den kreisfreien Städten wird der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen um 0,5 und in den Landkreisen um 1,2 Prozentpunkte sinken. Der Anteil der 20- bis 65-Jährigen wird sich hingegen in den kreisfreien Städten bis zum Jahr 2040 um 5,2 und in den Landkreisen um 8,3 Prozentpunkte verringern.

Demografische Alterung: Mehr Ältere im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

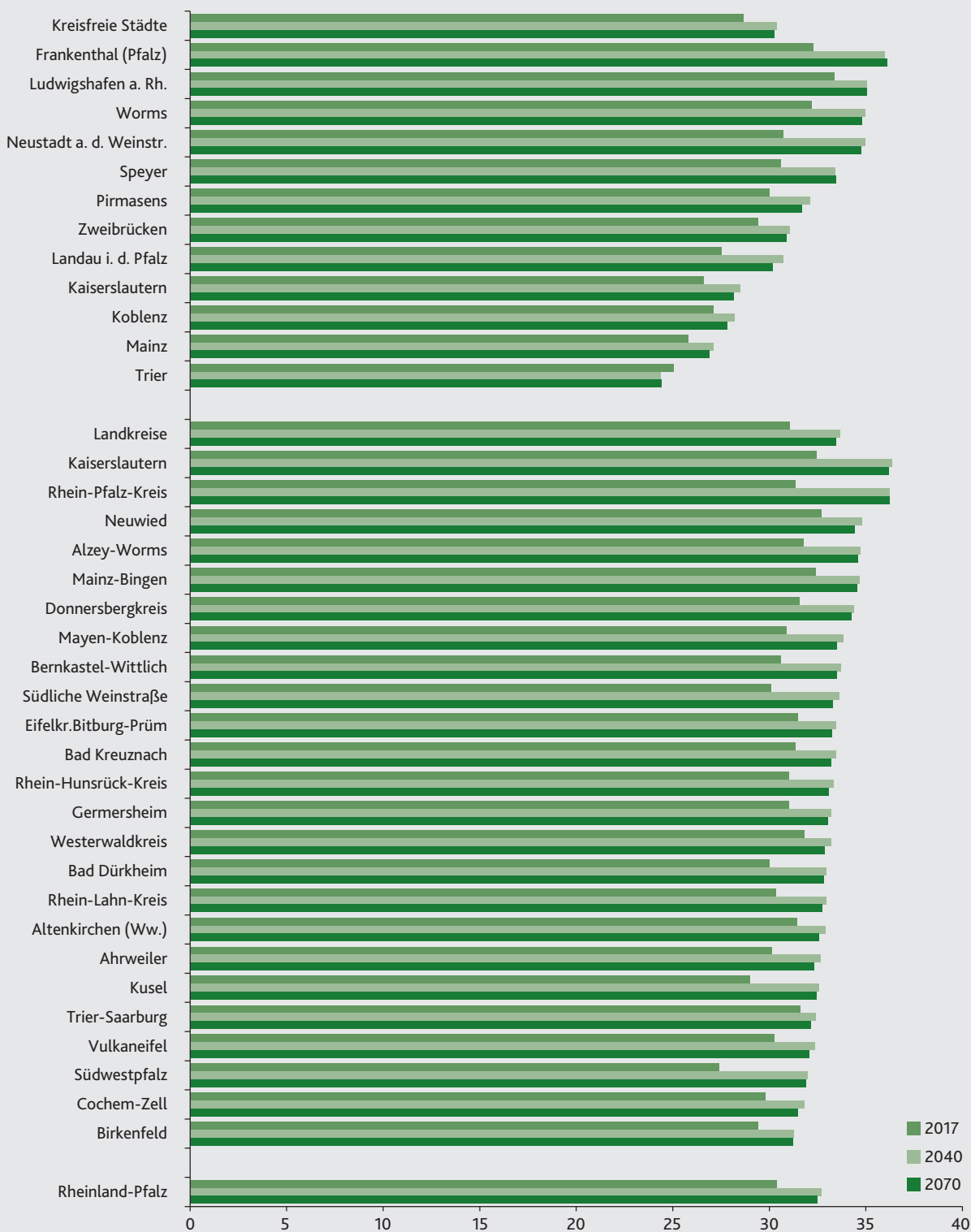
Jugendquotient in kreisfreien Städten niedriger als in Landkreisen

Jugendquotient wird in kreisfreien Städten und Landkreisen mittelfristig steigen

G 2

Jugendquotient 2017, 2040 und 2070 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)

Unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



Jugendquotient
sinkt mittel-
und langfristig
lediglich in Trier

Die Altersstrukturentwicklung der kreisfreien Städte zeigt, dass Trier sowohl heute als auch in Zukunft den niedrigsten Jugendquotienten aufweisen dürfte. Heute stehen dort 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 25 jungen Menschen unter 20 gegenüber; mittel- und langfristig werden es 24 sein. Den höchsten Jugendquotienten findet man heute mit einem Wert von 33 in Ludwigshafen. Mittel- und langfristig erhöht er sich dort auf 35 junge Menschen pro 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter. Die Rangliste wird 2040 und 2070 jedoch von Frankenthal angeführt werden, wo in Zukunft voraussichtlich 36 Personen unter 20 Jahren auf 100 Menschen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kommen werden. Von allen zwölf kreisfreien Städten ist Trier die einzige, für die unter den gegebenen Annahmen in diesem Zeitraum ein leichter Rückgang des Jugendquotienten erwartet wird (-1).

Sofern die Annahmen eintreffen, wird mittel- und langfristig kein Landkreis mit einem sinkenden Jugendquotienten rechnen müssen. Heute weist der Landkreis Südwestpfalz mit 27 jungen Menschen je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter den geringsten Jugendquotienten auf. Mittel- und langfristig wird der Landkreis Birkenfeld den niedrigsten Jugendquotienten haben (31). An der Spitze der Rangliste steht heute der Kreis Neuwied. Dort kommen derzeit 33 Personen unter 20 Jahren auf 100 Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren. Übertroffen wird Neuwied mittel- und langfristig von dem Landkreis Kaiserslautern und dem Rhein-Pfalz-Kreis, in denen der Jugendquotient dann jeweils bei 36 liegen wird.

Der Altenquotient bezieht die Zahl der älteren Menschen ab 65 Jahren auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren.

Er wird in den nächsten Jahrzehnten in allen Regionen kontinuierlich steigen und sich dabei sehr viel stärker verändern als der Jugendquotient. Derzeit kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 32 Menschen, die 65 Jahre oder älter sind; in den Landkreisen sind es 37.

Bereits mittelfristig wird der Altenquotient deutlich zunehmen, weil die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen bis etwa 2035 verlassen und in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln. In den kreisfreien Städten wird der Quotient mittelfristig von derzeit 32 auf 45 steigen; in den Landkreisen von 37 auf 61. Damit werden in den kreisfreien Städten und Landkreisen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter ungefähr 60 Prozent mehr 65-Jährige und Ältere kommen als heute. Sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen wird die absolute Zahl der Älteren steigen. In den Landkreisen wird dieser Anstieg deutlich stärker ausfallen: Während heute in den kreisfreien Städten und Landkreisen jeweils etwa ein Fünftel der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist, könnten es 2040 in den kreisfreien Städten 26 Prozent und in den Landkreisen 32 Prozent sein.

Auch nach 2040 wird der Altenquotient weiter zunehmen. Im Jahr 2070 wird er in den kreisfreien Städten bei 52 und in den Landkreisen sogar bei 66 liegen (Landesdurchschnitt: 61). Ursächlich hierfür ist, dass die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen langfristig weiter schrumpfen wird, weil immer weniger junge Menschen in diese Bevölkerungsgruppe hineinwachsen. Da junge Menschen auch weiterhin von den Landkreisen in die größeren kreisfreien Städte wandern, sind die Städte von der Entwicklung weniger stark betroffen als die Landkreise.

Altenquotient
ändert sich
stärker als Ju-
gendquotient

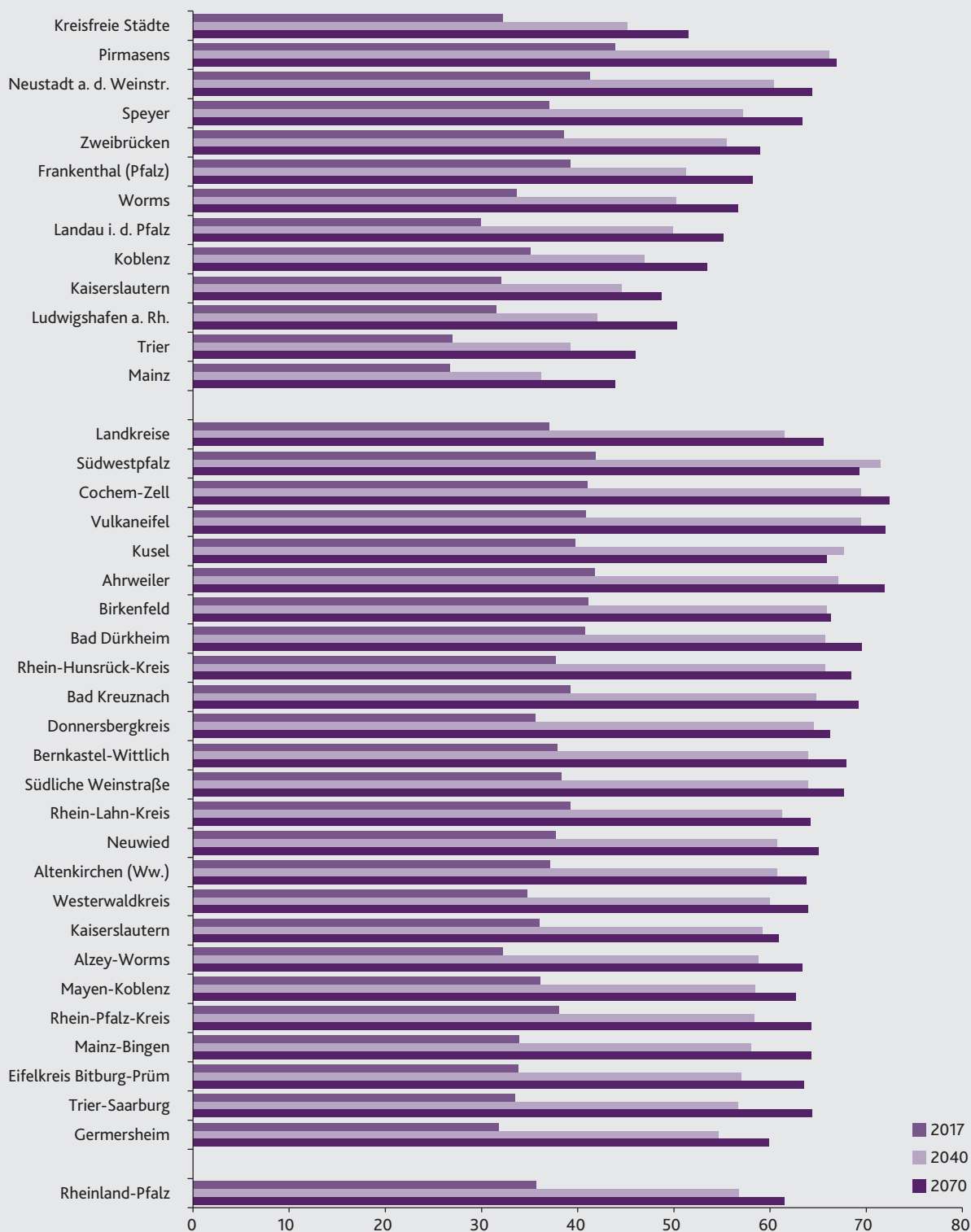
Altenquotient
steigt bereits
mittelfristig in
allen Regionen

Altenquotient
steigt auch
langfristig

G 3

Altenquotient 2017, 2040 und 2070 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)

65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



Kreisfreie
Städte im
Jahr 2070:
überdurch-
schnittlicher
Altenquotient
in Pirmasens

Aktuell haben die kreisfreien Städte Mainz und Trier jeweils mit einem Wert von 27 die niedrigsten Altenquotienten. Das wird auch mittel- und langfristig so bleiben: Im Jahr 2040 wird der Quotient in Mainz einen Wert von 36 und in Trier von 39 annehmen. Dreißig Jahre später werden in Mainz auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 44 Ältere kommen; in Trier werden es 46 sein. Bemerkenswert ist, dass Pirmasens bereits heute einen ähnlich hohen Altenquotienten aufweist, wie Mainz ihn 2070 haben könnte. Pirmasens hat mit einem Wert von 44 aktuell den höchsten Altenquotienten aller Verwaltungsbezirke. Der Quotient könnte bereits bis 2040 um rund 22 Punkte auf 66 steigen. Langfristig, also im Jahr 2070 dürften in Pirmasens 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 67 Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren gegenüberstehen.

Landkreise
im Jahr 2070:
höchster
Altenquotient
in Cochem-Zell

Der Landkreis mit dem niedrigsten Altenquotienten ist heute Germersheim (32). Auch mittel- und langfristig wird er den niedrigsten Wert aufweisen: Im Jahr 2040 werden dort auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 55 Ältere kommen; 2070 werden es 60 sein. Den höchsten Altenquotienten findet man aktuell im Landkreis Südwestpfalz (42), der die Rangliste der Landkreise auch mittelfristig mit einem Wert von 71 anführen wird. Langfristig, d. h. bis 2070, wird der Landkreis Südwestpfalz gemäß den Annahmen des Vorausberechnungsmodells seine Spitzenposition jedoch an Cochem-Zell verlieren (72).

Fazit

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch in Zukunft regional sehr unterschiedlich verlaufen. Gemäß den Annahmen der mittleren Variante wird es mittelfristig in fünf kreisfreien Städten und in fünf Landkreisen noch

Bevölkerungszuwächse geben. Die Mehrzahl der Verwaltungsbezirke wird jedoch bereits bis 2040 einen Rückgang der Einwohnerzahl hinnehmen müssen. Langfristig wird es nach der mittleren Variante bis 2070 überall zu mehr oder weniger starken Bevölkerungsrückgängen kommen.

Auch wenn es große Unterschiede zwischen einzelnen Verwaltungsbezirken geben wird, setzt sich die demografische Alterung ausnahmslos in allen kreisfreien Städten und Landkreisen fort. Dadurch, dass bis 2040 die geburtenstarken Jahrgänge aus dem erwerbsfähigen Alter in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln, wird sich die Altersstruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen schon mittelfristig stark verändern. Überall werden den 20- bis 65-Jährigen deutlich mehr Personen gegenüberstehen, die 65 Jahre und älter sind. Damit ist absehbar, dass selbst bei jährlichen Wanderungsgewinnen von 9 000 Personen – wie sie für die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung langfristig angenommen werden – die demografische Alterung weiter voranschreiten und die Gesellschaft in Zukunft prägen wird.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“. Dr. Martin Jacobs ist Referent in diesem Referat.

Info

Die Statistische Analyse N° 48 „Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017)“ steht im Internet unter www.statistik.rlp.de/Demografischer_Wandel zum kostenfreien Download zur Verfügung.

In der März-Ausgabe der Statistischen Monatshefte erschien die Kommentierung der Ergebnisse für die Landesebene unter dem Titel: Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz – Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung: Ergebnisse auf der Landesebene.

In einer weiteren Ausgabe der Statistischen Monatshefte werden die Ergebnisse der kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung auf der Verbandsgemeindeebene erscheinen.



Verbraucherpreise 2018

Inflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +1,7 Prozent



Von Thomas Kirschey

Die Ergebnisse der Verbraucherpreisstatistik zählen zu den bekanntesten und meist beachteten in der amtlichen Statistik. Sie sind von großer Bedeutung für die Beurteilung der Geldwertstabilität und dienen als Orientierungsmaßstab (etwa bei Tarifverhandlungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen).

Im Durchschnitt des Jahres 2018 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau (2017: +1,4 Prozent). Die niedrigste Preissteigerung im Jahresverlauf wurde im Februar registriert; den Höchststand erreichte die Teuerungsrate im Oktober.

Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent gestiegen

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Er dient als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +1,7 Prozent

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz hat sich im Jahresdurchschnitt 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent erhöht. Obwohl der Anstieg etwas höher als im Vorjahr war (2017: +1,4 Prozent), blieb die Teuerungsrate damit zum sechsten Mal in Folge unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank. Die EZB verfolgt das Ziel, die

Inflationsrate auf mittlere Sicht für den Euroraum unter, aber nahe zwei Prozent zu halten.

Bundesweit stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent (2017: +1,5 Prozent). Die nahezu gleichlaufende Preisentwicklung (2018 lag der Index für die Gesamtlebenshaltung in Rheinland-Pfalz bei 103,4 und in Deutschland bei 103,8) ist zum einen durch das bundeseinheitliche Wägungsschema begründet. Zum anderen wirken sich administrierte Preisveränderungen, etwa bei der Festsetzung von Gebühren oder durch Verbrauchsteuern, in allen Bundesländern ähnlich aus.

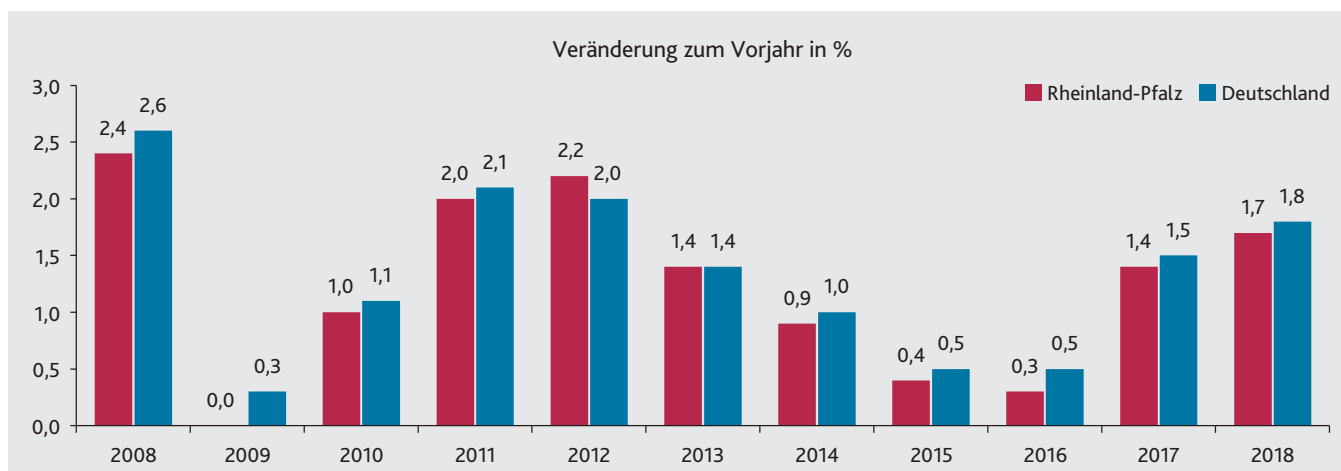
Verbraucherpreise in Deutschland: +1,8 Prozent

Energiepreise im Jahresdurchschnitt um 4,4 Prozent über dem Vorjahresniveau

Die Energiepreise stiegen 2018 kräftig; sie erhöhten sich durchschnittlich um 4,4 Pro-

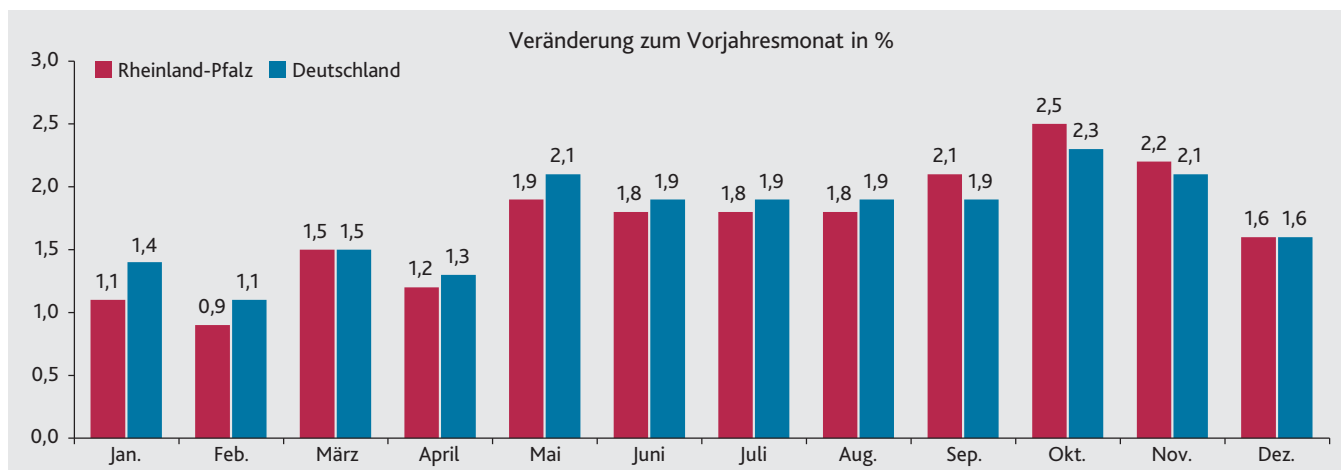
G 1

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2008–2018



G 2

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2018 nach Monaten



Kraftstoffe
acht Prozent,
Haushalts-
energie 2,6 Pro-
zent teurer als
im Vorjahr

zent (2017: +2,6 Prozent). Der Grund dafür waren vor allem die starken Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+11 Prozent). Sowohl die Preise für Heizöl als auch die Kraftstoffpreise zogen merklich an (+19 Prozent bzw. +8 Prozent). Den starken Preiserhöhungen bei Mineralölprodukten standen moderate Preisentwicklungen bei anderen Energieprodukten gegenüber. Haushaltsenergie verteuerte sich um 2,6 Prozent. Der Einfluss der steigenden Preise im Energiebereich auf die Gesamtteuerung von +1,7 Prozent belief sich auf 0,46 Prozentpunkte.

Die als Kerninflationsrate bezeichnete Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ lag im Jahresdurchschnitt 2018 bei +1,3 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Die Kerninflationsrate verharrt bereits seit längerem auf niedrigem Niveau. In den Jahren 2016 und 2017 belief sich der Anstieg lediglich auf 0,9 bzw. ein Prozent. Um längerfristige Trends im Preisniveau zu erkennen, werden bei diesem Preisindex Güter, deren Preise besonders schwankungsanfällig sind, nicht berücksichtigt.

Kerninflation
im Jahresdurch-
schnitt bei
+1,3 Prozent

Der Verbraucherpreisindex

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder berechnen den Verbraucherpreisindex für Deutschland und die einzelnen Länder monatlich. In Rheinland-Pfalz erheben 18 Preisermittler/-innen im Auftrag des Statistischen Landesamtes die Preise von rund 600 Waren und Dienstleistungen in elf Berichtsgemeinden mit mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser). Insgesamt werden monatlich etwa 20 000 Einzelpreise erhoben. Hinzu kommen Auswertungen von Katalogen, Tarifwerken, Gebührenordnungen sowie Internetangeboten.

Der Verbraucherpreisindex unterstützt Politik, Wirtschaft und auch private Nutzer in ihrer Entscheidungsfindung. So wird er beispielsweise im Rahmen von Tarifverhandlungen herangezogen. Private Verträge mit Wertsicherungsklauseln basieren ebenfalls auf der Entwicklung des Index. Zudem wird die Teuerungsrate für eine Reihe weiterer Statistiken zur Preisbereinigung nominaler Größen verwendet.

Als Maß für die Inflation dient der Verbraucherpreisindex zur Messung der Geldwertstabilität. Daran sind besonders die Zentralbanken, Ministerien, Wirtschaftsforschungsinstitute, Wissenschaft und Forschung sowie die Medien interessiert.

Warenkorb des Verbraucherpreisindex bildet Verbrauchsstruktur ab

Die Preisveränderungen der einzelnen Waren und Dienstleistungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die ihnen im Budget der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt. Hierzu wird eine Verbrauchsstruktur, das sogenannte Wägungsschema, auf der Grundlage der Ausgaben der privaten Haushalte für die Käufe von Waren und Dienstleistungen bestimmt. Die Höhe und Struktur der Ausgaben werden durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) ermittelt.

Nach dem zurzeit gültigen Wägungsschema werden im Durchschnitt 32 Prozent des Haushaltsbudgets für Ausgaben rund ums Wohnen aufgewendet. Der Ausgabenanteil in der Hauptgruppe „Verkehr“ liegt bei 13 Prozent, der Bereich „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ schlägt mit elf Prozent zu Buche. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke machen ein Zehntel der Verbrauchsausgaben aus. Damit werden für die vier Hauptgruppen mit der höchsten Verbrauchsbedeutung im Durchschnitt zwei Drittel des Haushaltsbudgets aufgewendet.

Basisjahr der Berechnung ist 2015

Der Berechnung des Preisindex liegen die Gewichte (d. h. die Verbrauchsmengen) des Basisjahres zu Grunde. Der Index bezieht also den Preis eines Warenkorbs in der Zusammensetzung des Basisjahres zu Güterpreisen des Berichtsjahres auf den Preis des gleichen Warenkorbs zu Güterpreisen des Basisjahres. Es handelt sich damit um einen Preisindex nach der Berechnungsmethode des deutschen Nationalökonomen und Statistikers Étienne Laspeyres (1834–1913).

Der Verbraucherpreisindex wird in regelmäßigen Abständen einer Revision unterzogen und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse für den Berichtsmonat Januar 2019 erfolgte die Umstellung von der bisherigen Basis 2010 auf das Basisjahr 2015. Dabei wurden die Wägungsschemata aktualisiert und methodische Änderungen eingearbeitet. Im Mittelpunkt der Überarbeitung steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die in die Berechnung einbezogenen Waren und Dienstleistungen. Das Wägungsschema bildet die Ausgabenanteile für die einzelnen Güterarten an den gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland ab. Bis zur nächsten Revision bleibt das neue Wägungsschema unverändert. Demgegenüber kann die Auswahl der konkreten Waren und Dienstleistungen für die Preiserhebung auch zwischen den Revisionsterminen angepasst werden (z. B. bei Wegfall von Produkten oder Berichtsstellen, Auftreten neuer Produkte oder Berichtsstellen mit schnell wachsender Verbrauchsbedeutung).

Wahrgenommene Inflation und individuelle Teuerungsrate können vom gemessenen Verbraucherpreisindex abweichen

Durch eine sorgfältige Stichprobenauswahl ist gewährleistet, dass die Konsumlandschaft realistisch abgebildet wird. Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte allerdings für viele Menschen von der durch die amtliche Statistik berechneten Teuerungsrate abweichen. So entspricht der mit der Teuerungsrate wiedergegebene Durchschnittswert häufig nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen.

Das Wägungsschema ist repräsentativ für einen durchschnittlichen Haushalt. Den durchschnittlichen Konsumenten gibt es jedoch nur in der Theorie. Die amtlich berechnete Teuerung lässt sich daher nicht direkt auf die eigene Situation übertragen. Die Inflationsrate eines einzelnen Haushalts hängt vielmehr in starkem Maße vom individuellen Konsumverhalten ab.

Preisentwicklung im Jahresverlauf

Höchste
Teuerungsrate
im Oktober
– niedrigste
Preissteigerung
im Februar

Die unterjährige Betrachtung zeigt, dass die Teuerung 2018 im Jahresverlauf anzog. Im Januar lagen die Verbraucherpreise um 1,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Danach schwächte sich die Teuerungsrate im Februar auf +0,9 Prozent ab und erreichte damit den niedrigsten Stand des Jahres. Nach +1,5 bzw. +1,2 Prozent im März und im April näherte sich die Inflationsrate im Mai mit +1,9 Prozent der Zwei-Prozent-Marke. Diese wurde im September mit +2,1 Prozent übertroffen. Die stärkste Teuerung des Jahres wurde im Oktober mit +2,5 Prozent gemessen. Nach +2,2 Prozent im November ließ sie im Dezember wieder deutlich nach (+1,6 Prozent).

Energiepreise
bestimmen
Preisentwick-
lung im Jahres-
verlauf

Die Entwicklung im Jahresverlauf wurde durch die Energiepreise geprägt. Im Januar, März und April gab es im Energiebereich jeweils leichte Preissteigerungen von weniger als ein Prozent. Im Februar – dem Monat mit dem niedrigsten Anstieg des Verbraucherpreisindex – war Energie sogar um 0,9 Prozent billiger als im Vorjahresmonat. Von Mai bis September waren die Energiepreise mit Zuwächsen von 4,2 bis 7,7 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat deutlich höher als im Jahr zuvor. Die stärksten Preissteigerungen im Energiebereich wurden im Oktober und im November registriert (+9,3 bzw. +9,6 Prozent). Dies ist in erster Linie auf die Preiserhöhungen bei Mineralölprodukten zurückzuführen. Danach schwächte sich im Dezember der Preisauftrieb im Energiebereich wieder ab (+5 Prozent).

Verbraucherpreisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen verläuft uneinheitlich

In elf der zwölf Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex sind die Preise 2018 gegen-

über dem Vorjahr gestiegen. Die höchste Teuerungsrate gab es in der Hauptgruppe „Verkehr“ (+3,4 Prozent). Es folgten die Bereiche „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,2 Prozent), „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“ (+2,6 Prozent), „Bildung“ (+2,5 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,1 Prozent). In der Hauptgruppe „Post und Telekommunikation“ waren die Preise niedriger als im Vorjahr (–1,1 Prozent).

Auch innerhalb der Hauptgruppen des Verbraucherpreisindex werden unterschiedliche Entwicklungen deutlich. Um maßgebliche Preiseffekte zu identifizieren, erfolgt daher – nach der Verbrauchsbedeutung der einzelnen Hauptgruppen – eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen jahresdurchschnittlichen Preisentwicklung.

Preise rund ums Wohnen um 1,6 Prozent gestiegen

Die Preise in der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ (Wägungsanteil: 32 Prozent) sind gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent gestiegen. Aufgrund des hohen Verbrauchsanteils hatten die Preise rund ums Wohnen mit 0,52 Prozentpunkten den höchsten Einfluss auf die Gesamtteuerung.

Die Wohnungsmieten erhöhten sich um 1,3 Prozent. Die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung verteuerte sich um 2,2 Prozent. Bei der Wasserversorgung und anderen wohnungsbezogenen Dienstleistungen kam es zu einer Erhöhung um 1,5 Prozent.

Der Preisanstieg bei der Haushaltsenergie (+2,6 Prozent) ist in erster Linie auf die kräftige Steigerung der Heizölpreise zurückzuführen (+19 Prozent). Teurer wurden im Jah-

Preisverän-
derung in den
Hauptgruppen
zwischen
–1,1 und
+3,4 Prozent

Mieten steigen
um 1,3 Prozent

Haushalts-
energie wird
um 2,6 Prozent
teurer

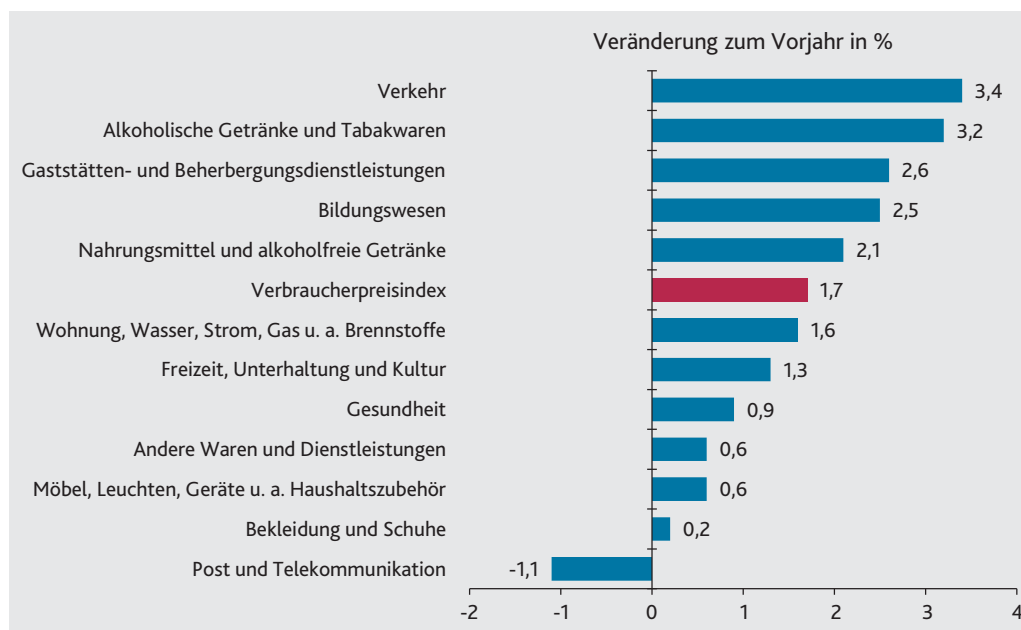
resverlauf aber auch feste Brennstoffe und Fernwärme (+3,9 bzw. +1,3 Prozent). Strom kostete nur geringfügig mehr als im Vorjahr (+0,2 Prozent). Niedriger als 2017 waren dagegen die Preise für Gas (-1,6 Prozent).

Mobilität um 3,4 Prozent teurer

Der Bereich „Verkehr“ (Wägungsanteil: 13 Prozent) verzeichnete mit +3,4 Prozent im Jahresdurchschnitt den höchsten Preis-

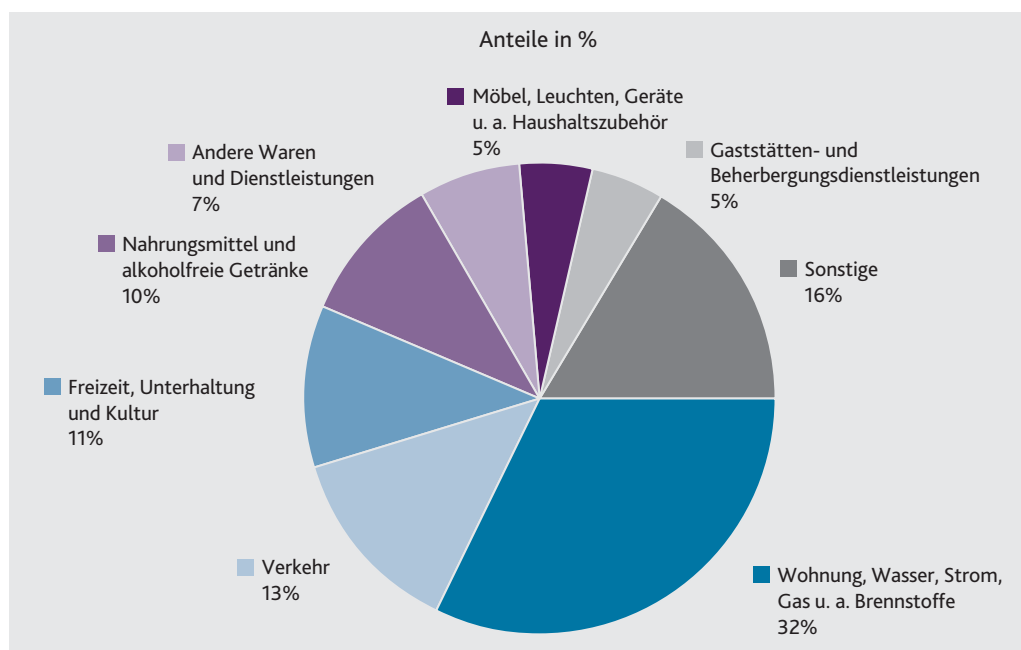
G 3

Verbraucherpreise 2018 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



G 4

Wägungsschema im Basisjahr 2015 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



T 1

Preisspiegel für Energie 2018

Güterart	Indexstand 2018	Veränderung zu 2017
	Basis 2015=100	%
Energie insgesamt	101,9	4,4
davon		
Haushaltsenergie insgesamt	99,5	2,6
davon		
Heizöl	106,2	18,9
Strom	101,1	0,2
Gas	95,5	-1,6
Feste Brennstoffe	102,2	3,9
Fernwärme	95,3	1,3
Kraftstoffe insgesamt	106,6	8,0
darunter		
Superbenzin	105,3	7,0
Dieselmotorkraftstoff	110,9	11,3

anstieg unter den zwölf Hauptgruppen. Damit hatte die Preisentwicklung bei Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität den zweithöchsten Einfluss auf die Teuerungsrate (0,44 Prozentpunkte).

Kraftstoffe
deutlich teurer
als im Vorjahr

Die Entwicklung wurde in erster Linie durch die deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise bestimmt (+8 Prozent). Die Preise für Superbenzin lagen im Durchschnitt um sieben Prozent über dem Vorjahresniveau; Diesel war sogar um elf Prozent teurer. Für den Kauf von Fahrzeugen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls mehr bezahlen als im Vorjahr (+1,6 Prozent). Bedingt durch diese Entwicklungen stieg der Kraftfahrer-Preisindex, der Waren und Dienstleistungen rund um die private Mobilität zusammenfasst, um 3,2 Prozent.

Höhere Preise
für Bahntickets

Die Personenbeförderung im Schienenverkehr verteuerte sich um 2,1 Prozent. Für die Personenbeförderung im Luftverkehr musste dagegen weniger bezahlt werden als im Vorjahr (-2,3 Prozent).

Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur muss 1,3 Prozent mehr bezahlt werden

In der Hauptgruppe „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (Wägungsanteil: elf Prozent) stiegen die Preise um 1,3 Prozent und trugen damit 0,15 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei.

Die Preise für Zeitungen und Zeitschriften zogen spürbar an (+4,2 Prozent). Für Pauschalreisen musste ebenfalls mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+3,2 Prozent). Freizeit- und Kulturdienstleistungen verteuerten sich um 1,3 Prozent. Audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte sowie deren Zubehör wurden dagegen im Jahresdurchschnitt um vier Prozent billiger.

Zeitungen und
Zeitschriften
um 4,2 Prozent
teurer – Preise
für Pauschal-
reisen steigen
um 3,2 Prozent

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 2,1 Prozent teurer

Für „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (Wägungsanteil: 9,7 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher 2,1 Prozent mehr bezahlen als im

Vorjahr. Damit belief sich der Beitrag zur Gesamtteuerung auf 0,2 Prozentpunkte.

Preise für
Speisefette
und -öle ziehen
kräftig an

Nahrungsmittel verteuerten sich um 2,2 Prozent. Vor allem die Preise für Speisefette und -öle (+6,5 Prozent) sowie für Molkereiprodukte und Eier (+5,9 Prozent) zogen kräftig an. Aber auch bei Obst (+2,1 Prozent) lag die Preiserhöhung über der Inflationsrate. Fleisch und Fleischwaren (+1,6 Prozent), Brot und Getreideerzeugnisse (+1,3 Prozent), Gemüse (+1,1 Prozent) sowie Fisch, Fischwaren und Meeresfrüchte verteuerten sich unterdurchschnittlich (+0,3 Prozent). Bei Zucker, Marmelade, Honig und anderen Süßwaren blieb das Preisniveau unverändert.

Alkoholfreie
Getränke um
1,6 Prozent
teurer

Auch für alkoholfreie Getränke mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Taschen greifen (+1,6 Prozent). Dabei stiegen die Preise für Mineralwasser, Limonaden und Säfte um 2,4 Prozent, während es bei Kaffee, Tee und Kakao keine Preisveränderung gegenüber 2017 gab.

„Andere Waren und Dienstleistungen“ verteuern sich um 0,6 Prozent

In dem heterogenen Bereich „Andere Waren und Dienstleistungen“ (Wägungsanteil: 7,4 Prozent) stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung belief sich damit auf 0,04 Prozentpunkte.

Finanzdienst-
leistungen
deutlich teurer

Unter diesen Gütern, die sich keiner der übrigen Hauptgruppen zuordnen lassen, wurden für „Finanzdienstleistungen“ (z. B. Kontoführungsgebühren) die stärksten Erhöhungen ermittelt (+3,8 Prozent). Für Waren und Dienstleistungen für die Körperpflege musste ebenfalls mehr bezahlt werden (+1,5 Prozent). Während die Preise für „Dienstleistungen sozialer Einrichtun-

gen“ gegenüber dem Vorjahr unverändert blieben, wurden „Versicherungsdienstleistungen“ geringfügig günstiger (–0,1 Prozent).

Einrichtungsgegenstände kosten 0,6 Prozent mehr

Die Preise in der Hauptgruppe „Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör“ (Wägungsanteil: fünf Prozent) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent. Damit hatten sie nur einen geringen Einfluss auf die Gesamtteuerung (0,03 Prozentpunkte).

Unter den Einrichtungsgegenständen verteuerten sich Heimtextilien am stärksten (+0,8 Prozent). Aber auch für Möbel, Leuchten und Teppiche musste etwas mehr bezahlt werden als im Vorjahr (+0,5 Prozent). Haushaltsgeräte wurden dagegen günstiger (–0,3 Prozent).

Preise für
Heimtextilien
steigen um
0,8 Prozent

Preise für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen ziehen um 2,6 Prozent an

Die Preise in der Hauptgruppe „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen“ (Wägungsanteil: 4,7 Prozent) stiegen 2018 durchschnittlich um 2,6 Prozent. Der Einfluss auf die Gesamtteuerung belief sich damit auf 0,12 Prozentpunkte. Für Gaststättendienstleistungen musste 2,8 Prozent mehr gezahlt werden als im Vorjahr. Übernachtungen wurden um 1,7 Prozent teurer.

Für Gesundheit muss 0,9 Prozent mehr bezahlt werden

Der Preisindex der Hauptgruppe „Gesundheit“ (Wägungsanteil: 4,6 Prozent) stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent. Der Einfluss auf den Anstieg des Gesamtindex machte damit 0,04 Prozentpunkte aus.

Stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuern sich um 2,4 Prozent

Im Jahr 2018 stiegen die Preise für medizinische Erzeugnisse, Geräte und Ausrüstungen um 1,2 Prozent. Stationäre Gesundheitsdienstleistungen verteuerten sich um 2,4 Prozent, ambulante Gesundheitsdienstleistungen um 0,1 Prozent. In die Berechnung der Gesundheitsdienstleistungen gehen bei gesetzlich Versicherten allerdings nur die Zuzahlungen ein. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Sozialbeiträge und deshalb nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben.

Bekleidung und Schuhe werden um 0,2 Prozent teurer

In der Hauptgruppe „Bekleidung und Schuhe“ (Wägungsanteil: 4,5 Prozent) stiegen die Preise durchschnittlich um 0,2 Prozent. Ihr Beitrag zur Gesamtteuerung ist mit 0,01 Prozentpunkten sehr niedrig. Die Preise für Schuhe lagen um 1,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. Bekleidung war sogar geringfügig günstiger als 2017 (–0,1 Prozent).

Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuern sich um 3,2 Prozent

In der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (Wägungsanteil: 3,8 Prozent) stiegen die Preise gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent. Der Beitrag zur Gesamtteuerung belief sich damit auf 0,12 Prozentpunkte.

Preise für Tabakwaren um 3,9 Prozent gestiegen

Die Preise für Tabakwaren zogen um 3,9 Prozent an. Alkoholische Getränke verteuerten sich um zwei Prozent: Für Bier musste 3,9 Prozent, für Wein 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr bezahlt werden. Die Preise für Spirituosen blieben gegenüber 2017 unverändert.

Preise im Bereich Post und Telekommunikation sinken um 1,1 Prozent

Im Bereich der „Post und Telekommunikation“ (Wägungsanteil: 2,7 Prozent) setzte

sich der für die Verbraucherinnen und Verbraucher positive Trend fort. Im Durchschnitt sanken die Preise im Vergleich zu 2017 um 1,1 Prozent. Aufgrund der geringen Verbrauchsbedeutung wirkte sich das allerdings auf die Gesamtteuerung nur schwach dämpfend aus (–0,03 Prozentpunkte).

Billiger wurden vor allem Telefone und anderen Geräten für die Kommunikation (–4,2 Prozent). Telekommunikationsdienstleistungen kosteten 0,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Bei Brief- und Paketdienstleistungen gab es 2018 keine Preisveränderung.

Telekommunikationsdienstleistungen kosteten 0,8 Prozent weniger

Preise im Bildungswesen steigen um 2,5 Prozent

Der Preisanstieg in der Hauptgruppe „Bildungswesen“ lag im Jahr 2018 bei 2,5 Prozent. Damit ging von der Hauptgruppe mit dem niedrigsten Verbrauchsanteil von 0,9 Prozent nur ein sehr geringer Einfluss auf die Gesamtteuerung aus (0,02 Prozentpunkte).

Die Preise für „Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs“, der die Hochschulen umfasst, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Prozent. Die Preise für „Bildungsdienstleistungen des Sekundarbereichs“ (Klassenstufen 5 bis 10 bzw. Jahrgangsstufen 11 bis 13 sowie berufsbildende Schulen) stiegen um 0,8 Prozent.

Bildungsdienstleistungen des Tertiärbereichs steigen um 5,8 Prozent

Fazit

Im Durchschnitt des Jahres 2018 lag die Teuerungsrate für Rheinland-Pfalz mit +1,7 Prozent höher als im Vorjahr (2017: +1,4 Prozent), blieb aber wieder unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum. Der Index der Kerninflation – definiert als „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ – stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent (2017: +1 Prozent).

Der Preisentwicklung bei den Energieprodukten (+4,4 Prozent) hatte auch 2018 einen merklichen Einfluss auf die Teuerungsrate. Der Energiebereich trug damit 0,46 Prozentpunkte zur Gesamtteuerung bei. Vor allem die Preise für Heizöl und Kraftstoffe zogen kräftig an (+19 Prozent bzw. +8 Prozent). Die

höchste Teuerungsrate gab es in der Hauptgruppe „Verkehr“ (+3,4 Prozent).

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat „Analysen Staat, Soziales“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 953	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

Bevölkerung	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	4 070 ^{1,2}	4 074	4 074	4 075	4 081	4 082	4 085	4 086
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	421 ^{1,2}	428	430	432	446	448	451	453

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	1 729	2 403	1 646	1 107	3 521	2 114	1 658	1 185
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	3 121	3 310	3 169	2 995	3 468	3 377	3 194	2 799
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	9,9	9,2	8,9	10,0	10,1	9,2	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	3 950	3 476	3 722	3 783	3 955	3 511	3 720	3 808
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	10,4	10,8	11,3	11,4	10,5	10,7	11,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	12	13	6	8	10	10	11	8
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	3,9	1,3	2,7	2,9	3,0	3,4	2,9
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-166	-553	-788	-487	-134	-526	-1009
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-0,5	-1,6	-2,4	-1,4	-0,4	-1,5	-3,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	13 582	15 035	11 238	14 149	14 217	16 355	11 360
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	6 897	6 694	5 464	7 419	7 759	7 916	5 853
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	12 301	13 504	10 153	12 544	12 603	13 140	9 405
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	5 118	4 964	4 473	5 695	5 045	4 814	4 108
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	1 281	1 531	1 085	1 605	1 614	3 215	1 955
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	14 309	14 415	16 175	14 722	15 317	13 850	16 022	13 461

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 377	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406	1 412
* Frauen	1 000	627	637	646	646	648	659	657	656	656

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{1,2,3}

noch: Erwerbstätigen

Beschäftigte^{1, 2, 3}

	Einheit	2015	2016		2017				2018	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	127	134	141	148	143	148	155
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	391	394	400	404	405	406	410
* darunter Frauen	1 000	309	318	323	324	328	331	332	332	334
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	11	13	13	14	11	12	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	426	427	430	437	432	432	434
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	302	301	304	311	309	309	312
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	213	216	217	218	221	227	225	225	227
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	421	420	420	427	428	428	425

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2017	2018					2019		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	106 299	98 764	107 665	107 534	103 267	92 686	103 195	101 873	99 059
* Frauen	Anzahl	48 166	44 729	47 702	47 286	46 098	41 765	45 556	44 665	43 907
Männer	Anzahl	58 132	54 035	59 963	60 248	57 168	50 921	57 639	57 208	55 152
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 178	40 147	46 087	46 045	42 787	38 529	45 980	45 431	42 578
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	64 121	58 617	61 578	61 489	60 480	54 157	57 215	56 442	56 481
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,8	4,4	4,9	4,9	4,7	4,1	4,6	4,6	4,4
* Frauen	%	4,7	4,3	4,6	4,6	4,5	4,0	4,3	4,2	4,2
* Männer	%	5,0	4,6	5,1	5,2	4,9	4,3	4,9	4,8	4,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,1	4,2	4,4	4,2	3,6	4,0	4,2	4,0
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	2,9	2,8	2,8	2,6	2,7	2,7	2,8	2,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,7	4,4	4,8	4,8	4,6	4,1	4,6	4,5	4,3
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,2	4,8	5,3	5,3	5,1	4,6	5,1	5,0	4,8
* Ausländer/-innen	%	13,4	11,7	13,5	13,5	13,0	10,8	12,3	12,3	11,9
Deutsche	%	4,0	3,6	4,0	4,0	3,8	3,4	3,7	3,7	3,6
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 929	...	13 349	16 926	14 530
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	37 936	40 467	37 571	38 594	39 913	40 339	39 326	39 797	39 567

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II¹¹

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹⁾		Einheit	2016	2017		2018				2019
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	248 972	245 502	245 026	246 128	234 845	232 664	232 071	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	122 480	120 897	120 762	121 177	116 464	115 534	115 187	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	160 493	169 173	165 531	165 196	166 036	156 576	154 953	154 604	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	61 917	68 036	67 949	67 705	67 565	65 736	65 186	64 906	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	66 032	65 966	65 729	65 576	63 785	63 241	63 000	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	587	546	458	510	456	505	456	405	517
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	486	401	464	390	436	373	367	457
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	3	4	3	3	2	7	4	2
Unternehmen	Anzahl	92	67	51	66	60	86	56	60	50
private Haushalte	Anzahl	491	476	403	441	393	417	393	341	465
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	1 113	928	943	1 034	1 180	1 147	819	984
* Umbauter Raum	1 000 m ³	760	696	570	621	639	706	660	501	667
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	129	109	113	117	132	124	95	120
Wohnräume	Anzahl	5 635	5 138	4 279	4 537	4 542	4 999	5 015	3 682	4 651
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	231	228	187	197	198	242	229	165	213

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	138	134	137	106	119	129	120	94	98
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	17	17	10	12	20	15	11	12
Unternehmen	Anzahl	82	78	89	75	73	89	72	64	73
private Haushalte	Anzahl	42	39	31	21	34	20	33	19	13
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	10	11	9	5	9	5	22	3
* Umbauter Raum	1 000 m ³	764	713	619	663	803	871	773	816	546
* Nutzfläche	1 000 m ²	110	103	91	92	125	130	149	1 185	868
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	88	109	87	117	108	88	134	75

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	1 314	1 150	1 133	1 186	1 288	1 355	1 083	958
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	5 892	5 039	5 288	5 169	5 536	5 744	4 568	5 359

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 564	11 599	12 888	10 948	12 603	13 018	12 561	10 194	12 544
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	2 551	1 885	1 971	2 193	2 355	1 526	1 924
darunter										
* Kälber	t	7	8	12	19	11	5	12	15	6
* Jungrinder	t	8	8	15	11	18	8	18	7	7
* Schweine	t	9 570	9 695	10 280	8 996	10 588	10 769	10 153	8 611	10 584
* Eierzeugung ²	1 000	16 571	17 285	17 554	18 220	18 254	18 546	17 495	17 245	19 169

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 021	1 020	1 014	1 045	1 046	1 042	1 017
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 227	255 468	258 040	257 296	256 044	263 301	263 040	262 004	260 744
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	34 216	29 248	34 314	34 602	34 576	28 918	34 694
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 455	1 062	1 058	1 088	1 488	1 101	1 097
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	8 207	7 264	7 910	8 439	8 193	7 245	7 800
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 813	4 253	4 434	3 668	4 494	4 569	4 327	3 594	4 673
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 341	2 259	1 956	2 440	2 500	2 397	1 907
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	90	86	84	86	81	72	68
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 342	1 252	1 376	1 344	1 284	1 182	1 153
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 465	2 138	2 597	2 506	2 330	2 124	2 785
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	1 188	1 131	862	1 279	1 307	1 195	855
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	4 518	3 993	4 534	4 709	4 499	4 008	4 491
Exportquote ⁶	%	55,4	55,9	55,1	55,0	57,3	55,8	54,9	55,3	57,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	116,7	105,8	131,4	114,1	109,3	106,3	109,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	118,5	105,3	123,9	111,9	103,6	86,2	119,0
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	120,8	111,9	130,2	117,2	116,7	128,4	99,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeniern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2016	2017				2018				2019
		Durchschnitt	Nov.	Dez.		Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	110,1	122,0	131,5	149,5	125,1	119,1	120,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	94,7	83,7	166,0	108,3	102,7	102,9	104,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	116,6	106,0	124,0	112,8	97,3	83,1	116,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	110,5	103,3	112,8	115,1	108,0	135,3	86,1

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	179	173	172	172	173	173	173	173	...
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 376	9 531	9 662	9 655	9 759	9 909	9 916	9 861	...
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 146	1 141	1 200	1 054	1 242	1 251	1 262	1 022	...
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	43	63	41	39	52	61	46	...
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	335	325	253	233	351	356	...
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	321	310	239	220	336	341	...

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	20 203	19 968	20 119	20 973	20 918	20 711	20 803
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 287	1 505	1 464	2 443	2 286	1 604	1 373
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	367	261	305	390	378	294	294
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	633	650	727	529	545	786	733	555	527
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 192	715	615	1 267	1 175	755	553
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	680	382	302	714	663	390	268
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	84	64	60	75	94	71	63

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

hoch. Baugewerbe Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2016	2017		2018				2019	
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	256	286	107	343	162	380	420	461	179
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	104	53	63	64	37	67	73	79	38	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	87	97	124	105	59	123	141	138	64	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	124	136	188	174	66	191	205	243	76	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	64	72	104	85	31	100	112	115	37	

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
		100,6								
Betriebe ⁴	Anzahl	421	438	438	437	436	384	380	377	376
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 051	16 825	16 619	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016	15 883
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 007	5 210	5 185	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964	4 884
* Entgelte	Mill. EUR	128	138	136	137	149	130	134	134	146
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	457	485	484	478	600	360	460	478	595

Handel⁵**Großhandel^{6, 6}**

Großhandel ^{P, 6}	Einheit	2016	2017			2018				2019
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2015=100	100,2	99,9	101,9	100,9	102,0	103,4	103,2	103,0	102,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	97,6	96,1	96,7	95,6	96,4	96,4	96,9	96,7	97,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	97,6	98,0	102,7	92,2	89,5	114,1	109,3	96,1	100,5
* Umsatz real ⁷	2015=100	98,0	96,6	100,7	90,7	87,4	109,5	104,9	92,9	97,3

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2015=100	101,4	102,4	103,8	104,1	102,7	103,5	104,0	104,2	102,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,7	102,4	104,1	104,5	103,0	104,1	104,9	105,1	103,3
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	102,5	105,7	110,1	119,8	97,4	113,0	111,7	119,4	100,3
* Umsatz real ⁷	2015=100	102,2	104,0	107,5	117,0	95,2	108,4	107,2	115,6	97,4

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{1, 2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	105,7	104,9	105,1	109,1	109,0	108,4	108,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	107,0	106,2	106,4	109,0	109,4	109,1	109,2
* Umsatz nominal ³	2015=100	104,9	109,2	120,9	101,4	97,7	127,5	121,6	98,9	103,1
* Umsatz real ³	2015=100	103,8	106,7	117,8	98,8	95,0	123,5	116,9	94,7	98,5

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,4	99,7	97,1	91,9	101,7	98,4	94,4	91,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,1	100,8	98,4	92,1	101,6	99,4	94,5	91,3
* Umsatz nominal ³	2015=100	102,8	108,6	98,6	102,6	83,9	126,3	104,0	105,2	84,5
* Umsatz real ³	2015=100	100,6	104,1	94,1	97,8	79,8	117,7	97,1	98,3	78,9

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	722	739	559	493	380	900	574	478	366
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	92	92	62	168	95	91	58
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	1 296	1 185	948	2 295	1 299	1 188	928
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	230	231	156	445	233	236	146

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 820	1 835	1 991	1 678	1 789	1 964	2 063	1 718	1 744
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 316	1 100	1 019	1 456	1 417	1 123	1 066
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	13	12	13	23	14	10	14
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	7	5	9	10	7	3	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	4	2	-	8	5	1	-
Radfahrer	Anzahl	102	1	1	1	1	3	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	4	2	2	1	5	4
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	1 716	1 393	1 372	1 851	1 796	1 464	1 430

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	336	243	222	367	325	201	244
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	158	36	147	134	139	116	147
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	74	83	95	129	13	137	90	29	20
Radfahrer	Anzahl	48	44	36	24	22	55	51	21	18
Fußgänger	Anzahl	30	29	33	47	34	26	35	29	48

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	13 111	11 197	12 358	12 203	12 121	10 960	12 295
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	203	164	262	436	249	166	258
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 944	10 959	11 327	9 327	10 634	10 119	10 356	9 199	10 539
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	1 108	1 029	1 107	1 206	1 123	1 115	1 094
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	362	586	276	334	303	333	327

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784	63 859
Personenkilometer ³	Mill.	621	717	684	740	734	760	752	748	724

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	1 011	1 114	986	868	584	489	986
* Güterversand	1 000 t	776	776	823	890	735	578	518	452	580

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 609	4 722	4 198	5 199	5 032	4 583	3 886
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	330	309	262	310	329	315	255
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	4 216	4 346	3 892	4 789	4 588	4 120	3 510

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2016	2017			2018				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	26	24	22	24	26	24	19
*	Halbwaren	Mill. EUR	144	150	162	156	143	141	142	133	119
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 024	4 028	4 166	3 728	4 624	4 421	3 963	3 372
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 025	1 060	1 098	877	986	1 049	955	797
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 999	2 968	3 068	2 851	3 638	3 372	3 008	2 575
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 065	3 196	3 318	3 256	2 958	3 786	3 445	3 170	2 535
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 855	2 972	2 894	2 686	3 490	3 105	2 867	2 294
	Belgien	Mill. EUR	198	204	205	215	191	191	219	207	187
	Luxemburg	Mill. EUR	54	53	61	52	49	58	59	52	44
	Dänemark	Mill. EUR	45	51	50	51	42	50	56	51	40
	Finnland	Mill. EUR	30	35	34	36	27	30	36	33	26
	Frankreich	Mill. EUR	446	440	460	445	359	467	517	483	379
	Griechenland	Mill. EUR	29	33	27	37	18	47	41	36	30
	Großbritannien	Mill. EUR	302	295	312	285	280	295	291	296	251
	Irland	Mill. EUR	19	77	53	33	267	700	65	40	15
	Italien	Mill. EUR	265	272	272	293	219	254	287	284	188
	Niederlande	Mill. EUR	314	327	378	348	323	334	332	308	276
	Österreich	Mill. EUR	165	171	181	173	155	181	195	187	143
	Schweden	Mill. EUR	79	84	87	78	68	88	111	89	70
	Spanien	Mill. EUR	216	225	242	217	204	218	235	227	180
	Portugal	Mill. EUR	41	42	45	48	34	30	36	32	24
*	Afrika	Mill. EUR	117	113	120	127	106	117	130	139	135
*	Amerika	Mill. EUR	551	579	532	607	541	617	681	583	587
	darunter nach USA	Mill. EUR	380	399	367	438	394	417	481	409	422
*	Asien	Mill. EUR	596	630	591	677	549	622	715	630	597
	darunter nach China	Mill. EUR	142	164	160	182	144	186	208	203	207
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	47	55	44	56	61	60	32

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 362	3 427	3 569	3 525	4 170	3 720	3 383	3 062
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	270	266	290	291	252	256	262	232
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 927	2 977	3 091	3 059	3 675	3 157	2 760	2 522
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	39	36	29	38	39	38	30
* Halbwaren	Mill. EUR	217	290	357	297	322	252	271	235	272
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 600	2 581	2 758	2 707	3 384	2 847	2 486	2 220

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2016	2017			2018				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	703	593	626	874	1 459	765	574	481
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 898	1 988	2 132	1 833	1 926	2 082	1 912	1 739
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 155	2 494	2 614	2 753	2 768	3 114	2 841	2 520	2 328
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 268	2 417	2 527	2 566	2 868	2 551	2 248	2 130
	Belgien	Mill. EUR	253	291	294	287	270	257	270	251	251
	Luxemburg	Mill. EUR	52	53	52	53	47	51	57	52	43
	Dänemark	Mill. EUR	21	30	31	36	69	19	19	22	19
	Finnland	Mill. EUR	12	15	15	14	14	15	16	12	12
	Frankreich	Mill. EUR	242	276	284	386	325	284	356	326	275
	Griechenland	Mill. EUR	8	8	8	9	7	9	11	16	17
	Großbritannien	Mill. EUR	100	118	132	129	112	108	134	128	110
	Irland	Mill. EUR	137	107	92	105	216	365	124	92	52
	Italien	Mill. EUR	175	216	210	224	377	676	347	229	180
	Niederlande	Mill. EUR	299	325	352	367	319	330	340	317	324
	Österreich	Mill. EUR	118	107	111	118	114	119	144	118	123
	Schweden	Mill. EUR	52	68	73	74	66	45	46	47	37
	Spanien	Mill. EUR	129	215	254	256	228	139	166	151	283
	Portugal	Mill. EUR	18	21	25	23	16	21	21	20	17
*	Afrika	Mill. EUR	47	53	65	43	50	38	40	45	57
*	Amerika	Mill. EUR	254	274	287	316	228	294	277	301	261
	darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	230	255	179	233	219	244	222
*	Asien	Mill. EUR	415	528	446	442	467	714	550	502	406
	darunter aus China	Mill. EUR	183	214	219	216	200	200	251	237	223
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	6	5	3	5	6	7	3

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2016	2017			2018				2019
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	2 595	2 349	3 315	2 805	2 558	2 059	3 502
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	451	420	514	463	424	413	621
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	1 684	1 406	2 142	1 856	1 680	1 200	2 247
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	3 097	3 743	3 533	2 672	2 822	3 214	3 651
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	426	540	587	384	416	447	597
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	2 181	2 655	2 220	1 816	1 918	2 301	2 387

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2016	2017		2018				2019
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insgesamt	Anzahl	462	451	501	396	427	375	417	390
davon									
* Unternehmen	Anzahl	65	60	54	59	62	54	45	61
* Verbraucher	Anzahl	276	267	285	240	262	217	260	240
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	104	143	83	88	84	98	75
* sonstige natürliche Personen, ¹									
Nachlässe	Anzahl	19	20	19	14	15	20	14	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	55	68	40	52	115	53	58

Handwerk²

	Einheit	2016	2017			2018			
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,8	99,1	98,3	100,8	99,2	98,8	98,9	100,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	107,4	110,6	111,0	113,9	123,7	95,7	115,3	118,9

Preise

	Einheit	2017	2018				2019		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	101,7	103,4	101,6	101,9	102,5	103,8	103,0	103,4
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	101,4	102,8	102,0	102,1	102,4	103,6	103,8	103,9

Verdienste⁷

	Einheit	2017	2018	2017			2018			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 999	4 118	3 668	3 688	3 703	3 694	3 748	3 782	3 823
* Frauen	EUR	3 483	4 331	3 237	3 254	3 257	3 279	3 302	3 352	4 004
* Männer	EUR	4 215	3 593	3 848	3 870	3 891	3 864	3 930	3 957	3 379
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 557	7 818	6 711	6 782	6 750	6 773	6 859	6 946	6 937
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 610	4 778	4 233	4 291	4 297	4 330	4 374	4 431	4 472
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 439	3 556	3 174	3 188	3 220	3 210	3 263	3 291	3 329
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 773	2 913	2 611	2 593	2 614	2 634	2 720	2 719	2 754
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 307	2 422	2 183	2 196	2 196	2 199	2 262	2 290	2 337

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017			2018			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 875	3 901	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 515	3 603	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 001	4 005	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 679	4 729	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 190	3 200	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 260	3 342	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 546	3 563	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 342	3 320	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 827	2 833	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 238	2 229	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 792	4 780	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 416	4 450	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	...	4 258	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 425	4 431	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 446	2 405	2 434	2 498	2 559	(2 592)	(2 650)
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 706	3 782	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 059	4 187	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 683	3 697	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 539	3 495	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 276	3 274	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	119 271	120 115	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	9 957	10 093	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017			2018			
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 674	10 799	10 314	10 538	10 351	10 101	10 069	10 050
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	99 740	98 515	99 708	100 070	101 313	102 750	102 954	104 519
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	115 837	114 986	115 731	115 942	116 794	118 030	117 838	118 640
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	106 329	105 544	106 469	106 932	107 879	109 291	110 308	111 156
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 508	9 442	9 262	9 010	8 915	8 739	7 530	7 484
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 702	4 285	4 384	4 682	4 708	4 710	5 064	5 920

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Sichteinlagen	Mill. EUR	117 277	114 374	112 184	114 003	117 436	115 541	117 441	118 782	121 290
Termineinlagen	Mill. EUR	65 568	69 255	68 075	69 770	72 685	71 010	72 760	74 439	77 175
Sparbriefe	Mill. EUR	20 740	15 921	14 729	15 150	15 787	15 775	16 026	15 884	15 506
Spareinlagen	Mill. EUR	3 658	2 923	2 980	2 854	2 764	2 683	2 624	2 542	2 460
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	27 311	26 275	26 400	26 229	26 200	26 073	26 031	25 917	26 149
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	115 318	112 722	110 517	112 357	115 797	113 762	115 708	117 024	119 422
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	112 677	110 134	108 138	109 808	112 770	110 928	112 475	113 973	116 071
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 640	2 588	2 379	2 549	3 027	2 834	3 233	3 051	3 351
	Mill. EUR	1 960	1 652	1 667	1 646	1 639	1 779	1 733	1 758	1 868

Steuern

Einheit	2016	2017	2018				2019	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	5 960	3 718	4 692	4 907	5 468	3 677	5 084
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	2 655	995	1 125	1 257	2 162	897	1 381
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	1 045	821	1 257	1 192	1 196	781	1 300
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	-	-	574	533	-	-	584
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	611	77	38	-34	686	22	13
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	58	52	28	44	70	61	13

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2016	2017		2018				2019	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	7	26	68	39	4	21	38
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	-	58	34	-	-	34
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	935	19	-268	16	206	13	18
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	-	-298	0	-	-	17
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 305	2 723	3 568	3 650	3 306	2 781	3 703
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	661	487	748	545	502	576	686
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 644	2 236	2 820	3 105	2 803	2 204	3 016

Zölle

Mill. EUR	219	220	220	185	249	250	230	189	274
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	84	88	199	58	52	66	165	47	53
-----------	----	----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	56	12	12	33	53	4	16
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	142	47	40	33	112	43	36

Landessteuern

Mill. EUR	77	83	80	87	76	87	87	85	92
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	18	22	18	27	23	20	29
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	40	48	40	44	42	45	47
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	17	13	14	13	17	18	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	2	1	2	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	2	2	2	2	2

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	

Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	754	706	723	794	876	773	712
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	144	155	130	134	143	163	130
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	580	518	566	630	700	576	554
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	23	24	26	27	23	25	28	28	24

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern
Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	7	26	68	39	4	21	38
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	-	-	58	34	-	-	34
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	935	19	-268	16	206	13	18
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	-	-	-298	0	-	-	17
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 305	2 723	3 568	3 650	3 306	2 781	3 703
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	661	487	748	545	502	576	686
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 644	2 236	2 820	3 105	2 803	2 204	3 016

Zölle

Mill. EUR	219	220	220	185	249	250	230	189	274
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

darunter	Mill. EUR	84	88	199	58	52	66	165	47	53
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	56	12	12	33	53	4	16
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	142	47	40	33	112	43	36

Landessteuern

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	18	22	18	27	23	20	29
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	40	48	40	44	42	45	47
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	17	13	14	13	17	18	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	2	1	2	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	2	2	2	2	2

Gemeindesteuern

Einheit	2016	2017				2018				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	700	718	754	706	723	794	876	773	712	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	144	155	130	134	143	163	130
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	580	518	566	630	700	576	554
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	23	24	26	27	23	25	28	28	24

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

Neuerscheinungen im März 2019

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile – Stand: Januar 2019
Kennziffer: A1132 201901

Diagnosedaten der in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patientinnen und Patienten 2017 (Diagnose- und DRG-Statistik)
Kennziffer: A4043 201700

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienseminare 2018 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. Oktober 2018)
Kennziffer: B3023 201822

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2018
Kennziffer: C1073 201800

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2018
Kennziffer: D1013 201800

Gewerbeanzeigen im Januar 2019
Kennziffer: D1023 201901

Insolvenzen 2018
Kennziffer: D3013 201800

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2019 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201901

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Januar 2019
Kennziffer: E1033 201901

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2018 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 201800

Bauhauptgewerbe 2018 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 201800

Bauhauptgewerbe im Januar 2019 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201901

Beschäftigung in der Energie- und Wasserversorgung 2018
Kennziffer: E4013 201800

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2018
Kennziffer: E4023 201812

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2018
Kennziffer: E5023 201844

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Januar 2019
Kennziffer: F2033 201901

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2018
Kennziffer: G1023 201812

Aus- und Einfuhr im Dezember 2018
Kennziffer: G3023 201812

Aus- und Einfuhr 2018 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 201800

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Januar 2019
Kennziffer: G4023 201901

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2018

Kennziffer: H1023 201812

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern
am 1. Januar 2018

Kennziffer: H1033 201800

Binnenschiffahrt im November 2018

Kennziffer: H2023 201811

Dienstleistungen, Geld und Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten

Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2018

Kennziffer: J1033 201844

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2018

Kennziffer: Z1013 201812

Sonstige Veröffentlichungen

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018

(Statistische Analyse N° 49)

Kennziffer: Z2048 201800

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2018 –

Tabellenanhang –

Kennziffer: Z2048 201800

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –

Ausgabe März 2019

Kennziffer: Z2201 201903

Sonderveröffentlichung zum Equal Pay Day 2019 –

Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

Kennziffer: N1056 201900

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2019

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik

Deutschland 1991 bis 2018 – Reihe 1, Band 1

(Berechnungsstand: Februar 2019)

Kennziffer: A6215 201800

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik

Deutschland 2000 bis 2018 – Reihe 1 Länderergeb-

nisse, Band 2 (Berechnungsstand: Februar 2019)

Kennziffer: A6225 201800

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik

Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2018 – Reihe 1 Län-

derergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: Februar 2019)

Kennziffer: A6235 201844

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den

Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis

2018 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 (Berech-

nungsstand: August 2018/Februar 2019)

Kennziffer: P1215 201800

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in

den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991

bis 2018 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berech-

nungsstand: August 2018/Februar 2019)

Kennziffer: P1225 201800

Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundes-

republik Deutschland 1991 bis 2016 – Reihe 1 Län-

derergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2018)

Kennziffer: P1235 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: vegefox.com (Geld) – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte